

EU-Vorsitz beendet

Österreich hat am 30. Juni die EU-Präsidentschaft an Finnland übergeben.



Alle Fotos: Österreichische EU-Präsidentschaft 2006 / HOPI-MEDIA

Am Ende der sechsmonatigen Amtszeit erstattet der scheidende Ratspräsident dem EU-Parlament einen Abschlußbericht, in dem Bilanz über die vergangenen sechs Monate gezogen wird. Im Bild rechts unten: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Für jeweils ein halbes Jahr übernimmt ein EU-Mitgliedsland – seit 1. Mai 2004 sind es deren 24 – gemäß einer vorgegebenen Reihenfolge die Präsidentschaft im Rat. Es wird dabei keine Unterscheidung zwischen großen und kleineren Ländern vorgenommen, sondern alle Mitgliedstaaten nehmen gleichberechtigt an diesem Rotationssystem

teil. Dem Vorsitzland im Rat kommen dabei im Wesentlichen drei Hauptaufgaben zu:

- Organisation und Durchführung sämtlicher Ratstreffen
- Vertretung des Rates im Zusammenwirken mit anderen EU-Organen
- Vertretung der EU gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen

Die Vertreter einer amtierenden Ratspräsidentschaft übernehmen in einer Vielzahl von EU Gremien sowie Arbeits- und Koordinierungsgruppen die Vorsitzführung; auf

Inhaltsverzeichnis	Seite 3
Impressum	Seite 66

Österreich und Europa



Am 26. Juni 2006 fand im Bundeskanzleramt in Wien die Bilanzpressekonferenz des amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (mi.) und der EU-Ratsvorsitzenden, Außenministerin Ursula Plassnik und Vizekanzler Hubert Gorbach (re.) zum Ende des Österreichischen EU-Ratsvorsitzes statt.

politischer Ebene im Europäischen Rat sowie im Ministerrat und auf Beamtenebene in rund 250 Ausschüssen und Arbeitsgruppen.

Zu Beginn jeder Ratspräsidentschaft stellt das neue Vorsitzland im EU-Parlament sein Arbeitsprogramm vor und erörtert mit den Parlamentariern die politischen Themenschwerpunkte. Am Ende der sechsmonatigen Amtszeit erstattet der scheidende Ratspräsident dem EU-Parlament einen Abschlußbericht, in dem Bilanz über die vergangenen sechs Monate gezogen wird.

Ein solcher Rückblick wird natürlich auch am innenpolitischen Parkett gegeben, was der jeweiligen Opposition Möglichkeit zu umfassender Manöverkritik bietet. Das Wahlvolk hat kaum Chancen, sich Überblick über Für und Wider zu machen: Die Darstellungen divergieren derart, daß man kaum glauben kann, daß die Rede von derselben „Veranstaltung“ ist.

Bundespräsident mit realistischem Optimismus

Auch in unserem kleinen Österreich, das über sechs Monate hindurch im internationalen Schweinwerfer stand, lief dieses Prozedere nach obigem Muster: Für die einen prägte Erfolg die Dauer der Präsidentschaft, für die anderen war, wie zu erwarten, rein gar nichts erreicht worden.

Bundespräsident Heinz Fischer zog Ende Juni im Rahmen der ORF-Fernsehsendung „Pressestunde“ Bilanz über die EU-Präsi-

dentschaft: „Ich bin mit einem realistischen Optimismus in die Präsidentschaft hineingegangen – und stehe heute mit einem realistischen Optimismus wieder da!“ Die österreichische Vorsitzführung sei gut vorbereitet gewesen. Einige Themen – wie die Erweiterung der Union – seien vorangetrieben worden, die Dienstleistungsrichtlinie beschlossen, in manchen Fragen wie dem Verfassungsvertrag aber „keine sensationellen Ergebnisse“ erzielt worden, so das Staatsoberhaupt.

Schüssel: Die Bewertung müssen andere vornehmen

Der noch Vorsitzende des Europäischen Rates Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vizekanzler Hubert Gorbach und EU-Ratsvorsitzende Außenministerin Ursula Plassnik zogen am 26. Juni in Wien Bilanz über den österreichischen EU-Vorsitz.

„Österreich hat sich für seine EU-Ratspräsidentschaft vorgenommen, Europa neuen Schwung zu geben. Die Bewertung unserer Arbeit müssen andere vornehmen, aber es hat uns wirkliche Freude gemacht, sechs Monate den Vorsitz zu führen und sehr partnerschaftlich mit der Kommission und dem Parlament zusammenzuarbeiten“, resümierte Schüssel. Das Arbeitsprogramm des österreichischen EU-Vorsitzes umfaßte eine breite Palette von Arbeitsthemen von Wachstum und Beschäftigung bis zur Zukunft Europas.

Die Europäische Union habe sich vor einem Jahr in einer tiefen Kommunikations-

und Substanzkrise befunden. Diese wäre heute überwunden. „Wir haben sehr viel Energie darauf verwendet, wie man Europa besser mitteilen kann, wie man die europäische Öffentlichkeit besser in einen Dialog für Europa einbinden kann“, sagte Schüssel. Dies sei durch eine Vielzahl von Projekten realisiert worden, wie etwa durch die österreichische Initiative „Österreich hört zu“ oder durch das breite Informationsangebot der EU-Präsidentschafts-Website, die 34,4 Mio. Zugriffe verzeichnete und 3600 Dokumente in drei Sprachen veröffentlichte. Weitere Projekte aus den Bereichen Kunst und Kultur hätten auf die Vielfalt Europas und das Europäische Lebensmodell aufmerksam gemacht und das Bewußtsein dafür vertieft. „Ich glaube, daß Ziel, Atmosphäre und Substanz zusammen gehören. Das hat die österreichische Präsidentschaft ausgezeichnet, und das ist gut angenommen worden“, so Schüssel.

Die Gesprächskultur der Mitgliedstaaten habe sich verbessert, die Partnerschaft stehe wieder im Vordergrund. Dies habe sich bei der Bewältigung schwieriger Sachthemen bewährt und zum guten Arbeitsklima zwischen Ratspräsidentschaft, Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten beigetragen. Die österreichische EU-Präsidentschaft habe Themen wie Energie erstmals in die Diskussion eingebracht und zu einer engeren Vernetzung in Europa beigetragen. Auch im Bereich Wachstum und Beschäftigung beginnenden sich erste Erfolge abzuzeichnen. „Wir haben seit dem letzten Jahr zwei Millionen

Österreich und Europa

mehr Jobs geschaffen. Die Beschäftigungsziele, die wir uns für Europa gesetzt haben, sind realistisch“, so Schüssel. Krisen wie die kurzfristig verminderten Gaslieferungen, der Karikaturenstreit oder das iranische Atomprogramm hätte die Kräfte Europas mobilisiert. „Wir haben gelernt, dass wir vernetzt denken und europäisch handeln müssen“, so der Bundeskanzler.

Es hätte sich bewährt, daß das Außenministerium als Europaministerium fungiere. Hier liefen alle Informationen für die EU-Präsidentschaft zusammen. „Die ganze Organisation wurde durch ein kleines Team unter dem Vorsitz der Außenministerin und des Staatssekretärs geleitet. Diese Aufteilung hat sich sehr bewährt und wir haben uns blind auf dieses Team verlassen können“, so Schüssel, der all jenen seine Dank aussprach, die sich für die österreichische EU-Präsidentschaft eingesetzt haben. In die Vorbereitung und in die Durchführung waren rund 10.000 Personen eingebunden.

Gorbach: Österreich hat Chancen gut ausgenutzt

„Österreich hat die Chancen der Präsidentschaft gut genutzt. Der konstruktive und innovative Geist, der uns zugesprochen wird, ist für Österreich eine gute Werbung gewesen“, resümierte Vizekanzer Hubert Gorbach. Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden im Bereich der Straßenverkehrssicherheit, beim Ausbau Europäischer Transitnetze sowie in Fragen der Sicherheit wichtige Entscheidungen getroffen. Es gelte aber, das Projekt Europa auch weiterhin mit Leben zu erfüllen. „Wir müssen vor allem den Vertiefungsprozeß innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft fördern und die Zustimmung der Menschen zum europäischen Einigungsprozeß erhöhen. Österreich hat dazu aus einer schwierigen Phase heraus einen guten Beitrag geleistet. Es war unser Ziel, das Bewußtsein der Entscheidungsträger in der EU zu schärfen und die Regionen zu stärken. Ein Europa der Regionen soll nicht nur ein Schlagwort sein“, so der Vizekanzer.

Plassnik: Europa wieder in Bewegung gesetzt

„Wir haben die Vorsitarbeit mit viel Einsatz, Kompetenz und Realitätssinn bewältigt“, erklärte Außenministerin Ursula Plassnik. Besonderes Anliegen sei eine partnerschaftliche Vorgehensweise gewesen, wobei



Am Mittwoch, dem 21. Juni 2006, fand in der Hofburg in Wien der EU-USA Gipfel statt. Im Bild: Bundespräsident Heinz Fischer (re.) und der amerikanische Präsident George W. Bush auf dem Weg ins Maria-Theresien Zimmer.

Aus dem Inhalt

So sehen wir unser Europa	
Eurobarometer und ÖGfE-Umfrage	13
Rückgang der Arbeitslosigkeit?	17
Burgstaller vor Gusenbauer	20
NR-Wahl: Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien	21
Nationalratswahl am 1. Oktober: Darauf müssen Sie achten!	23
AÖ-Internet-Umfrage	26
WIFO: Exporte und Investitionen beleben die Konjunktur	27
Berlin – Brenner – Palermo EU-größtes Infrastrukturprojekt	29
Wr. Börse: Keine traditionelle Aktienkultur	33
»Made in Austria« ist »in«	34
Neuroth: Königlich dänisch ausgezeichnet	35
20 Jahre Landeshauptstadt beging St. Pölten mit großen Festakt	37
Österreicher sind zu dick	39
Angst vor Terror im Urlaub	40
Schräg auf die Burg	41
Kurt Krenn, ein »miles Christi« Geburtstagsfeier für den Altbischof	42

Republik ehrt Helmut Swarovski 43

No Man Is An Island
»Science« berichtet über den Österreicher Simron Singh 44

Supercomputing in Tirol 46

Erstes Forschungsschaufenster 48

Festspielhaus Bregenz
glanzvoll wiedereröffnet 49

Haus für Mozart wurde eröffnet 51

Josef Plecnik Architekt in Laibach, Wien und Prag (1872–1957) 53

Der Graf von Luxemburg
Seefestspiele Mörbisch 55

Macht, mach Platz! Erinnerung an die alternative Wiener Szene 57

Anton Karas zum 100. Geburtstag 58

Archive der Volksliedwerke 59

Da wo die Berge sind Drehschluß für Hinterseer, Kruse und Co. 61

Forschen & Entdecken Wiener Wissenschaftsmagazin präsentiert 63

Jahrhundert-Festival Gröbming 64

Ein Sommer für Kids Urlaubsspaß für die ganze Familie 65

Unterwegs auf Schusters Rappen
oder dem Rücken der Pferde 66

Österreich und Europa

der Bürger, seine Anliegen und Sorgen, bewußt ins Zentrum gestellt wurden. „Nach der Schreckphase und Trauerarbeit ist es uns gelungen, Europa wieder in Bewegung zu setzen. Uns ging es darum, die Kraft und den Zusammenhalt der 25 wieder spürbar zu machen und das europäische Wir-Gefühl zu stärken“, erklärte Plassnik mit Blick auf Verfassungsfrage und Zukunftsdebatte.

In den Fragen der Erweiterung und der Verfassung habe der Vorsitz Grundlagenarbeit geleistet. „Hier sind keine Blitzkuren, sondern nur nüchterne Sacharbeit möglich. Der österreichische Vorsitz hat sich als Gleisbauer betätigt – auf der einen Seite wurde das Europa der konkreten Projekte und Resultate in die Wege geleitet, auf der anderen Seite wurde der Verfassungsvertrag intakt gehalten“, so Plassnik.

Österreich habe zudem auch wichtige Impulse gesetzt. „Mit dem europäischen Lebensmodell haben wir einen positiven Begriff in die Europadebatte eingebracht“, so Plassnik. Dieser Begriff helfe sichtbar zu machen, „was uns die Dinge wert sind“. Dies sei etwa beim Karikaturenstreit oder in der Diskussion zum Gefangenenlager in Guantanamo deutlich geworden. Auch beim Thema Migration und Integration sowie bei der Förderung des Mittelstands im Bereich Wachstum und Beschäftigung habe der Vorsitz wichtige Impulsarbeit geleistet.

Im Bereich der gemeinsamen Außenpolitik galt es, einen komplexen und vielstimmigen Prozeß unter den Mitgliedstaaten der Union zu managen. „Die Nachfrage nach der Stimme Europas in der Welt ist innerhalb und außerhalb der EU groß. In den letzten Monaten hat es nach außen keine Vielstimmigkeit gegeben. Auch bei schwierigen Themen hat die Europäische Union rasch eine einheitliche Position bezogen, durchaus auch mit Ecken und Kanten“, so Plassnik.

Vom Balkan über Belarus bis zum Nahen und Mittleren Osten, sowie im Bereich der Afrika-Strategie der EU habe Österreich mit viel Beharrlichkeit Hintergrundarbeit geleistet und die EU-Positionen nach außen getragen. So wurden etwa in den letzten sechs Monaten 121 Präsidenschaftserklärungen abgegeben und zahlreiche Interventionen im Menschenrechtsbereich, etwa zum Schutz für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen, vorgenommen.

Im Bereich des Westbalkan sei man „mit jedem einzelnen Partner in der Region weitergekommen“, so Plassnik. Österreich habe hier wichtige Akzente setzen können. Die Außenministerin verwies dabei auch auf die

Die wichtigsten Termine im Überblick

26. bis 28. Jänner, Salzburg
Konferenz: »The Sound of Europe«

3. Februar, Wien
EU-China (Troika)

13.-15. Februar, Wien
Binnenschifffahrt: Ein starker Partner der Europäischen Wirtschaft

15. Februar, Wien
EU-Russland (Troika)

2. und 3. März, Bregenz
Informeller Ministerrat Verkehr

3. März, Wien
EU-Ukraine (Troika)

6. und 7. März, Innsbruck
Informeller Ministerrat Verteidigung

8. März, Wien
EU-Türkei Assoziation (Troika)

10. und 11. März, Salzburg
Informelles Treffen der Außenminister

16. und 17. März, Wien
Informeller Ministerrat Bildung

20. und 21. März, Wien
**Europäische Tourismuskonferenz
»Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa«**

23. und 24. März, Brüssel
EU-Gipfel

29./30./31. März, Bad Ischl
Informeller Ministerrat Jugend

7. und 8. April, Wien
Informeller Ministerrat Finanzen

18. und 19. April, St. Pölten
Subsidiaritätskonferenz

21. und 22. April, Graz
**Informeller Ministerrat
Wettbewerbsfähigkeit**

25. und 26. April, Wien
Informeller Ministerrat Gesundheit

4. und 5. Mai, Wien
Die Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn

11./12. Mai, Wien
**EU-Lateinamerika Gipfel
Besuch von US-Präsident
George W. Bush**

19. und 20. Mai, Eisenstadt/Rust
Informelles Ministerrat Umwelt

28. bis 30. Mai, Krems
**Informelles Ministerrat
Landwirtschaft**

15. und 16. Juni, Brüssel
EU-Gipfel

30. Juni, Wien
**Konzert für Europa
im Schönbrunner Schloßpark**

zahlreichen Initiativen der Fachressorts zur stärkeren Einbindung und konkreten Zusammenarbeit mit den Ländern der Region.

SP-Europasprecher Einem: »Realitätsfern«

Als „realitätsfern“ bezeichnete SPÖ-Europasprecher Caspar Einem die Einschätzung der Regierung Schüssel, was die Leistungen der österreichischen EU-Präsidentschaft betrifft. Es sei eine „mehr als kühne Behauptung“, wenn davon gesprochen werde, daß die Bürger ins Zentrum der Bemühungen des österreichischen EU-Vorsitzes gerückt wurden. Denn, wie Einem betonte, „wirklich Konkretes und Substantielles“

habe Schüssels EU-Präsidentschaft nicht gebracht. „Einen Beitrag zur Lösung der wesentlichen Alltagsprobleme der Menschen hat diese Präsidentschaft sicher nicht geleistet“, so Einem.

Aus Sicht des SPÖ-Europasprechers war die österreichische EU-Präsidentschaft vor allem organisatorisch ein Erfolg, inhaltliche Ergebnisse habe sie aber kaum gebracht. Er nannte als Beispiel das Thema Arbeitslosigkeit: „Es gibt keine einzige Maßnahme, die dazu beiträgt, daß es zu einer spürbaren Senkung der Arbeitslosigkeit kommt.“ Dies sei auch nicht verwunderlich, weil die Regierung Schüssel viel zu wenig ehrgeizig an die Sache herangegangen ist. Die angepeilten zwei Millionen neuen Arbeitsplätze etwa

Österreich und Europa

würden den ohnehin für 2006 bereits prognostizierten Zahlen entsprechen. „Spürbares für die Bevölkerung, außer daß die Präsidentschaft ein teurer Spaß war, ist nicht geleistet worden. Ein Rückgang der EU-Skepsis wird mit dieser unambitionierten Vorsitzführung nicht erreicht werden“, schloß Einem.

FP-EU-Abgeordneter Mölzer: »Ein Skandal«

„Mehr als traurig“, sagte der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer zum Ende des EU-Vorsitzes. „Schüssel und Co haben sich in wesentlichen Fragen wie der EU-Verfassung und dem Beitritt der Türkei als die treibende Kraft gegen die Interessen der Bürger und insbesondere gegen die Interessen unseres Landes erwiesen. Anstatt die Zeit und die Energie zur Lösung der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme Europas zu investieren, setzten der Herr Bundeskanzler und die Frau Außenministerin alles daran, damit die EU-Verfassung, deren Wiederbelebung bislang mißlungen war, doch noch in Kraft zu setzen“, kritisiert Mölzer.

Als Skandal ersten Ranges bezeichnet der Freiheitliche den Umstand, daß die österreichische Ratspräsidentschaft aktiv dazu beigetragen habe, Zypern, das als einziges EU-Mitglied Widerstand gegen die Aufnahme Ankaras geleistet hatte, zur Aufgabe seines Vetos zu bewegen. Schüssel habe nicht nur zu erkennen gegeben, wie sehr er in den Diensten der Türkei-Lobby stehe, sondern er habe auch „sein wahres Gesicht gezeigt“. Während er einerseits in Österreich mit seinem „Geschwätz von einer privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei Wasser predige, trinke er andererseits in Brüssel mit den Erweiterungsfanatikern Wein, so Mölzer.

Van der Bellen, Voggenhuber: »Doppelzüngig«

Die Grünen haben bei einem Erweiterten Bundesvorstand in Wien ausführlich Bilanz über den österreichischen EU-Ratsvorsitz gezogen. Bundessprecher Alexander Van der Bellen übte vor allem Kritik zu im vorigen Halbjahr gefaßten Beschlüssen im Bereich Energiepolitik. Europaabgeordneter Johannes Voggenhuber attestierte der Ratspräsidentschaft „Mittelmäßigkeit“ und „Doppelzüngigkeit“.

In punkto Energiepolitik habe die „drastische Erhöhung“ der EU-Mittel für die Atomkraft nach den Worten Van der Bellens „den



Am Montag, dem 9. Jänner 2006, fand in den Redoutensälen das Arbeitstreffen der Österreichischen Bundesregierung mit der Europäischen Kommission statt. Im Bild: Vizekanzler Hubert Gorbach (li.), Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2.v.l.), Kommissionspräsident José Manuel Barroso (3.v.l.), EU-Kommissarin Viviane Reding (4.v.l.) und Aussenministerin Ursula PLASSNIK (re.).



Am Samstag, dem 28. Jänner 2006, wurde in Salzburg die dreitägige Veranstaltung 'Sound of Europe' mit der 3. Panel- und Plenardiskussion »Musen und Sirenen« fortgesetzt. Im Bild Salzburgs Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller mit EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso

tiefen Zorn und Ingrimme der Grünen erregt“. Es werde dreimal so viel Geld für die Kernkraft aufgewendet, wie für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. „Das ist das Gegenteil dessen, was im 21. Jahrhundert erforderlich (...) ist“, sagte der Grünen-Chef. Zu der Revision des Euratom-Vertrages, die Schüssel „vollmundig angekündigt“ habe, sei

es nicht gekommen. In Sachen Energieeffizienz gebe es „Fortschritte zumindest einmal auf dem Papier“, es fehle aber ein Aktionsplan.

„Es ist nichts schwieriger zu beurteilen als die Mittelmäßigkeit“, resümierte Voggenhuber. Der österreichische Ratsvorsitz sei „leicht unterdurchschnittlich“, aber „nicht

Österreich und Europa



Am Donnerstag, dem 16. Februar 2006 traf die amtierende EU-Ratsvorsitzende, Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik im Außenministerium in Wien mit islamischen Geistlichen zu einem informellen Meinungsaustausch zusammen. Im Bild (v.l.n.r.): Anas Schakfeh (Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich), Dänemarks Aussenminister Per Stig Moeller, Ahmed Bader Eddin Hassoun (Gossmufti von Syrien), AM Plassnik, Reis-ul-Ulema Mustafa Ceric (Oberhaupt der islamischen Religionsgemeinschaft in Bosnien-Herzegowina), Steen Skovsgaard (dänischer Bischof von Lolland-Falster).

harmlos“ gewesen. „Es war eine doppelzünge, zynische Ratspräsidentschaft.“ Es habe „europafreundliche Töne“ gegeben, es sei aber eine „europafeindliche Politik“ gemacht worden. Für die politische Einheit Europas habe sich die Regierung nicht eingesetzt; die großen politischen Fragen und Probleme seien gar nicht berührt worden, konstatierte der EU-Parlamentarier.

Als Beispiel nannte Voggenhuber die Debatte um den europäischen Verfassungsvertrag. Das Problem sei lediglich umbenannt worden, indem man eine „Choreographie“ versprochen habe, statt eine Lösung des Konflikts unter den Mitgliedstaaten anzugehen. Statt eines Fahrplanes mit „programmierten Vorbereitungen“ sei die so genannte Nachdenkpause nur verlängert worden. „Mozart ist so laut gespielt worden, daß man das Ächzen und Stöhnen (der EU) nicht gehört hat.“

Mit dem Zustandekommen der EU-Dienstleistungsrichtlinie habe die österreichische Ratspräsidentschaft „wenig zu tun“; der Kompromiß dazu sei vom Europäischen Parlament ausverhandelt worden, analysierte Voggenhuber. In Sachen EU-Wachstums- und Beschäftigungsstrategie habe der Vorsitz lediglich die vor sechs Jahren akkordierten Lissabon-Ziele „in feierlicher Form neu“ verkündet. Voggenhuber: „Die österreichische

Ratspräsidentschaft hat nur Musik gemacht, gegessen und geredet.“

Zu den Hinweisen, wonach einige EU-Staaten illegale Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA geduldet oder sogar dabei kooperiert haben, habe es keine Diskussion im Rat gegeben, um die Aufklärung voranzutreiben, führte der Grünen-Politiker weiter aus. Im Gegenteil hätten sich die EU-Regierungen dafür eingesetzt, daß die Bereiche Justiz, Polizei und Geheimdiensten aus der Zuständigkeit der EU-Menschenrechtsagentur, die in Wien entstehen soll, herausgenommen werden.

Voggenhuber fand aber auch lobende Worte: Die Kommunikation zwischen Präsidentschaft und Europaparlament habe „ausgezeichnet funktioniert“, den österreichischen Diplomaten bescheinigte er EU-Mandatar „erstklassige Performance“.

Khol: Zwei wichtige Ergebnisse fürs Parlament

Zwei wichtige Ergebnisse für das Parlament nannte Nationalratspräsident Andreas Khol in einer Bilanz zum Abschluß der Ratspräsidentschaft: Das österreichische Parlament (Nationalrat und Bundesrat, aber auch die Landtage) bzw. die Parlamente der Mit-

gliedsländer werden im Zuge eines Stellungnahmerechts stärker in die europäische Rechtsetzung eingebunden, und auch die Sozialpartner werden – wie im Rahmen der österreichischen Präsidentschaft im Fall der Dienstleistungsrichtlinie geschehen – stärker einbezogen. „Wir haben damit das moderne österreichische Modell der Sozialpartnerschaft auf Europa übertragen“, sagte Khol.

Sissy Roth-Halvax, die im Halbjahr der Ratspräsidentschaft Österreichs als Präsidentin des Bundesrats fungiert hatte, sah durch diese Entwicklung „weniger Zentralismus und mehr Bürgernähe“ verwirklicht; im Rahmen des Prüfungsverfahrens sah sie auf den Bundesrat wichtige Aufgaben zukommen, weil der Bundesrat die Bündelung der Länderstellungnahmen vornehmen solle.

Das Parlament sei während der Ratspräsidentschaft in vielfacher Hinsicht gefordert gewesen, sagte Khol einleitend, und ging zunächst auf die Genese des ab September vorgesehenen Rechtsprüfungsverfahrens ein: Der österreichische Vorschlag sei bei der Subsidiaritätskonferenz in St. Pölten eingebracht, dann von der Konferenz der Europaausschüsse angenommen und schließlich vom Europäischen Rat beschlossen worden. Damit sei ein wichtiges und dauerndes Recht fixiert.

Österreich und Europa

Leitl: kleines Land, große Erfolge für die EU

Eine deutlich positive Bilanz zieht die österreichische Wirtschaft über die zu Ende gegangene EU-Ratspräsidentschaft. WKÖ-Präsident Christoph Leitl freut sich, daß „unser kleines Land große Erfolge für die EU erreichen konnte und wichtige Schritte für mehr Wachstum und Beschäftigung gesetzt wurden.“ Er gratuliere dem Ratsvorsitzenden Wolfgang Schäussel und der gesamten Regierungsmannschaft, die diese Herausforderung für Österreich und die EU bravourös gemeistert und damit auch wieder das Vertrauen der Bevölkerung in das Funktionieren der EU gestärkt hätten.

Allen voran streicht Leitl die erzielte politische Einigung der europäischen Wettbewerbsminister zur Dienstleistungsrichtlinie hervor. „Damit ist ein Durchbruch zur Realisierung des Dienstleistungsbinnenmarkts gelungen und wurde ein klares Bekenntnis zur Wachstums- und Beschäftigungsstrategie Europas geleistet. Gerade für ein kleines, exportorientiertes Land wie Österreich ist der Wegfall bürokratischer Barrieren von entscheidender Bedeutung.“ Von den vorgeschlagenen One-Stop-Shops in jedem Land, wo die Unternehmer alle bürokratischen Formalitäten erledigen können, werden vor allem Klein- und Mittelbetriebe besonders profitieren. Der Vorsitz und insbesondere Bundesminister Bartenstein hätten hier „das Maximum, das möglich war, erreicht.“

Als große Errungenschaft bezeichnet Leitl auch die Einigung auf das EU-Budget. Nach zähem Ringen konnte die Ratspräsidentschaft einen Kompromiß über den künftigen Finanzrahmen der EU mit dem EU-Parlament erfolgreich ausverhandeln. „Die Aufstockung des Finanzrahmens für die Periode 2007 bis 2013 um 4 Mrd Euro ist ein ausgezeichnetes Ergebnis“, zeigt sich der WKÖ-Präsident zufrieden, insbesondere auch deswegen, weil 50 Prozent der Aufstockung in den Bereich Wettbewerbsfähigkeit gehen. Über eine Milliarde Euro, die zusätzlich in Bildung und Forschung fließen, machten zudem deutlich, daß der österreichische Ratsvorsitz erkannt habe, daß mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa nur erzielt werden könnten, wenn diese zukunftsträchtigen Bereiche deutlich mehr Unterstützung erhielten. Hier liege der Schlüssel für mehr und nachhaltigere Jobs für die Europäer.

Die vom EU-Frühjahrgipfel Ende März beschlossenen „Schritte zur Schaffung von zusätzlich zehn Millionen Jobs bis 2010“



Am Samstag, dem 11. März 2006, begann in Lech, Vorarlberg das zweitägige 10. Europa Forum Lech. Vorarlbergs Landeshauptmann Herbert Sausgruber (li.) überreicht dem EU-Parlamentspräsidenten Josep Borell eine Flasche Rotwein



Am Montag, dem 24. April 2006, traf der amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates, Bundeskanzler Wolfgang Schäussel im Rahmen des EU-Japan Gipfels in Tokio, Japan, mit dem japanischen Parlamentspräsidenten zu politischen Gesprächen zusammen. Dabei wurde die Ausstellung 'Iwakura Mission' (Japaner erkunden Europa 1870-1873) eröffnet. Im Bild BK Schäussel (li.) mit dem Repräsentanten des Unterhauses im japanischen Parlament Yohei Kohno vor der Österreich-Tafel.

bezeichnet Leitl als einen „völlig richtigen Neustart der europäischen Wachstumsstrategie. Es ist ein absolut richtiges Ziel und eine notwendige Selbstverpflichtung der europäischen Staats- und Regierungschefs. Die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels in Brüssel waren ein wichtiger Erfolg in der

Halbzeit der österreichischen EU-Präsidentschaft.“ Damit wurde auch ein entscheidender Beitrag geleistet, die europäischen Bürger wieder Brüssel-freundlicher zu stimmen, meint Leitl: „Europa hat ein ermutigendes Signal gegeben, daß es Lösungen für die Probleme der Menschen auf den Tisch legen

Österreich und Europa

kann, die Hand und Fuß haben.“ Besonders wichtig seien dafür konkrete Ziele, etwa dass 85 Prozent aller 22jährigen eine höhere Schulausbildung bekommen oder der Anteil der vorzeitigen Schulabbrecher bis 2010 auf 10 Prozent reduziert werden soll.

Zur „Erfolgsbilanz“ zählt Leitl auch die Annahme des Prioritätenplans für die europäische Energiepolitik beim Frühjahrsgipfel: „Damit wurden die Energiepolitik und die Verbesserung der europäischen Energieinfrastruktur als zentrale Schwerpunkte verankert.“ Zielführend sei insbesondere auch der Plan zur Entwicklung eines Energieeffizienz-Aktionsplans, um Einsparungen in der Höhe von 20 Prozent bis 2020 zu erreichen.

„Auch im Bereich EU-Erweiterung hat Österreich einiges weitergebracht.“ Leitl verweist vor allem auf den Abschluß des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens mit Albanien oder die beim Außenministertreffen in Salzburg verabschiedete Erklärung zur Zukunft des Westbalkans.

Als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Erweiterungspolitik und generell die Zukunft der Europäischen Union,



Am Freitag, dem 5. Mai 2006, wurde die zweitägige internationale Konferenz zur Inneren Sicherheit mit dem zweiten Teil, der Südosteuropa-Konvention, in der Wiener Hofburg fortgesetzt. Im Bild (v.l.n.r.): der rumänische Innenminister Vasile Blaga, der Sicherheitsminister von Bosnien und Herzegowina Barisa Colak, der montenegrinische Innenminister Jusuf Kalamperovic, der serbische Innenminister Dragan Jovic, EU-Kommissar Franco Frattini, die amtierende EU-Ratsvorsitzende, Österreichs Innenministerin Liese Prokop, der Innenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Ljubomir Mihajlovski und der albanische Innenminister Sokol Olldashi bei der Pressekonferenz.



Am Freitag, dem 12. Mai 2006, wurde der IV. Gipfel der EU, Lateinamerikas und der Karibik in Wien fortgesetzt.

Österreich und Europa

zeigt sich Leitl auch über das Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs zu einer europäischen Verfassung beim letzten Brüsseler Gipfel unter österreichischer Ratspräsidentschaft erfreut.

„Der Beschluß eines konkreten Zeitplanes für die Verfassung hat endlich das Ende der einjährigen Nachdenkpause eingeläutet. Ich begrüße die klare Befürwortung einer Reform der europäischen Verträge und auch die Bereitschaft, den Verfassungsentwurf an die aktuellen Rahmenbedingungen anzupassen, denn die Bürger wünschen sich ein Europa, das in der globalisierten Welt eine aktive und konstruktive Rolle einnimmt.“ Die Verfassungsdebatte biete die einmalige Möglichkeit, einen substanziellen Europa-Dialog mit den Bürgern zu führen und die zunehmende EU-Skepsis zu zerstreuen. „Dies ist gerade in Österreich, wo die Zahl der EU-Kritiker sehr hoch ist, besonders wichtig.“

Der Leitl erinnert zudem an den EU-Lateinamerika-Gipfel während österreichischer Präsidentschaft, bei dem erstmals in der Geschichte auch ein Business Summit die Wirtschaften zweier Kontinente ins Wiener Schloß Belvedere zusammengeführt hat. Dabei überreichten Leitl und der Präsident der mexikanischen Außenhandelsvereinigung, Morodo, ein Memorandum der Wirtschaftskonferenz an die EU-LAC-Staats- und Regierungschefs. „Darin haben wir detaillierte Maßnahmen aufgeführt um den EU-Lateinamerika-Handel und die Auslandsinvestitionen bis 2012 zu verdoppeln und damit Wachstum und Beschäftigung auch auf beiden Seiten des Atlantiks voranzutreiben“, berichtet Leitl. Auch im Rahmen des EU-USA-Gipfels kam es zu wertvollen Treffen auf politischer wie auf wirtschaftlicher Ebene: „Die österreichische Ratspräsidentschaft hat sich somit sowohl als Reformmotor innerhalb der EU als auch zur Vertiefung der internationalen, weltweiten Beziehungen und Wirtschaftsverflechtungen bestens bewährt“, restümiert Leitl eindeutig positiv. Auf diese Erfolge aufbauend habe Finnland das Zepter übernommen und werde den richtungsweisenden Kurs des EU-Schiffs hoffentlich ebenso zielsicher vorantreiben.

Hundstorfer: Für ArbeitnehmerInnen wenig übrig

„Zu viel Oberfläche, zu viel Marketing und zu wenig Substanz. Gute Stimmung und Wiener Schmäh sind eindeutig zu wenig“, so bewertet der gf. ÖGB-Präsident Rudolf



Am Donnerstag dem 25. Mai 2006, fand in Sotschi am Schwarzen Meer, Rußland, der EU-Russland Gipfel unter Leitung des amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (li.) und Rußlands Präsidenten Vladimir Putin (m.) statt. Im Bild nach der gemeinsamen Sitzung auf dem Weg zum verspäteten Mittagessen. Rechts der russische Außenminister Sergej Lawrow.



Am Dienstag, dem 21. Juni 2006, fand in der Wiener Hofburg das EU-USA Gipfeltreffen statt. Im Bild (v.l.n.r.) US-Präsident George W. Bush, der amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der hohe Vertreter EU-Generalsekretär Javier Solana.

Hundstorfer die EU-Präsidentschaft Österreichs. Vor allem für die ArbeitnehmerInnen habe es in den vergangenen sechs Monaten wenig Erfreuliches gegeben. Hundstorfer: „Schüssels Ankündigungen bei dessen Antrittsrede als EU-Ratsvorsitzender, das Ver-

trauen der Bürgerinnen und Bürger zur EU wieder wachsen zu lassen, stellt sich nun am Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft als billiger Marketinggag heraus.“

Trotz plakativer Überschriften und großer Inszenierung bleibe bei genauerer Betrachtung

Österreich und Europa

tung nicht viel übrig. Bei der groß gefeierten politischen Einigung auf eine Dienstleistungsrichtlinie hatte es der zuständige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein in der Tat geschafft, noch hinter dem im EU-Parlament erzielten Kompromiß zurückzubleiben. „Der Kompromiß im EU-Parlament kam auf Druck der Gewerkschaften im Verein mit den NGO's zu Stande. Bis zur endgültigen Beschlußfassung im EU-Parlament werden wir neuerlich Druck machen“, so der ÖGB-Chef. Dabei gehe es vor allem um die generelle Herausnahme der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, Ausnahmen für alle Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen sowie das große Defizit im Bereich der Kontrollen und Sanktionen.

Bei der Arbeitszeitrichtlinie ist die österreichische Präsidentschaft überhaupt gescheitert. Hundstorfer: „Der von Arbeitsminister Bartenstein im letzten Moment vorgelegte

Kompromiß war selbst einer großen Mehrheit im EU-Ministerrat zu arbeitnehmerInnen-feindlich.“ Vom Auslaufen des mißbräuchlichen „opt-out“ sei im Kompromißpapier keine Rede mehr gewesen und die wöchentliche Höchstarbeitszeit sollte plötzlich nicht mehr pro ArbeitnehmerIn, sondern pro Dienstverhältnis gelten. Hundstorfer: „Ein besonderer Trick. Bei zwei Dienstverträgen könnte völlig legal 96 Stunden die Woche gearbeitet werden. Dies zeigt, daß kein Wille besteht, wenigstens soziale Mindeststandards zu sichern, von einem weiteren Ausbau ganz zu schweigen.“

Im Bereich der Beschäftigungspolitik sei die österreichische Präsidentschaft vollkommen „abgeschrieben“ gewesen. Hundstorfer: „Am Anfang ging Arbeitsminister Bartenstein mit ‚Flexicurity‘ hausieren und Bundeskanzler Schüssel posaunte etwas von zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen pro Jahr bis

2010 hinaus. Am Ende blieb Totenstille. Es gibt weder eine wirtschaftspolitische Koordinierung noch ein Konjunkturbelebungsprogramm und schon gar keine zusätzlichen Arbeitsplätze.“ Beim EU-Budget für 2007 bis 2013 schaffte es Finanzminister Grasser, daß Österreich in den kommenden Jahren bei den Regionalfonds 200 Millionen Euro und beim für die aktive Arbeitsmarktpolitik so wichtigen Sozialfonds 334 Millionen Euro verliert.

Was die EU-Verfassung anbelangt, so schaffte es Ratspräsident Schüssel nicht einmal, die Nachdenkpause zu beenden. Diese liegt weiterhin in der Tiefkühltruhe. Hundstorfer: „Die Verpackung war alles, vom Inhalt keine Spur. Damit wurde leider wieder einmal eine Chance vertan die Menschen für Europa zu gewinnen.“ ■

Die Präsidentschaft zum Nachlesen:
<http://www.eu2006.at>



Am Abend des 30. Juni 2006 fand im Park des Schlosses Schönbrunn das »Konzert für Europa« statt, das am 2. Juni wegen Schlechtwetters abgesagt werden mußte. Die Wiener Philharmoniker sandten mit Startenor Plácido Domingo als Dirigent mit dem Konzert für Europa zum dritten Mal einen musikalischen Gruß in die Welt. Als Solist trat der Startenor Juan Diego Florez auf, der Eintritt war frei. Der ORF hat diesen wunderbaren Abend als Eurovision ausgestrahlt.

Foto: ORF / Ali Schaffler

Österreich und Europa / ausländische Medien berichteten

Österreich serviert den Finnen harte Brocken

Erik Bonse, »Handelsblatt«, Brüssel

Die EU bereitet sich auf eine schwierige Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2006 vor. Am 1. Juli übernimmt Finnland von Österreich den halbjährlich rotierenden Ratsvorsitz. Nach dem gemächlichen „Wiener Walzer“ der Österreicher stehe der Union dann „Hard Rock“ made in Helsinki ins Haus, heißt es in Brüsseler Ratskreisen.

Der eigentliche Schwerpunkt der EU-Präsidentschaft dürfte aber in der Außen- und Erweiterungspolitik liegen. Finnland hat von Österreich mehrere unvollendete „Baustellen“ geerbt: Zum einen soll im Herbst die Entscheidung fallen, ob Bulgarien und Rumänien wie geplant 2007 der EU beitreten können – oder noch ein Jahr nachsitzen müssen ... Ob es Rehn auch gelingt, den Streit über die so genannte Absorptionskapazität zu schlichten, steht auf einem anderen Blatt. Österreich hatte die Debatte über die Aufnahmefähigkeit der EU vor einigen Monaten begonnen. Beim Gipfel im Dezember soll eine Entscheidung fallen.

Wendiger Strategie Schlüssel

Lord Weidenfeld, »Welt«, Hamburg

Österreichs abgelauene EU-Präsidentschaft konnte ebenso wenig wie die seiner britischen Vorgänger die Folgen der krassen Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs in Frankreich und den Niederlanden überwinden. Doch hat Schlüssel gute Vorarbeit geleistet, vor allem in den Diskussionen über die lauernden Balkankrisen. Hierin hat er in seiner neuen Außenministerin Ursula Plassnik eine ausgezeichnete Hilfe. Plassnik, die ihm seit seiner Vizekanzlerschaft im Jahre 1997 als Mitarbeiterin zur Seite steht, hat eine charismatische Persönlichkeit und tiefe Einblicke in die Europapolitik.

Die Verfassung nach Österreich vom Winde verweht

Petteri Tuohinen, »Helsingin Sanomat«, Brüssel

Als Österreich im Jänner die Verantwortung der Ratspräsidentschaft für sechs Monate übernahm, hatte die Union ein schwarzes Jahr hinter sich. Frankreich und Holland hatten die Verfassung strikt abgelehnt. Das Vertrauen der Staatsbürger hatte die Talsohle erreicht. Trotz der provisorischen Einigung

im Dezember vertieften sich die Meinungsunterschiede der Mitglieder über die Zukunft der Union im Zuge der zänkischen Finanzierungsverhandlungen. ... Auch wenn Österreich dafür verantwortlich war, daß ein Weg aus der verfassungsrechtlichen Sackgasse gefunden wird, haben viele von Österreich nicht zu viel erwartet. Es wäre auch zwecklos gewesen, da das Schicksal der Verfassung nicht entschieden werden kann, bevor in Frankreich und Holland nächstes Jahr die Wahlen stattgefunden haben. ...

Alles in allem hätte Österreich De Clerck-Sachs zu Folge versucht, zu große Herausforderungen anzunehmen, wie zum Beispiel eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit und eine Belebung des Wirtschaftswachstums. Das Resultat blieb jedoch bei der Erledigung der wichtigsten Routinen ohne bedeutende konkrete Ergebnisse.

Ende der großen Leidenschaften

Jan Zizka, »Euro«, Prag

Wien hat der EU keine umwälzenden Visionen offeriert, dafür aber ein faires Management. Große Chancen seien den Österreichern zu Beginn ihrer EU-Ratspräsidentschaft dabei nicht gegeben worden, macht Zizka in der angesehenen tschechischen Wirtschaftszeitschrift aufmerksam.

Wien übernahm die Führung der EU heuer im Jänner – also nachdem Beobachter das vergangene Jahr 2005 als eines der katastrophalsten in der Nachkriegsgeschichte der westeuropäischen Integration bezeichnet hatten. ... Und die Österreicher konnten gewiß nicht hoffen, daß es ihnen auf einmal gelingt, große Visionen durchzusetzen. Sie konnten jedoch andere Ambitionen haben – die Beruhigung der ganzen Situation.

... Die Österreicher können sich weiters rühmen, daß die EU im heurigen ersten Halbjahr die Verhandlungen über den siebenjährigen Budgetrahmen abgeschlossen und sich dem endgültigen Übereinkommen bezüglich des Vorschlages der Dienstleistungsrichtlinie angenähert hat. ...

Allein kann das vorsitzende Land keine neuen Visionen durchsetzen. Wenn zwischen den Mitgliedsstaaten keine Meinungsübereinstimmung existiert, kann damit niemand etwas machen und umgekehrt. Viele beurteilten in der Vergangenheit unterschiedliche Präsidentschaften lediglich aus dem Grunde positiv, weil die Europäische Union damals mit neuen Plänen kam. Das mußte jedoch kein Verdienst des vorsitzenden Staates sein.

Dessen Politiker sollten nicht einmal allzu große Visionäre sein, sondern eher Manager des täglichen Betriebes in der Union. Sie sollten über die Haltungen der übrigen Länder nachdenken, Kompromisse aushandeln, durch eine sachliche Vorgangsweise unnötige Leidenschaften besänftigen. Und gerade in dieser Hinsicht haben die Österreicher mit ihrer sorgsam Einstellung nicht enttäuscht. Bereits der Vorbereitung auf die Präsidentschaft an sich widmeten sie große Aufmerksamkeit. ... Zudem ist Wien wegen der Drosselung der Dienstleistungsliberalisierung Kritik ausgesetzt. Die Litauer werden möglicherweise wieder nicht vergessen, daß die EU gerade während des österreichischen Vorsitzes ihren Beitritt zur Währungsunion abgelehnt hat. ... Vorbehalte gegenüber einigen Positionen Wiens sollten jedoch nicht die Tatsache verdecken, daß die österreichische Präsidentschaft eine wichtige Inspiration für Tschechien sein sollte, das die Agenda der Union im Jahr 2009 führen wird.“

Zentralismus à la Wien

Anna Slojewska, »Rzeczpospolita«, Warschau

Die Österreicher leiteten die EU in den letzten sechs Monaten erfolgreich, aber ohne Feuerwerk. Es gibt das Budget, eine leicht aufgetaute Verfassung und eine verdünnte Dienstleistungsrichtlinie.

Für Polen bedeuten die Leistungen der österreichischen Präsidentschaft Milliarden Euro. ... Als die Endphase der Vereinbarungen zwischen dem EP, der EK und dem EU-Rat beinahe scheiterte, kam sogar BK Schlüssel nach Straßburg. Er kam zwar nicht in den Raum der Unterhändler, aber seine Anwesenheit wirkte motivierend und die Einigung wurde plangemäß erreicht. Polen bekommt deshalb rechtzeitig das Geld, und zwar ab dem 1. Jänner 2007. Die Anwesenheit Schüssels war nicht zufällig. Diplomaten zufolge wurde die Entscheidung in Wien getroffen als es zu den endgültigen Vereinbarungen kam und nicht im Kreis österreichischer Diplomaten in Brüssel. Diese Habsburger Tradition der zentralisierten Bürokratie brachte jedoch Ergebnisse. Trotz riesiger Streitereien gelang den Österreichern die politische Einigung in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie.

Positive Ergebnisse erreichte Österreich auch dank der Persönlichkeit seines Bundeskanzlers. Der außerordentlich erfahrene Politiker half, eine Krise zu vermeiden als Polen die Mehrwertsteuereinigung blockierte.

Österreich und Europa / ausländische Medien berichteten

Ende der österreichischen EU-Präsidentschaft

**Isabel Arriaga e Cunha, »Público«,
Lissabon**

Obwohl im legislativen Bereich kaum neue Ergebnisse von der österr. EU-Präsidentschaft präsentiert werden konnten, sei das Handeln Österreichs in politischen Fragen wesentlich gewesen. Vor allem sei es Österreich gelungen, die Fortsetzung der Krisen- und Konfrontationsstimmung von 2005 zu verhindern und zu beweisen, daß Europa auch ohne Verfassungsvertrag funktionieren würde.

Weiters wurde berichtet, daß der erfolgreiche Abschluss der interinstitutionellen Vereinbarung Bundesminister Grasser zuzuschreiben sei ... Bundeskanzler Schüssel hätte als Hauptaufgabe an der Wiederherstellung eines positiven Bildes der EU in der Öffentlichkeit gearbeitet und auch eine längerfristige Dynamik entwickelt, um essentielle Teile der Verfassung retten zu können. Bundesministerin Plassnik sei es insbesondere gelungen, den Ausbruch einer Krise mit der Türkei zu verhindern.

... hat sich auch für Schüssel ausgezahlt

**Manfred Maurer, »Tageblatt«,
Luxemburg**

Der Österreich-Korrespondent hat ausführlich unter dem Titel „Österreichs EU-Vorsitz hat sich auch für die Regierung ausgezahlt – Schüssel-Festspiele sichern ÖVP starken Wahlkampfaufakt“ über den beginnenden Wahlkampf berichtet. Demnach seien die Chancen von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, auch in der nächsten Legislaturperiode Bundeskanzler zu bleiben, im letzten Halbjahr gestiegen. Dies vor allem wegen der überwiegend positiv bewerteten EU-Ratspräsidentschaft Österreichs. Neben Christdemokraten, wie dem luxemburgischen Regierungschef Jean-Claude Juncker, hätten auch „unverdächtige Sozialdemokraten“ dem österreichischen Bundeskanzler dafür Respekt gezollt. So habe der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ausdrücklich „die ausgezeichnete Arbeit Österreichs, die beispielhaft für Europa gewesen sei“, gelobt. ...

Schüssel sei jedenfalls zugute zu halten, daß er sich vom allgemeinen EU-Pessimismus, der nicht nur in der Bevölkerung, sondern inzwischen auch unter Politikern weit verbreitet sei, nicht anstecken habe lassen.

Zusammenfassung französischer Medien

Zunächst wird festgestellt, daß Österreich am 1. Jänner ein „Europa in der Krise“ übernommen hat, und daher die Erwartungen der anderen Mitgliedsstaaten dementsprechend hoch waren (*Radio BFM*, 30.6.). Sechs Monate später reicht nun die Urteilsskala von „durchmischte Bilanz“ (*BFM*, 30.6.) bis „gelungen“ (*France Culture*, 30.6.).

In einem eigenen Artikel (*Les Echos*, 30.6.) wird festgestellt, daß Bundeskanzler Schüssel aus der Präsidentschaft „gestärkt“ herausgeht. „Die ÖVP hat von der Präsidentschaft klar profitiert“. Dies könne sich im Hinblick auf die bevorstehenden NR-Wahlen für ihn nur positiv auswirken, noch dazu in der Konstellation von „BAWAG-Skandal“ und „Wiedererstarkung der [österr.] Wirtschaft“.

Der ausführlichste Artikel stammt von Jacques Docquier, in *Les Echos* vom 26.6., und hat als Überschrift: „Der österreichischen Präsidentschaft ist es gelungen, die Lähmung der Union zu vermeiden“. In diesem Artikel werden insbesondere die „Überzeugungskünste“ Österreichs gelobt, dank derer zwei festgefahrene und „sehr sensible“ Dossiers einer Lösung zugeführt werden konnten: die Finanzvorschau 2007-2013 und die Dienstleistungs-Richtlinie. Auch im Radiosender *France Culture* meint man, daß die Einigung in diesen zwei Punkten „die EU möglicherweise vor einer neuerlichen Krise bewahrt hat“ (30.6.).

Gleich neben diesen zwei Dossiers, die in den meisten Beiträgen als größte Erfolge genannt werden, steht das Kapitel Energie. *France Culture* sieht die „Lancierung einer gemeinschaftlichen Energiepolitik“ überhaupt als prägendes Element der Präsidentschaft (30.6.). Ähnlich der Radiosender *Radio France Internationale (RFI)*: Während des Frühjahrsgipfels seien die 25 „erstmalig und in tiefgehender Weise“ an die Fragen Energiemarkt und -strategie herangegangen (30.6.). Beim Kapitel Energie stellen die Kommentatoren außerdem eine besonders erfreuliche Tatsache fest: Während der Versorgungskrise gleich zu Anfang des Jahres sei es den 25 gelungen, „mit einer einzigen Stimme zu sprechen“ (*BFM*, 30.6.); „Österreich konnte seine Fähigkeit, die Mitgliedsstaaten zu vereinen, unter Beweis stellen“ (*France Culture*, 30.6.).

Abgesehen von diesen drei Haupterfolgen werden in den diversen Berichten einige weitere Positiva genannt: *Les Echos* (26.6.)

vermerkt, dass die Präsidentschaft verstärkt die nationalen Parlamente in die EU-Arbeiten einbezogen hat. Außerdem habe man sich der „Sorgen der Bürger und der Zivilgesellschaft“ angenommen. Im Problembereich der illegalen Einwanderung habe es einen wichtigen Impuls gegeben. Und bezüglich der künftigen Erweiterungen habe die „von einem Großteil der europäischen Bevölkerung gewünschte Bremsung“ erstmals Berücksichtigung gefunden. Im Artikel vom 30.6. erwähnt *Les Echos* auch den „Erfolg des sehr medialen EU-USA-Gipfels“.

Was den Verfassungsvertrag und die institutionelle Reform betrifft, habe Österreich natürlich keine Wunder vollbringen können: „Die Union befindet sich weiterhin in einer Sackgasse“, wird auf *Radio BFM* (30.6.) bemängelt. Immerhin wird der Präsidentschaft die Leistung von „Basisarbeit“ („travail de fond“) in der Sache bescheinigt (*France Culture*, 30.6.).

Österreichischer Sinn für das Praktische

»Neue Zürcher Zeitung«

Die Verabschiedung der Richtlinie für die Öffnung der Dienstleistungsmärkte in der EU ist zweifellos das große konkrete Produkt der auslaufenden österreichischen EU-Präsidentschaft. Auch wenn die ursprüngliche Fassung im EU-Parlament und im Ministerrat bis zu ihrer Verabschiedung reichlich Federn lassen mußte, war das Zustandekommen nicht selbstverständlich. In die Zeit des Wiener Ratsvorsitzes fiel auch der Startschuß für die gemeinsame EU-Energiepolitik. ... Der mittelfristige Finanzrahmen 2007-2013 schließlich war von Großbritannien zwar schon gut vorbereitet worden, doch lag es an Österreich, die Zustimmung des Parlaments zu erreichen, um das Paket fertigzuschneiden.

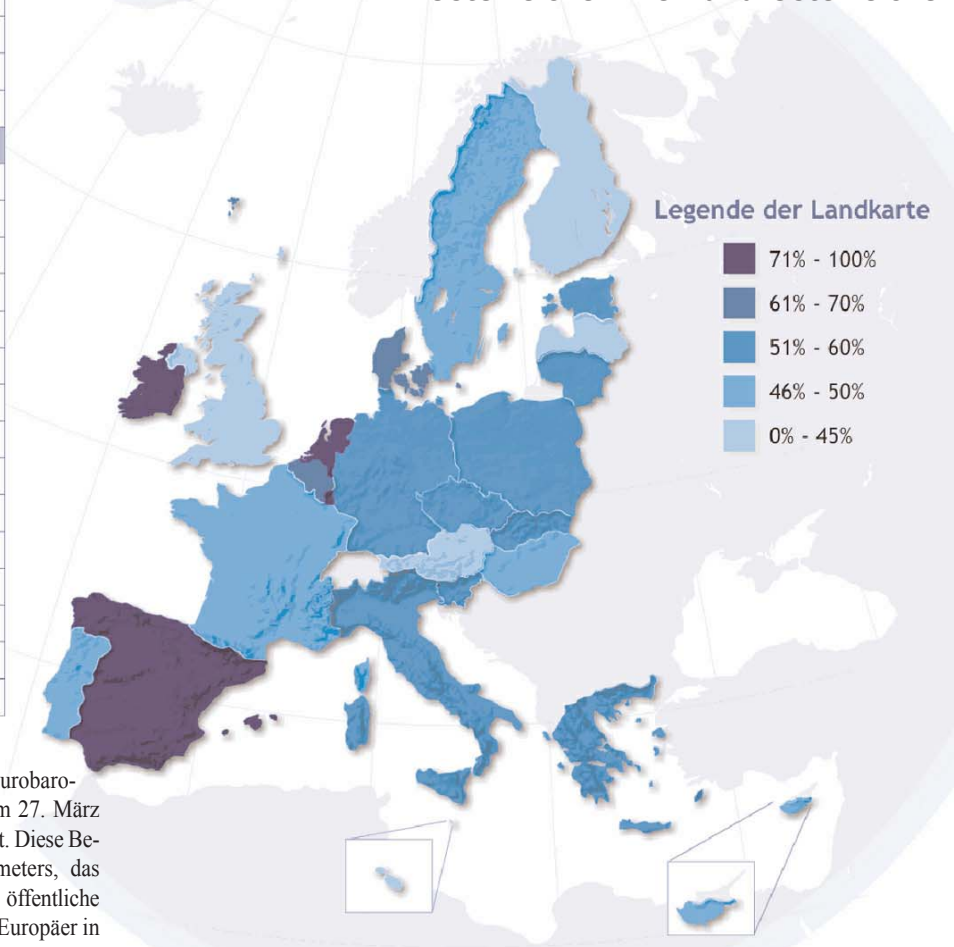
Trotz anderslautenden, manchmal etwas gar vollmundigen Erklärungen konnte Wien auf der politischen Bühne die EU nicht aus der Lähmung nach dem Schiffbruch des Verfassungsvertrags herausführen, ganz einfach darum, weil die Mitgliedstaaten dazu nicht bereit waren. ... Schon die Tatsache, daß es Österreich in dieser schwierigen Situation gelang, als Gastgeber mit großer Sorgfalt und viel Geschick atmosphärisch ein gutes Klima zu schaffen, in dem keine neuen Gräben zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen aufgerissen wurden, ist eine Leistung, die Anerkennung verdient.

Quelle: Außenministerium / Presseabteilung; NZZ

So sehen wir unser Europa

Landesergebnisse		
	Irland	77%
	Niederlande	74%
	Spanien	72%
	Luxemburg	72%
	Belgien	65%
	Dänemark	65%
	Litauen	59%
	Deutschland	57%
	Italien	56%
	Polen	56%
	Europäische Union (25)	55%
	Slowakei	55%
	Slowenien	54%
	Griechenland	53%
	Tschechische Republik	52%
	Estland	51%
	Frankreich	49%
	Schweden	49%
	Zypern	49%
	Ungarn	49%
	Portugal	47%
	Malta	44%
	Großbritannien	42%
	Finnland	39%
	Lettland	37%
	Österreich	34%

Kürzlich ist das Standard-Eurobarometer der EU-Generaldirektion Kommunikation veröffentlicht worden, das die öffentliche Meinung der Europäerinnen und Europäer widerspiegelt. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik präsentierte die – am Rande der österreichischen EU-Präsidentschaft erfragte – Meinung der Österreicherinnen und Österreicher.



Das aktuelle EU-Standard-Eurobarometer wurde zwischen dem 27. März und dem 1. Mai 2006 durchgeführt. Diese Befragung des Standard-Eurobarometers, das Eurobarometer 65, spiegelt die öffentliche Meinung der Europäerinnen und Europäer in einem sich verbessernden wirtschaftlichen Klima und in einer Zeit der Reflexion und Diskussion über die Europäische Union wider.

Das Vertrauen in die nationale wirtschaftliche Lage ist zwar mit nur 21% der europäischen Bürger, die Verbesserungen im kommenden Jahr erwarten, nach wie vor gering, die Zahlen sind jedoch nicht mehr so pessimistisch wie im Herbst 2005. Damals glaubte noch die Mehrheit, daß sich die wirtschaftliche Situation im eigenen Land verschlechtern würde (39%). Der Anteil der Europäer mit dieser negativen Erwartung ist mittlerweile auf 35% gesunken, die Mehr-

heit meint jetzt, daß die wirtschaftliche Lage gleich bleiben wird (38%).

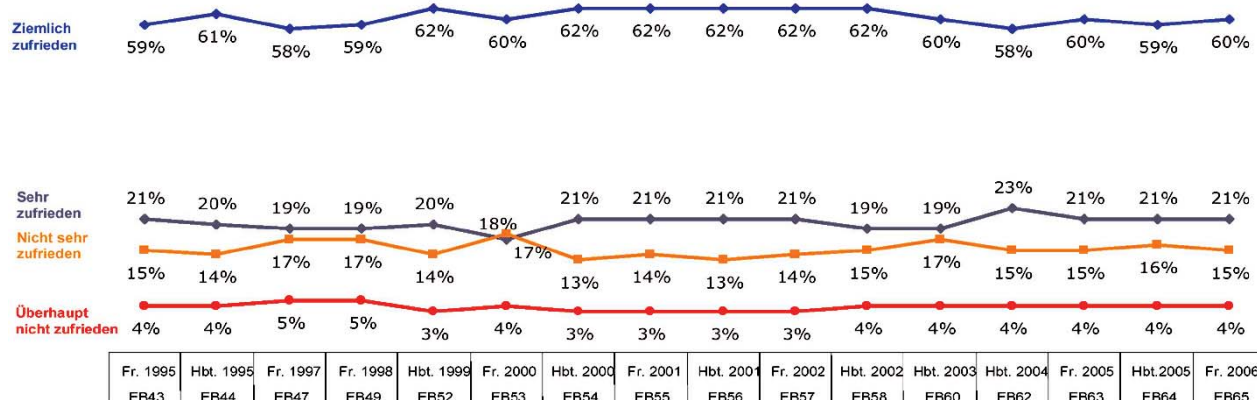
Die Ergebnisse dieser jüngsten Umfrage zeigen, daß das günstigere wirtschaftliche Klima offensichtlich die Wahrnehmung der Europäischen Union seitens der Öffentlichkeit positiv beeinflusst hat. Die persönliche Zufriedenheit ist insgesamt in der Europäischen Union weiterhin hoch. Rund acht von zehn Bürgern (81%) sind mit dem Leben, das sie führen, zufrieden.

Dieses Frühjahrs-Standard-Eurobarometer erfaßt 30 Länder oder Gebiete: die 25 Mit-

gliedstaaten, die beiden Beitrittsländer (Bulgarien und Rumänien), die zwei Bewerberländer (Kroatien und die Türkei) und die türkisch-zyprische Gemeinschaft. Es wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social, einem Konsortium aus TNS und EOS Gallup Europe, durchgeführt. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Meinungsumfragen und Medienauswertung“) für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt.

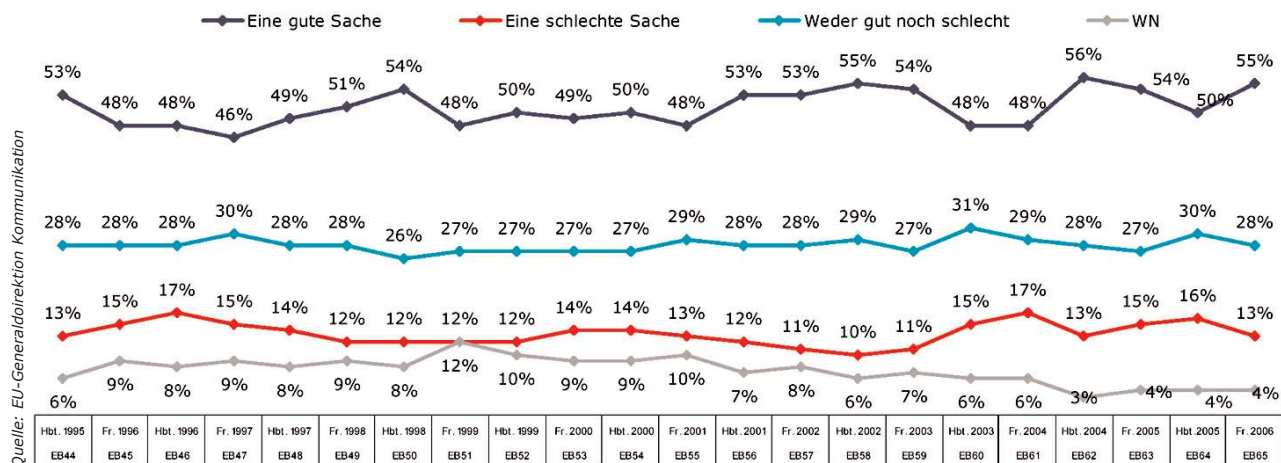
Österreich und Europa

Sind Sie insgesamt mit dem Leben, das Sie führen - % EU



Der Anteil der europäischen Bürger, die mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, ändert sich im Zeitverlauf nur wenig. Insgesamt gesehen ist die große Mehrheit der Menschen in der Europäischen Union nach wie vor zufrieden (81%). Hinter diesem durchschnittlichen Zufriedenheitsgrad verbirgt sich jedoch beim Ausmaß der Einschätzung eine Differenz von 13 Punkten zwischen den neuen Mitgliedstaaten und der früheren EU15. Während nämlich in den neuen Mitgliedstaaten nur 70% insgesamt gesehen mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, liegt die Zahl in der früheren EU15 bei 83%.

Beurteilung der EU-Mitgliedschaft - % EU



In achtzehn Mitgliedstaaten hat die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zugenommen, in weiteren fünf ist sie stabil geblieben. Für die gesamte repräsentative Stichprobe ist bei der Ansicht der Befragten, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, ein Anstieg von fünf Prozentpunkten auf nunmehr 55% zu verzeichnen. Die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft ist mit 13% um drei Prozentpunkte gesunken. Negative Meinungen mit einem Anteil von über 20% der befragten Bevölkerung finden sich lediglich in Finnland (26%), dem Vereinigten Königreich (25%) und Österreich (24%), alles Länder, die traditionell dem Aufbau Europas skeptischer gegenüberstehen. Im Herbst 2005 hatte Schweden diese Gruppe angeführt (32%), die Zustimmung zu der Aussage, dass die schwedische EU-Mitgliedschaft eine schlechte Sache ist, ging seitdem jedoch um 13 Punkte auf 19% zurück.

Aktuelle Österreich-Umfrage der ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde 1991 als überparteiliche und unabhängige Plattform aufgrund einer Idee des damaligen Europa-Staatssekretärs Peter Jankowitsch gegründet. Sie ist in dieser Form und mit ihren Aufgaben die einzige regierungsunabhängige Einrichtung

in Österreich, die auf einer derart breiten Basis steht.

Primäres Ziel der Gesellschaft ist die Beseitigung des Informationsdefizites betreffend die Europäische Union und die Entwicklung des Integrationsprozesses.

Um dieses Ziel zu erreichen, versorgt die ÖGfE Interessenvertretungen, private Vereine und andere am Integrationsprozeß Beteiligte und Interessierte mit Informationen, um

ein koordiniertes Zusammenwirken aller positiven Kräfte zu fördern.

Am 6. Juli 2006 lud die ÖGfE zu einer Pressekonferenz in den Presseclub Concordia zu einer „Bilanz der österreichischen EU-Präsidentschaft“, die aktuellen Umfrageergebnisse kamen von Fessel-GfK im Auftrag der ÖGfE durchgeführt.

Das Wichtigste zuerst: Das Interesse an der EU ist – wenn auch nicht so stark wie in

Österreich und Europa



Foto: ÖGfE / Alexander Ch. Wulz

Präsentation der Umfrage-Daten im Presseclub Concordia: v.l.n.r.: KR Franz Birk (Senior Consultant IFES, Beiratsmitglied der ÖGfE), Dr. Gerhard H. Bauer (Generalsekretär der ÖGfE) und Prof. Univ.-Doz. Dr. Peter Ulram (Fessel-GfK) Österreich

den anderen Mitgliedsstaaten – im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: 38 % zeigen sich sehr stark oder stark interessiert (2005: 23%), 45% etwas (2005: 42%), nur 17% kaum oder überhaupt nicht (2005: 35%). Desgleichen haben die Lektüre über die EU in den Tageszeitungen (61% täglich oder mehrmals die Woche) und Gespräche über die EU (41% oft) zugenommen.

55% fühlen sich über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen sehr gut oder ziemlich gut informiert (2005: 37%). 42% nicht so gut oder überhaupt nicht gut (2005: noch 63%).

Einschlägige Themen werden verstärkt wahrgenommen. Dies gilt insbesondere für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die österreichische Ratspräsidentschaft, den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dessen ungeachtet bleibt das Muster der thematischen Rezeption massenmedialer Berichterstattung weitgehend konstant (an der Spitze stehen negative Punkte wie Teuerung/Euro, Abwanderung von Betrieben in billigere EU-Länder, Türkei-Beitrittsverhandlungen).

Die Einstellung zum EU-Beitritt Österreichs hat sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbessert: 61% qualifizieren ihn als richtige Entscheidung (2004: 46%, 2005: 47%), 36% als falsche Entscheidung.

Auch die persönliche Vorteils-Nachteilsbilanz durch die EU-Mitgliedschaft fällt positiver, wenngleich nach wie vor verhalten aus: 28% Vorteile, 30% Nachteile, 41% kei-

ne Auswirkungen. 2005 sahen noch 38% Nachteile und nur 16% Vorteile.

Diese Positiventwicklung kann zurückgeführt werden auf

- die positive Einschätzung der österreichischen Ratspräsidentschaft;
- den Anstieg von Interesse an und Informationen über die EU und
- die Veränderung der innenpolitischen Diskussionslandschaft.

Über zwei Drittel der Österreicher(innen) sind mit der österreichischen Ratspräsidentschaft sehr oder eher zufrieden (69%), nur 26% zeigen Unzufriedenheit. Trotz beträchtlicher Unterschiede ist eine Mehrheit aller Wählergruppen und auch der EU-Skeptiker zufrieden.

Als besonders positiv werden die österreichischen Leistungen bei der verstärkten Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung, der Förderung von nachhaltigen Energieträgern und der Einführung eines europäischen Führerscheins gesehen. Mehrheitlich positiv die Budgeteinigung, der Islam-Dialog und die Änderung der Dienstleistungsrichtlinie. Die Überprüfung und Verringerung von EU-Vorschriften und bürokratischen Bestimmungen erscheint hingegen nicht als ausreichend.

Das internationale Ansehen Österreichs sehen durch die österreichische Ratspräsidentschaft 39% verbessert, 54% unverändert, nur 4% verschlechtert. 67% sehen darin auch einen Anlaß zu Stolz auf Österreich.

Interesse an der EU ist stark gestiegen

Das Halbjahr der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft hat zu einem deutlichen Anstieg des Interesses für Vorgänge und Ereignisse in der EU und der europäischen Politik in Österreich geführt. Ende Juni 2006 bekunden 38 Prozent sehr starkes oder starkes Interesse (Oktober 2005 nur 23%). Zugleich halbiert sich der Anteil der kaum oder gar nicht interessierten von 35 auf 17 Prozent.

Dem entspricht auch eine stark gestiegene Rezeption von EU-Berichten in den Tageszeitungen: 61 Prozent lesen einschlägige Berichte täglich oder doch mehrmals in der Woche, nur 40 Prozent seltener oder fast nie. Im Oktober des Vorjahres hatte noch mehr als die Hälfte (54%) die Berichterstattung über die EU nur lediglich sporadisch bis gar nicht verfolgt. Die EU und andere Fragen der europäischen Politik haben auch vermehrt Eingang in persönliche Gespräche über politische Angelegenheiten gefunden: diese drehen sich nunmehr zu 41 Prozent oft über Europa-Politik, zu 50 Prozent selten und zu 9 Prozent nie – im Vorjahr hatte sich ein gutes Viertel so gut wie nie über die EU und europäische Politik unterhalten.

Signifikant erhöht wurde die Einschätzung des subjektiven Informationsniveaus über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen. Bezeichnete im Oktober 2005 erst ein

Österreich und Europa

Drittel seinen bzw. ihren Informationsstand als sehr gut oder ziemlich gut, so sind es nunmehr 55 Prozent, während sich die wenig oder nicht gut informiert Fühlenden erheblich reduziert haben (von 63% auf 42%).

Die verstärkte Aufmerksamkeit für europäische Berichte schlägt sich auch in einer stärkeren Wahrnehmung einschlägiger Themen nieder. Eine gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Wahrnehmung betrifft insbesondere die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die österreichische Ratspräsidentschaft, die europäische Verfassung, den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dessen ungeachtet bleibt das Muster der thematischen Rezeption der massenmedialen Berichterstattung weitgehend konstant. An der Spitze jener Vorgänge und Entwicklungen in der EU, von denen das befragte Medienpublikum schon gehört oder gelesen hat, stehen negative Entwicklungen – die seit Einführung des Euro vermuteten Teuerungswellen, die Abwanderung von Betrieben in billigere EU-Länder und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Erst auf den Plätzen 4 und 6 finden sich mit der österreichischen Ratspräsidentschaft und den wirtschaftlichen Chancen Österreichs im Kern positiv besetzte Punkte. Damit wird eine zentrale These der Studie von Plasser und Ulram (2006 S. 73[1]) neuerlich bestätigt, wonach „aufdringliche Themen (obstruktive issues) ... den Alltagsbeobachtungen entsprechen und ... einfache Antworten ... (bieten). „Unaufdringliche“ Themen (unobstruktive issues) sind auf einer abstrakten Ebene angesiedelt, inhaltlich weit komplexer und entziehen sich der Alltagsbeobachtung. Letztere Themen ziehen konsequenterweise weniger öffentliche Aufmerksamkeit an sich“. Dazu zählen etwa zentrale Diskussions- und Entscheidungsbereiche des letzten Halbjahres wie die Neuverteilung der EU-Förderungsmittel (Nr. 18) und die Dienstleistungsrichtlinie der EU (Nr. 17).

Einstellung zur EU deutlich verbessert

61 Prozent qualifizieren den österreichischen EU-Beitritt als richtige und nur noch 36 Prozent als falsche Entscheidung. Damit ist eine Trendumkehr gegenüber der jahrelangen Verschlechterung der Einstellung zur EU eingetreten.

Auch die persönliche Vorteils- Nachteilsbilanz durch die EU-Mitgliedschaft wird im

Juni 2006 signifikant positiver gesehen als 2005: Perzipierte Vorteile und Nachteile halten einander in etwa die Waage (im Oktober 2005 wogen die vermuteten Nachteile doppelt so schwer wie die Vorteile), vier von zehn sehen keine relevanten Auswirkungen.

Diese Positiventwicklung kann im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückgeführt werden:

- Die positive Einschätzung der österreichischen Ratspräsidentschaft (siehe weiter unten).
- Der Anstieg von Interesse an, Befassung mit und Erwerb von Informationen über die EU.
- Die Veränderung der innenpolitischen Diskussionslandschaft.

Alle einschlägigen Studien wie auch die vorliegende Umfrage belegen den positiven Zusammenhang zwischen Interesse an und Informationsstand über die EU – überwiegend vermittelt durch die Massenmedien – und der Einstellung zur Europäischen Union. Tatsächlich beurteilen 73 Prozent der stark an der EU Interessierten und 70 Prozent derer, die sich gut informiert fühlen, den österreichischen EU-Beitritt retrospektiv als richtige Entscheidung, bei wenig und nicht Interessierten und nicht Informierten gilt dies nur für eine Minderheit.

Bisherige Studien haben auf die Beeinflussung der Einstellung der EU mit der innenpolitischen Diskussionslage und parteipolitischer Mobilisierung insbesondere EU-kritischer Zustimmungen verwiesen.[2] Je kontroversieller die innenpolitische Debatte und je stärker die politische Mobilisierung (etwa die massive öffentliche EU-Kritik von SPÖ und Arbeitnehmervertretungen im Frühjahr dieses Jahres), umso eher werden latente Ängste und Vorbehalte schlagend und erhöhen den Anteil an EU-Skeptikern. Umgekehrt fördern das Abklingen von einschlägigen Kampagnen, prononcierte Positivpolitik (EU-Präsidentschaft) und eine Verlagerung der innenpolitischen Streitthemen auf andere Bereiche einen Rückgang an EU-negativen Einstellungen. Ein gutes Beispiel bilden die Veränderungen im einschlägigen Meinungsbild von ÖVP- und SPÖ-Präferenzen im letzten Jahr.

Ratspräsidentschaft: Zufriedenheit, ein wenig Stolz

Mit der österreichischen Ratspräsidentschaft zeigt sich die überwiegende Mehrheit der Österreicher(innen) sehr oder eher zufrieden (69 Prozent); nur 26 Prozent bekun-

den Unzufriedenheit. Besonders positive Voten kommen von Anhängern der großen Regierungspartei ÖVP, wie den Grünen, von Befürwortern der österreichischen EU-Mitgliedschaft und sich gut informiert fühlenden Personen, doch zieht sich eine positive Einschätzung auch durch die anderen Parteiwählerschaften und erfaßt selbst eine Mehrheit der EU-Skeptiker. Lediglich die kleine Gruppe der schlecht Informierten äußert mehrheitlich Unzufriedenheit. Damit zeigt sich eine beträchtliche Differenz in der Sichtweise der österreichischen Präsidentschaft zwischen der Mehrheit der Wähler von Grünen, SPÖ und FPÖ und den Äußerungen mancher führender Nach- und Ex-Politiker in den letzten Wochen und Tagen.

Eine positive Leistung wird Österreich speziell bei der verstärkten Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Kriminalität und Drogenschmuggel und der Förderung von nachhaltigen Energieträgern wie Biomasse/Holz/Windenergie bescheinigt sowie bei der Einführung eines europäischen Führerscheins. Positiv sieht man auch die Einigung über das EU-Budget, den Dialog mit gemäßigten Vertretern des Islams und die Änderung der Dienstleistungsrichtlinie der EU. Skepsis herrscht hingegen in Bezug auf die Überprüfung und Verringerung von EU-Vorschriften und bürokratischen Bestimmungen.

Immerhin vier von zehn Befragten glauben auch, daß sich das internationale Ansehen Österreichs durch die österreichische Ratspräsidentschaft verbessert hat, lediglich 4 Prozent sehen einen gegenteiligen Effekt. Und zuletzt war diese Ratspräsidentschaft auch für viele Anlaß zu Stolz auf Österreich – eine Minderheit (14%) sehr stolz, aber die Hälfte (53%) doch ein wenig stolz.

Die EU und Österreich sind einander wieder etwas näher gerückt: man interessiert sich mehr – wenngleich vielfach noch nicht für alles Wichtige; man informiert sich mehr und fühlt sich besser informiert. Die EU ist weniger fremd und wird besser beurteilt. Und die Ratspräsidentschaft war ein Erfolg – jedenfalls in den Augen der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen des EU-Mitglieds Österreich. ■

<http://www.euro-info.net>

[1] Fritz Plasser und Peter A. Ulram. Informationsverhalten und Einstellung der Österreicher zu Europäischen Union. Forschungsbericht (Wien 2006).

[2] Peter A. Ulram, Die Einstellung der Österreicher zu EU. In: Heinrich Neisser und Sonja Puntischer-Riekmann (Hg.). Europäisierung der österreichischen Politik, Wien 2002; Anton Pelinka (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994; Peter A. Ulram, Analyse des FPÖ-Volksbegehrens, Unterlagen zum Pressegespräch am 13.03.2006, Wien.

Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Ende Juni erstmals seit 3 Jahren weniger als 200.000 Arbeitslose - 51.200 Beschäftigte mehr als im Vorjahr. Doch nicht alle sehen das so.

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Erhebung der Statistik Austria waren im Durchschnitt des ersten Quartals 2006 3.818.000 Österreicherinnen und Österreicher erwerbstätig und 224.000 arbeitslos. Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64jährigen (= Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung) lag bei 68,2%, die Arbeitslosenquote bei 5,5%. Bei diesen Zahlen handelt es sich um nach internationalen Definitionen ermittelte, nicht saisonbereinigte Werte.

Im Vergleich zum 1. Quartal 2005 sind sowohl Beschäftigung wie auch Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen wuchs um 64.000, die Erwerbstätigenquote erhöhte sich von 67,6% auf 68,2%. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 16.000 zu, die Arbeitslosenquote von 5,2% auf 5,5%. Das Plus bei der Zahl der Arbeitslosen nach internationaler Definition fiel damit im 1. Quartal 2006 mit +7,9% deutlich stärker aus als der Anstieg der Arbeitslosen nach nationaler Definition im gleichen Zeitraum (registrierte Arbeitslose lt. AMS; +1,3%). Saisonbedingt lag die Zahl der männlichen Arbeitslosen mit 120.000 deutlich über jener der weiblichen (103.000) und die Arbeitslosenquote der Männer mit 5,5% nur geringfügig unter jener der Frauen (5,6%). Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen (15 bis 24 Jahre) nahm im Jahresabstand von 52.000 auf 57.300 zu, die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen von 9,2% auf 10,1%. Allerdings befanden sich von den als arbeitslos gezählten Jugendlichen im ersten Quartal 2006 14.200 gleichzeitig in Ausbildung (Schule, Universität), d.h. auf der Suche nach einem Ferialjob oder einer Nebenbeschäftigung und galten somit nach EU-Definition als arbeitslos, während dies im ersten Quartal 2005 nur auf 8.700 Personen zutraf.

Ausländer sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Über alle Altersgruppen hinweg war ihre Arbeitslosenquote mit 13,4% drei Mal so hoch wie jene der Inländer (4,6%).

Die Teilzeitbeschäftigung erreichte einen neuen Rekordwert: Nimmt man die Angaben zur Frage, ob eine Teilzeitbeschäftigung vorliegt, so hat die Teilzeitquote mit 22,5% ge-

genüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte zugelegt. Unter den nach dieser Definition 858.000 Teilzeitbeschäftigten waren 714.000



Foto: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Bundesminister Martin Bartenstein

Frauen. Der Anteil der in Teilzeit arbeitenden Frauen an allen erwerbstätigen Frauen beträgt nun schon 40,9%, bei den Männern immerhin 6,9%.

Ursachen für die anhaltend günstige Entwicklung

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein sieht die Ursachen für die anhaltend günstige Entwicklung vor allem im stabilen Wirtschaftswachstum (das WIFO hat die Prognose für 2006 in der aktuellen Prognose auf 2,6% nach oben revidiert), das im Sachgüterbereich (-11,4%) und auch im Bau (-11,1%) zu überdurchschnittlich rückläufigen Arbeitslosenzahlen führt. Die günstige Entwicklung habe zudem inzwischen alle wichtigen Branchen erfaßt. Auch im Tourismus ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen Ende Juni um 3,9% zurück gegangen.

Dazu komme, daß trotz des anhaltenden Zustroms von Arbeitskräften aus Deutschland (Ende Mai 2006 waren gegenüber dem

Vorjahr um 8.300 mehr Personen aus dem westlichen Nachbarland am österreichischen Arbeitsmarkt), der Anstieg des gesamten Arbeitskräftepotentials unter den Zuwächsen des Vorjahres bleibt.

Einen weiteren Grund sieht der Minister in der im Jänner gestarteten großen Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative „Unternehmen Arbeitsplatz“. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für mehr als 60.000 Personen zusätzlich eingerichtet. Dafür werden aus dem Budget 285 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Aufgrund dieser Initiative ist die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice gegenüber dem Vorjahreswert um 10.158 (+21,4%) auf 57.711 angestiegen.

Durch die sozialpolitische Verbesserung für Personen, die auf Grund eines zu hohen Partnereinkommens keinen Anspruch auf Notstandshilfe haben und sich zur Wahrung von Pensionsversicherungszeiten nun beim Arbeitsmarktservice vormerken lassen können, wird die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit um rund 1.000 Personen erhöht.

Position Österreichs im internationalen Vergleich

EUROSTAT weist für den Juni 2006 noch keinen aktuellen Wert für die Arbeitslosenquote Österreichs aus. Die vorläufige Fortschreibung des AMS (*Arbeitsmarkt-Service Österreich, früher „Arbeitsamt“, Anm.*) zur Arbeitslosenquote gemäß der EUROSTAT-Arbeitslosenquote beträgt für den Juni 4,8%.

Die österreichische Arbeitslosenquote lag im Mai 2006 mit 4,9% nach den Niederlanden (3,9%), Dänemark (3,9%), Irland (4,3%) und Luxemburg (4,7%) im Spitzenfeld der Europäischen Union. Die Arbeitslosenquote der EU-25 beträgt 8,2% (Mai 06) und liegt damit weiterhin deutlich über dem österreichischen Wert. Der Jahresdurchschnittswert 2005 für Österreich beläuft sich nach der neuen Berechnungsmethode auf 5,2%.

Der positive Trend bei der Entwicklung der offenen Stellen hält weiter an: Ende Juni

Innenpolitik

2006 liegt die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen mit einem Bestand von 35.813 um +25,9% (+7.363) über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres. Deutliche Zuwächse verzeichnen vor allem die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (+3.523; +38,0%) sowie der Fremdenverkehr (+1.184; +30,0%). Einen Anstieg gibt es auch in der Sachgütererzeugung (+935; +29,2%), im Bauwesen (+822; +33,0%) und im Handel (+615; +17,9%).

Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode lag Ende Juni 2006 bei 109 Tagen. Die aktuelle Verweildauer liegt somit um 1 Tag unter dem Wert vom Juni 2005.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit einer Vormerkdauer über einem Jahr ist Ende Juni 2006 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres mit -3.285 bzw. -29,0% auf 8.024 kräftig zurückgegangen.

Rückläufige Entwicklung der Altersarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit der über 49jährigen beträgt im Juni 2006 38.210 und ist im Vergleich zum Juni 2005 um 2.031 bzw. -5,0% gesunken. Die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 50- bis 54jährigen ist um 914 bzw. -4,7% gesunken, bei den 55- bis 59jährigen ist diese um 342 bzw. -2,1% gesunken. Rückgängig ist weiterhin die Arbeitslosigkeit bei den über 59jährigen (-775 bzw. -16,9%).

Schulungen und Förderungen des AMS

Mit 57.711 liegt die Zahl der Personen in Schulungen im Juni 2006 um +10.158 über dem Vorjahresniveau. Die Schulungsaktivitäten steigen in allen Altersgruppen und in allen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr deutlich an.

Auch bei Jugendlichen weniger Arbeitslose

Die Jugendarbeitslosigkeit hat im Juni 2006 um -11,0% (-3.769 auf 30.470) gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres abgenommen. Sowohl in der Altersgruppe der bis 19-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit mit -10,9% (-894 auf 7.294) als auch bei den 20- bis 24jährigen (-11,0% bzw. -2.875 auf 23.176) gesunken.

Die Jugendarbeitslosenquote (15 bis 24 Jahre) nach EUROSTAT liegt mit 9,6% (Mai 2006) nach wie vor deutlich unter dem euro-



Foto: AMS/Petra Spiola

Große Sorgen macht die Jugendarbeitslosigkeit – auch wenn Österreich im EU-Vergleich eine gute Position einnimmt, jeder Jugendliche ohne Arbeit ist einer zuviel

päischen Durchschnitt (EU-25) von 17,7% (Mai 2006). Österreich liegt damit nach den Niederlanden, Dänemark und Irland weiterhin an vierter Stelle in Europa.

Im Juni 2006 liegt im Vergleich mit Juni 2005 ein Rückgang der Lehrstellensuchenden von -132 (-3,1% auf 4.150) vor. Bei den gemeldeten offenen Lehrstellen ist mit +1.299 bzw. +58,3% auf 3.529 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen.

Lob vom kommt Regierungspartner, Kritik von der Opposition

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures stellte fest, das überschwengliche Eigenlob von Kanzler Schüssel und Arbeitsminister Bartenstein erscheine im Lichte der tatsächlichen Arbeitsmarktdaten ganz und gar nicht angebracht, „im Gegenteil: Das ist eine Verhöhnung der Betroffenen, die eben wegen der Unfähigkeit dieser Regierung keinen Job haben“. Ende Juni seien 51.291 Jugendliche arbeitslos, davon 20.821 in Schulungen gewesen.

Der von Bartenstein bejubelte Rückgang im Vergleich zum Vorjahr betrage nicht über zehn Prozent, sondern knapp ein Prozent – in absoluten Zahlen 679. Heuer sei der bisherige absolute Rekordwert vom Vorjahr damit nur ganz geringfügig unterschritten worden. Und im Vergleich zum Juni 2000 seien heuer um 23.560 mehr Jugendliche arbeitslos gewesen. Das bedeute einen Anstieg um 85 Prozent. Bures: „Diese Zahl wird noch besorgniserregender, wenn man sich vor Augen hält, daß auch die Lehrstellenlücke immer größer

wird.“ So habe es im Mai 2001 für 8.363 Lehrstellensuchende 2.914 offene Lehrstellen gegeben, die Lehrstellenlücke sei also bei 5.449 gelegen. Im Mai 2006 wären 16.359 Jugendliche ohne Lehrstelle in einem Betrieb gewesen, bei 3.643 offenen Lehrstellen. Die Lehrstellenlücke habe damit 12.716 betragen. Schüssel habe die Jugendarbeitslosigkeit verdoppelt. Es werde an einer SPÖ-geführten Regierung liegen, der Jugend eine Zukunft zu geben. „Wir werden die Jugendarbeitslosigkeit wieder halbieren“, so Bures.

Im Gegensatz zur Bundesregierung würden die SPÖ und ÖGB nichts zur Senkung der Arbeitslosenzahlen in Österreich beitragen, sagte BZÖ-Sozialsprecher Max Walch. Im Gegenteil, durch den SPÖ/ÖGB/BAWAG-Skandal müßten tausende Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz fürchten. Walch: „Diese Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren unter Federführung unserer BZÖ-Minister viele Maßnahmen gesetzt, um die Arbeitslosenzahlen zu reduzieren.“ Knapp 30 Prozent der Arbeitslosen in Österreich wären ausländische Arbeitskräfte, hier gelte es, vor allem beschäftigungslose Ausländer ohne Anspruch auf Versicherungsleistungen zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen.

„Unter sozialistischer Regierungsverantwortung wurde außer Vernichtung von tausenden Arbeitsplätzen in der ehemaligen verstaatlichten Industrie und einem großen Schuldenberg von über 174 Mrd. Euro nichts zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen beigetragen. Wenn die SPÖ in der Regierung wäre, würde auch in Zukunft nichts passieren“, so Walch.

Innenpolitik

Hauptergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfte-erhebung 1. Quartal 2005 bis 1. Quartal 2006

Merkmale	1. Quartal 2006	4. Quartal 2005	3. Quartal 2005	2. Quartal 2005	1. Quartal 2005
Erwerbstätigkeit nach EU-Konzept					
Erwerbstätige insgesamt	3.818.200	3.845.200	3.893.100	3.803.200	3.756.200
Erwerbstätigenquote ¹⁾ der 15- bis 64jährigen	68,2%	68,8%	69,8%	68,4%	67,6%
Männer	74,2%	75,8%	77,1%	75,2%	73,4%
Frauen	62,3%	61,8%	62,7%	61,7%	61,7%
Teilzeitquote ²⁾ insgesamt	22,5%	21,8%	21,1%	20,6%	21,0%
Männer	6,9%	6,4%	6,2%	5,9%	5,9%
Frauen	40,9%	40,5%	39,3%	38,5%	38,9%
Teilzeit als Anteil der Personen mit bis zu 35 Stunden wöchentlicher Normalarbeitszeit	23,2%	22,8%	22,0%	21,6%	22,1%
Arbeitslosigkeit nach EU-Konzept					
Arbeitslose insgesamt	223.700	207.300	206.000	210.500	207.200
Arbeitslosenquote ³⁾ insgesamt)	5,5%	5,1%	5,0%	5,2%	5,2%
Männer	5,5%	4,8%	4,5%	5,1%	5,2%
Frauen	5,6%	5,5%	5,7%	5,4%	5,2%
Inländer	4,6%	4,3%	4,4%	4,4%	4,5%
Ausländer	13,4%	12,1%	10,1%	12,3%	11,8%
Jugendliche (15-24 Jahre)	10,1%	10,1%	11,1%	10,9%	9,2%
Ältere (55 bis 64 Jahre)	4,0%	3,7%	3,4%	3,4%	3,9%

Quelle: Statistik Austria: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung – ¹⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe – ²⁾ Erwerbstätige, die angeben, Teilzeit zu arbeiten, in % der Erwerbstätigen. – ³⁾ Arbeitslose in % der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige und Arbeitslose). Bevölkerung in Privathaushalten, ausgenommen Präsenz- und Zivildienstler – Die Definition des Erwerbsstatus erfolgt nach dem Labour Force-Konzept der Europäischen Union.

Der Bundesparteiohmann der FPÖ, Heinz-Christian Strache, wundert sich, „wie man angesichts solch dramatischer Zahlen in Jubel ausbrechen kann“, das bleibe das Geheimnis von Schüssel und Bartenstein. Und daß „die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern noch höher ist, bringt keinem einzigen Österreicher einen Arbeitsplatz.“ Die Arbeitsmarktbilanz dieser Regierung sei verheerend. Aber dem Kanzler sei die Arbeitslosigkeit höchstens ein kaltes Lächeln wert.

Strache forderte unverzügliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die erste solche Maßnahme müsse ein Einwanderungsstopp sein, die besonders in Wien den Arbeitsmarkt belaste, was Bürgermeister Häupl aber nicht im Mindesten interessiere. Denn dieser forcire lieber die Einwanderung ge-

nauso wie die Einbürgerungen. Häupl sei der „Schlüssel von Wien“, erklärte der FPÖ-Obmann.

Karl Öllinger, stv. Klubobmann und Sozialsprecher der Grünen, wirft Minister Bartenstein vor, seit Jahren von einer Trendwende am Arbeitsmarkt zu sprechen, er bete sie jeden Tag herbei. „Nur die Arbeitslosigkeit sinkt nicht. Stattdessen schön Bartenstein einmal mehr mit üblen Tricks“ die hohen Arbeitslosenzahlen, an denen sich nämlich nichts geändert habe, wenn man die Zahl der SchulungsteilnehmerInnen, der PensionsvorschußbezieherInnen und der Personen, die Altersübergangsgeld beziehen, dazuzähle. „All diese Menschen sind arbeitslos und beziehen unter diesem Titel Leistungen der Arbeitslosenversicherung“, so Öllinger.

Die Europäische Arbeitskräfteerhebung wird in allen Mitgliedsländern der EU durchgeführt und erhebt in zufällig ausgewählten privaten Haushalten in standardisierter Form Informationen zu Erwerbstätigkeit und der Suche nach Arbeit. Diese Daten werden anschließend auf die jeweilige Bevölkerungszahl hochgerechnet.

In Österreich erfolgt die Erhebung im Rahmen des Mikrozensus. Die Mikrozensus-Erhebungen früherer Jahre fanden in den ersten drei Wochen der Monate März, Juni, September und Dezember statt. Ab dem Jahr 2004 finden in allen Kalenderwochen des Jahres Befragungen statt. Aus methodischen Gründen sind die Daten des Mikrozensus ab 2004 mit den Ergebnissen früherer Erhebungen daher nur bedingt vergleichbar. ■

Gabi Burgstaller weit vor Alfred Gusenbauer

Eine Studie des Linzer »market«-Instituts

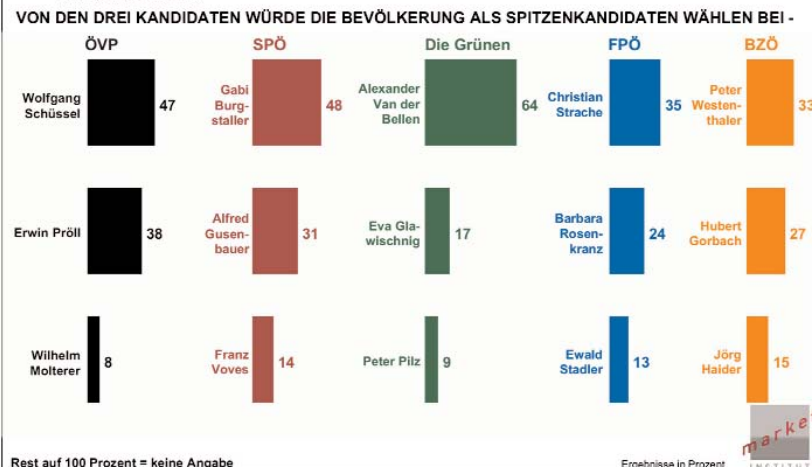
Die näher rückende Nationalratswahl bringt zwangsläufig auch eine stärkere Fokussierung auf die Spitzenkandidaten mit sich. Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ÖVP und SPÖ bedeutet somit auch Schlüssel oder Gusenbauer. Die Ergebnisse der aktuellen „market“-Umfrage zeigen: in puncto Spitzenkandidat hat die SPÖ die schlechtere Ausgangsposition. Denn während Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von der Bevölkerung als idealer Spitzenkandidat für die ÖVP angesehen wird, sieht sie bei der SPÖ nicht in Alfred Gusenbauer, sondern in Gabi Burgstaller die idealere Spitzenkandidatin.

„market“ ging der Frage nach, inwieweit die einzelnen Parteien bei der Wahl ihrer Spitzenkandidaten eine glückliche Hand hatten. Zum einen war es von Interesse, wie die Nominierung der Partei-Spitzenkandidaten von den Wählerinnen und Wählern gesehen wird. Kurzum: wie sie die Zugkraft der einzelnen Spitzenkandidaten beurteilen. Mit Ausnahme der SPÖ haben sich nach Meinung der Bevölkerung die Parlamentsparteien für den richtigen Spitzenkandidaten entschieden. Am klarsten fällt das Votum bei den Grünen aus, aber auch bei der Regierungspartei ÖVP betrachtet die Mehrheit der Bevölkerung Wolfgang Schüssel als den idealen Spitzenkandidaten. Anders sieht das bei der größten Oppositionspartei, der SPÖ, aus. Herr und Frau Österreicher sehen in der Landeshauptfrau von Salzburg, nämlich in Gabi Burgstaller, die zugkräftigere Kandidatin für die SPÖ. Gabi Burgstaller kann bei Männern und Frauen gleich stark punkten und kommt nicht nur in Westösterreich, sondern auch in Ostösterreich (Wien, NÖ, Bgl.) stärker an als Alfred Gusenbauer. Interessant ist auch der Blick auf die jüngste Parlamentspartei, das BZÖ. Denn die Ergebnisse zeigen, daß die Rolle Jörg Haider als zugkräftiger Spitzenkandidat – zumindest auf Bundesebene – vorbei sein dürfte.

Diese Ergebnisse werden auch bestätigt, wenn es um die gewünschten Regierungsmitglieder geht. Also jene Politiker, die Herr und Frau Österreicher gerne in der nächsten Regierung sehen möchte. Hier erreicht mit 71 Prozent Zustimmung Gabi Burgstaller

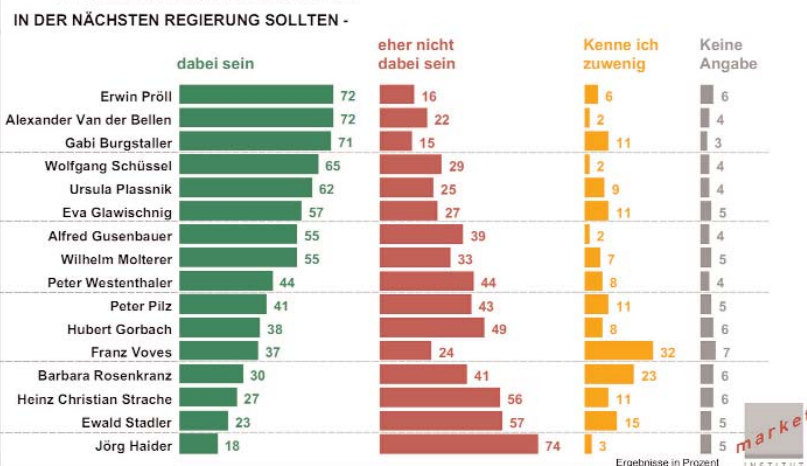
Setzt die SPÖ auf das falsche Pferd?

Frage: Ich nenne Ihnen für jede Partei jetzt 3 Kandidaten. Bitte sagen Sie mir das jeweils für jede Partei, für welchen Spitzenkandidaten Sie sich entscheiden würden.



Geeignete Regierungsmitglieder

Frage: Ich lese Ihnen nun Politiker von verschiedenen Parteien vor; welche dieser Personen sollen Ihrer Meinung nach auf jeden Fall in der nächsten Regierung dabei sein, welche eher nicht?



neben Erwin Pröll (72 Prozent) und Alexander Van der Bellen (72 Prozent) die höchsten Werte. Alfred Gusenbauer liegt hier mit 55 Prozent Nennungen nicht nur abgeschlagen hinter seiner Parteikollegin, sondern auch hinter seinem unmittelbaren Konkurrenten Wolfgang Schüssel.

Quelle: <http://www.market.at>

„market“ zählt zu den drei führenden Marktforschungsinstituten in Österreich.

Dokumentation: n = 501; telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren; Erhebungszeitraum: 13. bis 16. Juni 2006; maximale statistische Schwankungsbreite bei n=501 ± 4,48 Prozent.

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – die FPÖ

Mit dieser Darstellung der Politik der »Freiheitlichen Partei Österreichs« setzen wir unsere Serie fort, die Ihnen – vor der Nationalratswahl im Herbst – die der Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

»Wir sind heute wieder echte unverwechselbare Freiheitliche«

Es ist schade, daß ORF-Generaldirektorin Lindner heute nicht da ist“, meinte FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache am 24. Juni 2006 zu Beginn seiner Rede am außerordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Linz. „Aber wahrscheinlich ist sie damit beschäftigt, Redakteure zu zensurieren und unter Druck zu setzen.“ Strache sprach von einem ÖVP-Parteisekretariat an der Spitze des ORF mit den „ÖVP-Generalsekretären“ Lindner und Mück. Unser Land brauche aber einen objektiven und unabhängigen ORF.

„Wir sind heute wieder echte unverwechselbare Freiheitliche und stellen heute die Weichen für die nächsten Wochen und Monate“, betonte Strache. „Wir sind heute wieder eine Gemeinschaft. Das künstliche Duell mit einer demokratisch nicht legitimierten Partei beschäftigt uns nicht.“ (Gemeint ist das BZÖ, Bündnis Zukunft Österreich, das aus der Spaltung der damaligen FPÖ hervorgegangen und Koalitionspartner der ÖVP ist, Anm. d. Red.) Nur die FPÖ habe den Mut, der ÖVP-Allmacht und Machtbesessenheit entschieden entgegenzutreten. Gerade die Interessen der Arbeitnehmer bräuchten eine Vertretung, denn es gebe keine mehr. Die Sozialdemokratie habe die Arbeitnehmer längst verraten und verkauft. Der Sozialstaat sei gefährdet, man müsse jetzt die richtigen Weichen stellen. „Als soziale Heimatpartei stellen wir die Rechte der Österreicher wieder in den Mittelpunkt. Die fleißigen Menschen und Leistungsträger verdienen eine politische Vertretung.“ Die Bundesregierung habe nur mehr die Großkonzerne im Auge. „Wir müssen uns um diese Menschen kümmern. Ohne sie können wir auch keine Zukunft sicherstellen, wenn der Mittelstand zerbröselt.“

Im Parlament herrsche eine Mischung aus Verantwortungslosigkeit, Egozentrik und Lobbyismus für die EU. Die Viererbande im Hohen Haus (gemeint sind ÖVP, SPÖ, BZÖ und Grüne, Anm. d. Red.) mache eine reine „Brüssel zuerst“-Politik und biete ein schä-



Österreich-weit affiziertes Plakat der FPÖ im Frühjahr/ Sommer 2006

biges Schauspiel. „Diese Parteien vernichten die Hoffnung der Menschen“, kritisierte Strache. „Für uns ist das Wollen der Menschen wichtig, das haben wir umzusetzen und nicht umgekehrt.“ Die FPÖ habe Selbstreinigungskraft. „Wir haben entschlossen und sofort gehandelt und nicht zugedeckt. Wir lassen uns nicht kaufen, wir sind unbestechlich. Wir stehen zur Heimat.“

Scharfe Kritik übte Strache an der Behandlung des Volksbegehrens „Österreich bleib frei“ im Parlament. Dieses sei mit 260.000 Unterschriften ein toller Erfolg gewesen, die Österreicher hätten sich als mutig erwiesen, im Geiste hätten eine Million Menschen mitunterschrieben. Die „Viererbande“ hingegen wolle Österreich mit der EU-Verfassung Brüssel ausliefern. Der FPÖ-Obmann sprach sich deutlich gegen eine EU-weite Volksabstimmung über die EU-Verfassung aus.

Heute herrsche ein System der Vertuschung, der Päckerei und des Bankrotts. „Die

Bürger benötigen einen Anwalt“, betonte Strache. „Wir sind heute wieder ein Team und lassen uns nicht auseinanderdividieren. Wir haben die Gemeinschaft im Auge. Wir reden nicht um den heißen Brei herum. Man muß die Dinge auf den Kern zurückführen. Es braucht Klartext. Wenn wir als Populisten beschimpft werden, ist das für uns ein Adelsprädikat, denn wir machen Politik für die österreichische Bevölkerung. Wir werden alles daran setzen, damit im Herbst weniger Brüsseler Lobbyisten im Nationalrat sitzen, sondern mehr österreichische Patrioten.“ Die Regierung mache lieber vor Bush einen krummen Buckel als sich mit Respekt vor der eigenen Bevölkerung zu verbeugen. Strache thematisierte auch die Menschenrechtsverletzungen der USA.

„Wir wollen Herr im eigenen Haus bleiben“, stellte Strache klar. Es brauche Selbstverteidigung. „Wir sind wieder die FPÖ, die österreichische Interessen zuerst vertritt.“ Strache bezog nachdrücklich Stellung gegen

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – die FPÖ

die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und trat für ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und im öffentlichen Dienst ein. Die Österreicher würden zur Minderheit in der eigenen Heimat. Es müsse daher eine starke FPÖ bei der nächsten Wahl geben. Das Ergebnis in Wien habe gezeigt: „Rache mit Strache ist möglich in diesem Land.“

Eine deutsche Studie habe ergeben, daß jeder Einwanderer über 2300 Euro mehr koste als er bringe. Diese Gelder müßten umgeschichtet werden für die Sicherung unserer Kinder und unserer Zukunft. Niemand habe etwas gegen anständige Menschen. Aber Gastarbeitslose würden dem Sozialsystem auf der Tasche liegen. Das Sozialsystem und das Gesundheitssystem würden zusammenbrechen. Die ältere Generation werde abgespeist. Strache forderte: „Geld zuerst für Österreicher.“ Auch den Asylmißbrauch thematisierte der FPÖ-Obmann. Wirklich Verfolgte seien nicht das Problem. Aber Österreich sei ein Magnet für Mißbrauch und organisierte Kriminalität geworden. Kritik übte Strache auch an den EU-Beitragszahlungen, die Schlüssel auf 860 Millionen Euro verdoppelt habe. 800 Millionen würden in die Türkei fließen, um sie europafit zu machen. „Wir brauchen aber jeden Cent bei uns.“ Schlüssel wolle offenbar eine Eurasischafrikanische Union. Die Nationalratswahl sei „eine Entscheidungswahl, ob wir unsere Tradition, Geschichte und Kultur verschenken wollen oder Mut haben zum Widerstand.“

Die ÖVP sei die dunkle Seite der Macht. „Wir fürchten uns als einzige nicht vor dem Schwarzen Mann in Österreich“, erklärte Strache, der Gusenbauer mit der Pechmarie verglich. Gerechtigkeit und Solidarität seien völlig aus der Gesellschaft verschwunden. Strache zeigte sich schockiert, wie die SPÖ die Arbeitnehmer verraten habe mit ihrem Sumpf aus Penthouse, Luxuslinken und Spekulantentum. Dies habe Methode gehabt. Gusenbauer, Verzetnitsch, Hundstorfer und Elsner seien ja die besten Freunde gewesen. „Mir tut jedes Gewerkschaftsmitglied leid, mit dessen Mitgliedsbeiträgen die Gauner an der Spitze ihr Schauspiel vollzogen und den Raubtierkapitalismus unterstützt haben.“ Die Ideale der Mitglieder seien verkauft worden. An ÖGB-Chef Hundstorfer richtete Strache die Aufforderung: „Treten Sie zurück.“

„Wir brauchen eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“, erklärte Strache, der die Vertuschungspartie von Gusenbauer, Häupl und Co. mit scharfen Worten geißelte. „Sie stecken drin im Sumpf und hätten wei-

tergemacht und weiter zugedeckt.“ Die SPÖ sei keine Vertretung für die Arbeitnehmer. „Wir treten an, die Arbeitnehmerinteressen glaubwürdig zu vertreten als soziale Heimatpartei.“

Auch die ÖVP stecke mitten drinnen im Sumpf. Es gebe drei schwarze Aufsichtsräte in der BAWAG. Der schwarze Gewerkschafter Neugebauer sitze im ÖGB-Präsidium. Finanzminister Grasser habe seit 2000 Bescheid gewußt. Auch an die Eurofighter-Vorfinanzierung erinnerte Strache. Höchste Vertreter der Republik würden drinnen stecken. „Ich habe Angst, daß die Staatshaftung schlagend wird.“

Den Bonzen müßte es eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben, wie sie die Arbeiterinteressen mit Füßen träten. Auf der anderen Seite gebe es eine machtbesessene ÖVP in Dollfußmanier, die alles zerschlage und unter ihren Machteinfluß bringen wolle. Stück für Stück werde unsere Demokratie zu einer schwarzen Demokratie. „Wir dürfen unser Land nicht den Schwarzen überlassen“, betonte Strache. „Wir treten an gegen die schwarze Allmacht für die Interessen der Arbeitnehmer.“

Strache stellte auch die Frage, warum es in der BAWAG-Affäre bis heute keine Haftbefehle gebe. „Hier laufen Gauner herum, die Milliarden einfach verlutet haben. Wo bleibt die unabhängige Gerichtsbarkeit? Steckt da auch Schlüssel dahinter?“ Schlüssel habe Bescheid gewußt, denn der Skandal habe begonnen, als dieser noch Vizkanzler gewesen sei. Hier gebe es eine Schutzallianz, die einiges zu verbergen habe.

„Wir haben den Mut, diese Dinge an- und auszusprechen und die Interessen der Österreicher zu vertreten“, betonte Strache. „Unsere Priorität gilt den Österreichern, wir wollen soziale Leistungen in erster Linie für Österreicher.“ Der Massenzuwanderung erteilte Strache eine klare Absage. Bald würden sich nämlich die Österreicher anpassen müssen. Der FPÖ-Obmann forderte die Rückführung von nicht integrationswilligen und kriminellen Ausländern. Der Familiennachzug sei zu stoppen. Der Sozialstaat sei nur aufrecht zu erhalten, wenn es keine weitere Einwanderung gebe. Die Familien seien zu fördern. Ein Kind dürfe nicht Luxus sein. Der Sozialmißbrauch müsse bekämpft werden.

„Unsere Politik sollte für jeden österreichischen Politiker eine Selbstverständlichkeit sein. Wir sind bereit, für rotweißbrot alles zu geben. Die Österreicher setzen ihre Hoffnung in uns und wir setzen unsere Hoffnung

in die Österreicher“, betonte Strache. Wir packeln nicht, wir leisten Widerstand. Es werden harte Monate. Aber wir können als starke Partei zurückkehren bei der Nationalratswahl. Wir sind den Bürgern im Wort und werden für Österreichs Interessen kämpfen, damit der echte Österreicher nicht untergeht. Wir für die Österreicher, die Österreicher für uns. Diese FPÖ hat wieder eine Kraft, vor der die politischen Mitbewerber Angst haben. Es gibt uns wieder.“

<http://www.fpoe.at>

Erklärender Rückblick: Die FPÖ hat sich am 4. April 2005 in zwei Lager gespalten, wobei das eine um die zu diesem Zeitpunkt als Parteiobfrau fungierende Ursula Haubner (sie war damals und ist heute Sozialministerin) den Koalitions-Regierungskurs mit der ÖVP weiterfahren wollte, das andere um den damaligen Wiener FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, der sich mit der Vorgangsweise der „alten“ FPÖ, vor allem was den damals kurz zuvor erfolgten Parteiausschluß des EU-Abgeordneten Andreas Mölzer und die Abwahl von Volksanwalt Ewald Stadler aus dem Parteipräsidium anbelangte, nicht abfinden wollte.

Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider hat damals auch eine Neugründung der FPÖ ins Spiel gebracht, kurz darauf gaben dann Haubner, Haider, Vizkanzler Hubert Gorbach, Klubobmann Herbert Scheibner und Generalsekretär Uwe Scheuch die Gründung des „Bündnis Zukunft Österreich, BZÖ“ mit nunmehr orangem Logo und unter dem neuen Obmann, dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, bekannt. Bis auf Gorbach waren alle bereits aus der FPÖ (alt) ausgetreten.

Die BZÖ-Spitze hatte dann erklärt, dem Koalitionspakt mit der ÖVP treu zu bleiben, der nächste Wahltermin bleibe nach wie vor der Oktober 2006.

Vorbei sind die Zeiten, als man, geeint, bei der Nationalratswahl 1999 mit 26,91 Prozent mit der ÖVP ex æquo auf Platz 2 landen konnte. Bei den bisher abgehaltenen Landtagswahlen war das BZÖ entweder nicht angetreten oder mußte schwere Verluste hinnehmen. Bei den Gemeinderatswahlen in Wien verlor die FPÖ 5,33 Prozent und erreichte 14,83 Prozent der Stimmen. Das BZÖ blieb mit 1,15 Prozent Stimmenanteil weit unter der Grenze für den Einzug in den Wiener Landtag.

Die Nationalratswahl im Herbst wird entscheiden, ob FPÖ und/oder BZÖ, werden ins Hohe Haus einziehen können. ■

Nationalratswahl am 1. Oktober: Darauf müssen Sie achten!

Die nächste Nationalratswahl findet am Sonntag, dem 1. Oktober 2006 statt. AuslandsösterreicherInnen sollten bereits jetzt Vorkehrungen unternehmen, ihr Stimmrecht für diese Wahl zu sichern.

AuslandsösterreicherInnen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, haben zunächst einen Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz bei der zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich mittels des Formulars „Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz“ (auf der Seite 24) zu stellen.

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde Ihres letzten Haupt-Wohnsitzes in Österreich (siehe Punkt 3 des Formulars). Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil von Ihnen seinen Haupt-Wohnsitz hat oder hatte (siehe Punkt 3 des Formulars). Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge in Punkt 4 des Formulars bestimmt. Es wäre daher in den Punkten 3 und 4 insgesamt nur ein Anknüpfungspunkt anzugeben: derjenige, der von oben gesehen als erster zutrifft.

Ihr Antrag kann **jederzeit** – d.h. unabhängig von bestimmten Wahlen – per Fax oder elektronisch direkt an die zuständige Gemeinde gestellt werden (Link am Ende dieses Textes). Wenn Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

Legen Sie dem Antrag zumindest Kopien der Seiten 2 bis 5 Ihres bordeaux-roten – bzw. der Seiten 2 bis 7 Ihres alten/grünen – österreichischen Reisepasses **oder**, sofern Sie keinen österreichischen Reisepaß besitzen, eine Kopie Ihres Staatsbürgerschaftsnachweises bei.

Tip 1

Die Eintragung ist **maximal** 10 Jahre gültig. Danach wird diese **automatisch** gelöscht, wovon Sie nicht notwendigerweise verständigt werden. Wenn Sie sich also inzwischen nicht von einem anderen Ort aus in die Wäh-

lerevidenz eintragen haben lassen, hätten Sie nach 10 Jahren einen Antrag auf Verbleib in der Wählerevidenz zu stellen. Sollten Sie Zweifel an Ihrer Eintragung oder deren Datum haben, ist es zur Sicherheit ratsam, rechtzeitig vor einer kommenden Wahl oder Volksabstimmung einen (neuen) Antrag zu stellen.

Tip 2

Mit diesem Formular kann auch – gleichzeitig oder separat – die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz beantragt (bzw. verlängert) werden. Für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz eines anderen EU-Landes – für jene AuslandsösterreicherInnen, die nicht die österreichischen EP-Abgeordneten sondern diejenigen ihres Wohnsitzlandes wählen wollen –, bestehen in jedem Land eigene Formulare, die bei der dafür zuständigen lokalen Behörde erhältlich sind.

Tip 3

Österreichische Staatsbürger, die ihren dauernden Wohnsitz im Ausland haben, sollten sich anlässlich eines Kurzaufenthaltes in Österreich nicht mit Hauptwohnsitz anmelden, da sie sonst automatisch und ohne gesonderte Verständigung aus der Wählerevidenz gelöscht werden könnten.

Wahlkarte

Neben der Eintragung in die Wählerevidenz benötigen Sie zur Stimmabgabe noch eine Wahlkarte. Diese ist erst ab Ausschreibung einer Wahl oder Volksabstimmung bei Ihrer Wählerevidenzgemeinde direkt zu beantragen. Dies kann z.B. mittels eines der Formulare „Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte“ (siehe unten) oder auch formlos erfolgen, am raschesten und damit aus Zeitgründen am sichersten per Fax oder elektronisch, ist aber auch persönlich möglich. Bei Fragen oder für weitere Hilfe stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

In vielen Ländern kann eine direkte Zusendung der Wahlkarte an Ihre Aufenthaltsadresse – und nicht über eine österreichische Botschaft / ein (General-)Konsulat – die rechtzeitige Stimmabgabe erleichtern.

Zuständig für die Anträge auf Ausstellung einer Wahlkarte sind in den Bundesländern die unter Kontakte Österreich angegebenen Stellen (Link am Ende dieses Textes).

Manche Gemeinden / Städte richten vor Wahlen / Volksabstimmungen auf ihrer Website eine interaktive Möglichkeit der Wahlkartenbeantragung ein.

Tip

Der Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte kann auch gleichzeitig mit dem Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz an die Wählerevidenzgemeinde abgeschickt werden.

In Wien können beide Anträge an den Magistrat der Stadt Wien – MA 62, Lerchenfelder Straße 4, A-1082 Wien; Telefon: ++43 / (0)1 / 4000-89 404 / 401, Telefax ++43 / (0)1 / 4000-99 89 401 / 404, oder per E-Mail an wahl@m62.magwien.gv.at geschickt werden.

Wenn auch als letzter Termin für die mündliche oder schriftliche Beantragung einer Wahlkarte der vierte, dritte bzw. zweite Tag vor dem Wahltag gesetzlich festgelegt ist, ist dies angesichts des möglichen weiten Postwegs für eine tatsächliche gültige Stimmabgabe im Ausland für viele Fälle zu spät. Ein rechtzeitiges Einbringen des Antrags auf Ausstellung einer Wahlkarte unter Bedachtnahme auf Bearbeitungszeiten sowie den Postweg zurück zu Ihnen wird Ihnen daher nachdrücklich empfohlen.

Die Wahlkarte ist ein weißes (für BP-Wahl, 1. Wahlgang) bzw. chamois-farbenes (für BP-Wahl, 2. Wahlgang & EP-Wahlen) verschließbares Kuvert. In der Wahlkarte befinden sich der amtliche Stimmzettel, ein gummiertes Wahlkuvert sowie ein Informationsblatt für das Wählen im Ausland.

Auch ÖsterreicherInnen, die sich nur vorübergehend im Ausland aufhalten, können bei ihrer Heimatgemeinde die Ausstellung einer Wahlkarte beantragen und mit dieser unter den gleichen Bedingungen wie AuslandsösterreicherInnen ihre Stimme abgeben. **Siehe folgende Seiten!**

<http://www.auslandsoesterreicher.at>
Adressen unter Menüpunkt „Kontakte“;
Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

① An die Gemeinde

A-

Postleitzahl

② im Wege der österreichischen Vertretungsbehörde

Bitte füllen Sie den Antrag zweifach in Druck- oder Maschinschrift im Durchschreibeverfahren aus. Beachten Sie die Erläuterungen zu den Kreisziffern auf dem letzten Blatt. Zutreffendes bitte ankreuzen ☒!

Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der)☐ **Wählerevidenz**☐ **Europa-Wählerevidenz****für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben**

Familienname, Vornamen		Geburtsort		Geburtsdatum (TT, MM, JJJJ)	
gegebenenfalls frühere Namen		☐ weiblich		☐ männlich	
Wohnadresse im Ausland (Postleitzahl, Ort, Staat, Straße, Hausnummer)					
Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft durch					
Reisepass		Staatsbürgerschaftsnachweis		Personalausweis	
Nummer		ausgestellt am		ausstellende Behörde	
Als im Ausland lebende(r) österreichische(r) Staatsbürger(in) und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen					
③ ☐ habe ich das 17. Lebensjahr vor dem 1. Jänner dieses Jahres vollendet ☐ werde ich heuer das 17. Lebensjahr vollenden					
und stelle den Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der/den) oben angeführte(n) Evidenz(en) einer österreichischen Gemeinde (§ 2a Abs. 1 und 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973, § 4 Abs. 1 und 4 des Europa-Wählerevidenzgesetzes).					
Als Zuordnungskriterien führe ich die folgenden inländischen Anknüpfungspunkte an:					
Gemeinde der letzten Eintragung in die Wählerevidenz-/		in die Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz eingetragen seit			
Europa-Wählerevidenz					
Letzter Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlicher Wohnsitz) in Österreich (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)					
Meine Eltern haben (hatten) einen (letzten) Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in Österreich (Daten zur Person, Inlandsadresse, gegebenenfalls getrennt nach Elternteilen)					
④ Da weder meine Eltern noch ich jemals über einen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in Österreich verfügt haben , mache ich die nachstehend beschriebene zum Inland bestehende Lebensbeziehung glaubhaft, die den Ort der Eintragung in die oben angeführte(n) Evidenz(en) bestimmt. Es besteht folgende Lebensbeziehung zu Österreich, auf die sich mein Antrag auf Aufnahme/auf Verbleib in die oben angeführte(n) Evidenz(en) gründet und die mich zum Entschluss bewogen hat, an Bundespräsidentenwahlen, Nationalratswahlen, Europawahlen und Volksabstimmungen teilnehmen zu wollen (bitte zumindest einen Punkt ankreuzen):					
☐ Ort der Geburt		☐ Vermögenswerte			
☐ Hauptwohnsitz des Ehegatten		☐ sonstige Lebensbeziehungen			
☐ Hauptwohnsitz nächster Verwandter		⑤ Raum für nähere Angaben			
☐ Sitz des Dienstgebers					
☐ Eigentums- oder Bestandsrechte an Grundstücken oder Wohnungen					
⑥ Anlagen					
⑦ Nur bei Anträgen gem. § 4 des Europa-Wählerevidenzgesetzes anzukreuzen, wenn der (die) Antragsteller(in) seinen (Ihren) Hauptwohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat.					
☐ Ich erkläre, dass ich bei Wahlen zum Europäischen Parlament die von Österreich zu entsendenden Abgeordneten wählen will.					
⑧ Ich habe bei keiner anderen Gemeinde einen Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz gestellt.					
⑨ Bei Rückfragen bin ich erreichbar: Telefon: /Fax: /E-Mail:					
Datum					
Unterschrift (Vor- und Familienname)					

Ausfüllanleitung

zum Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben.

1

Bitte die Gemeinde des letzten Hauptwohnsitzes (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitzes) in Österreich (wenn möglich mit genauer Adresse) angeben. In Ermangelung eines solchen jene Gemeinde, in der zumindest ein Elternteil seinen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) im Inland hat oder zuletzt hatte.

Kann eine solche Zuordnung nicht vorgenommen werden, so bestimmt sich die Gemeinde nach der glaubhaft zu machenden Lebensbeziehung zu dieser (siehe 4)

2

Der Antrag ist an die zuständige österreichische Vertretungsbehörde (Botschaft, Konsulat) zu senden oder bei dieser abzugeben. Die Vertretungsbehörde steht Ihnen für etwaige Rückfragen zur Verfügung und leitet den Antrag für Sie an die von Ihnen oben angeführte Gemeinde weiter. Bitte richten Sie den Antrag daher nicht direkt an die in Frage kommende Gemeinde.

3

Der Antrag kann jederzeit gestellt werden, sofern Sie das 17. Lebensjahr im Vorjahr vollendet haben oder dieses im laufenden Jahr vollenden werden. Wahlberechtigt sind Sie, wenn Sie bis zum Ablauf des Tages der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Bedenken Sie jedoch, daß die Überprüfung Ihrer Angaben einige Zeit in Anspruch nimmt, weshalb der Antrag möglichst frühzeitig und nicht erst knapp vor der Wahl oder Volksabstimmung, an der Sie mittels einer gesondert anzufordernde Wahl- bzw. Stimmkarte teilnehmen wollen, gestellt werden sollte.

Mit diesem Antrag bleiben Sie in einer österreichischen Gemeinde für 10 Jahre in der Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz eingetragen.

Für den Fall, daß Sie auf Grund eines früher gestellten Antrages bereits in die Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz einer Gemeinde eingetragen sind, gilt ein weiterer Antrag als Antrag auf Verbleib in der (den) Evidenz(en) für einen Zeitraum von 10 Jahren.

Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein österreichisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Dieser Ausschluß endet grundsätzlich nach sechs Monaten. Die näheren Bestimmungen und Sonderregelungen finden Sie im § 22 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 und im § 3 des Europa-Wählerevidenzgesetzes. Im Zweifelsfall wenden Sie sich bitte an die österreichische Vertretungsbehörde.

4

Für den Fall, daß weder Ihre Eltern noch Sie jemals über einen Hauptwohnsitz (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitz) in einer österreichischen Gemeinde verfügt haben, richtet sich der Ort der Eintragung in die Wählerevidenz-/Europa-Wählerevidenz nach anderen, im Antrag glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge im Vordruck bestimmt. Daher kann der eventuell in Österreich bestehende Sitz Ihres Dienstgebers nur dann von Bedeutung sein, wenn keines der vorrangigen Eintragungskriterien, wie Ort der Geburt bzw. Hauptwohnsitz des Ehegatten oder nächster Verwandter in Österreich, vorliegen. Aus diesem Grund ist auch das Ankreuzen mehrerer Kästchen nicht sinnvoll.

5

Stellen Sie hier die von Ihnen angeführte Lebensbeziehung zu Österreich dar. Haben Sie beispielsweise den Sitz des Dienstgebers angekreuzt, führen Sie den Dienstgeber samt

genauer Adresse an. Sind in Ihrem Fall nur sonstige Lebensbeziehungen, etwa ein kurzfristiger Aufenthalt in Österreich, der zu keiner Begründung eines Hauptwohnsitzes (vor dem 1. Jänner 1995 ordentlichen Wohnsitzes) geführt hat, gegeben, wären diese in einer für eine allfällige Überprüfung geeigneten Art und Weise ausführlich zu beschreiben.

6

Tragen Sie hier beige-schlossene Unterlagen ein, die der Glaubhaftmachung Ihrer Angaben dienen; z. B. eine Ablichtung Ihrer Geburtsurkunde, falls sich Ihre Lebensbeziehung auf den Ort der Geburt in Österreich gründet.

7

Da Sie bei Europawahlen nur einmal wahlberechtigt sind, entscheiden Sie sich durch Ankreuzen dieser Rubrik dafür, daß Sie die österreichischen Abgeordneten und nicht die Abgeordneten Ihres Wohnsitzmitgliedstaates wählen wollen.

8

Die Eintragung in die Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz hat in der gleichen Gemeinde zu erfolgen.

9

Für etwaige Rückfragen seitens der Gemeinde tragen Sie bitte eine Telefon- und/oder Fax-Nr. und/oder E-Mail Adresse ein, unter der Sie erreichbar sind.

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Viele Ideen, große Zufriedenheit

Großer Erfolg und Endbericht der AuslandsösterreicherInnen-Internet-Umfrage des Außenministerium auch durch hohe Teilnahme bestätigt

Bei der Internet-Umfrage des österreichischen Außenministeriums – mit technischer Unterstützung durch das Bundesrechnungszentrum – unter AuslandsösterreicherInnen zu Staatsbürgerschaftsthemen, die vom 10. Oktober bis 30. September 2005 stattfand, wurden 4700 BesucherInnen aus 92 Ländern der Welt registriert.

2300 AuslandsösterreicherInnen beteiligten sich an der Bewertung der Wichtigkeit einzelner Themenbereiche, 1800 stimmten zu Detailfragen ab, und 1600 nahmen an der detaillierten Bewertung des Projekts teil.

730 AuslandsösterreicherInnen formulierten im Rahmen dieses E-Government- und E-Democracy-Projekts eigene Kommentare, Meinungen, Ideen und Anregungen.

Alle diese Zahlen liegen weit über der vom Projektteam der AuslandsösterreicherInnen- und Staatsbürgerschafts-Abteilung erhofften Teilnahme.

Die inhaltlichen Ergebnisse weisen klare Tendenzen auf.

Die sechs (von 150) Abstimmungsoptionen mit dem größten Zuspruch waren:

1. Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft beim Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit – **sehr wichtig**
2. Weitergabe der Staatsbürgerschaft an eheliche Kinder – **sehr wichtig**
3. Erleichterung der Doppelstaatsbürgerschaft – **sehr wichtig**
4. Die Herkunfts-Staatsangehörigkeit soll man immer beibehalten (können) – **ja**
5. Doppel- / Mehrfachstaatsangehörigkeit sollen verhindert werden – **nein**
6. Wer die Frist des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft durch seine Mutter übersehen hat, soll das nachholen können – **ja**.

Die meisten Kommentare, Meinungen, Ideen und Anregungen wurden zur „Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft beim Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit“ und zur „Doppelstaatsbürgerschaft“ abgegeben. Die Kommentare zur Beibehaltung waren doppelt so umfangreich wie jene zur Doppelstaatsbürgerschaft.

Als Bewertungskriterien des Projekts wurden die Möglichkeit sowie die Art und Weise, seine Meinung einzubringen, die technische Ausgestaltung, die Akzeptanz des nötigen

AuslandsösterreicherInnen-Umfrage

www.aoe-umfrage.at

- Diverses
- Bewertungsmethode
- Antiquitäten
- Beschreibung
- Fragekategorien
- Ergebnisse
- Kontakte und Helpdesk

Bundesministerium
für auswärtige Angelegenheiten

Technik & Projektmanagement

SRZ

Liebe Landsleute im Ausland!

Da ich selbst immer wieder im Ausland gelebt habe, kenne ich die Fragen, Sorgen und Anliegen von AuslandsösterreicherInnen aus eigener, persönlicher Perspektive. Sie sind mir auch als Außenministerin sehr wichtig.

Das Thema Staatsbürgerschaft spielt dabei immer eine besondere Rolle. Dazu gibt es viele und manchmal auch unterschiedliche Meinungen und Wünsche.

Um Ihre Ansichten näher kennen zu lernen, wird die Internet-Umfrage "Ihre Meinung bitte zu Staatsbürgerschaftsfragen" vom Außenministerium durchgeführt. Ich möchte Ihre persönlichen Meinungen, Kommentare und Anregungen zu Staatsbürgerschaftsthemen kennen lernen. Ich lade Sie daher ein, sich an der folgenden Umfrage zu beteiligen. Es ist dabei egal, ob Sie derzeit die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder sich als "Herzösterreichin" fühlen. Was zählt, ist Ihre Meinung!

Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre Kommentare und Anregungen von meinen MitarbeiterInnen im Detail bearbeitet und auch entsprechend weitergeleitet werden.

Herzliche Grüße aus Wien,
Ihre
Ursula PLASSNIK
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Zeitaufwands, sowie die zukünftige weitere Nutzung für andere Themen angeboten. Zu allen fünf Bewertungskriterien war die Schulnote 1 (von 5) die meist vergebene. Die Schulnote 2 war bei allen Bewertungskriterien zweitplaciert. Insgesamt haben über 80 Prozent der TeilnehmerInnen die Noten 1, also „sehr gut“ und 2, „gut“, vergeben.

Alle TeilnehmerInnen, die ihre E-Mail-Adresse bekannt gegeben hatten, erhielten den Endbericht nach dessen Fertigstellung zugesandt.

Die AuslandsösterreicherInnen- und Staatsbürgerschafts-Abteilung des österreichischen Außenministeriums dankt allen TeilnehmerInnen, allen BeraterInnen, dem Bundesrechnungszentrum sowie dem Auslandsösterreicher-Weltbund und den vielen AuslandsösterreicherInnen-Vereinigungen weltweit, die durch ihre Werbemaßnahmen zu diesem Projekterfolg beigetragen haben.

<http://www.aoe-umfrage.at>

Einige Zitate aus Kommentaren, die von den Absendern „freigegeben“ wurden:

„Wir haben zwei Kinder, beide sind von Geburt her Dänische Staatsbürger – mit Recht auf Österreichische Staatsbürgerschaft. Und das stört mich ein bißchen – ich würde Ihnen gerne beide Staatsbürgerschaften geben. Man weiß nie was die Zukunft bringt...“ (Dänemark)

„Wenn man gebürtiger Österreicher ist, sollte man das auch bleiben können. Es sollte keine Rolle spielen ob man die Staatsbürgerschaft von einem Elternteil bekommen hat, oder ob man im Land geboren wurde.“ (Chile)

„Ich ... bin Österreicherin, mein Partner Engländer – da wir aber zum Zeitpunkt der Geburt nicht verheiratet waren, haben meine Kinder keinen Anspruch auf die doppelte Staatsbürgerschaft. Auch eine spätere Heirat kann nichts an diesem Umstand ändern, da der Zeitpunkt der Geburt gilt.“ (England)

„Eine Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft sollte nicht an ‚berücksichtigungswürdige Gründe‘ gebunden sein.“ (Kanada)

Exporte und Investitionen beleben die Konjunktur

WIFO-Prognose für 2006 und 2007.*)

Österreichs Wirtschaft erzielt im Jahr 2006, getragen von Export und Investitionen, mit real +2,6 % das höchste Wachstum seit dem Jahr 2000. Dagegen bleibt die Aufwärtstendenz des privaten Konsums trotz der positiven Einkommenseffekte der Steuerreform verhalten. Der Anstieg der Erdölpreise löst kaum Zweitrundeneffekte über Lohnerhöhungen aus. Das bremst die Inflation, aber auch die Steigerung der Realeinkommen. Im Jahr 2007 werden sich die Sondereffekte aus Deutschland umkehren: Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich auf 2,1 % verlangsamen.

Das WIFO erwartet für 2006 eine reale BIP-Steigerung um 2,6 %. Gegenüber der Prognose vom März dieses Jahres wird das Wachstum um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert. Die günstigere Einschätzung stützt sich auf die Entwicklung von Export und Investitionen, die heuer an Schwung gewonnen haben.

Die Warenexporte nehmen 2006 dank der florierenden Weltkonjunktur und der relativ guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen real um 8 % zu. In Ost-Mitteuropa und in Asien wächst die Wirtschaft noch etwas rascher als erwartet, und das Recycling der Rohölgelder lässt die Importe Russlands und der OPEC-Staaten stark steigen.

Die positive Stimmung der Unternehmen schlägt sich nun auch deutlich in den Investitionsplänen nieder. Laut WIFO-Investitionstest wollen die Sachgütererzeuger heuer um 15 % mehr investieren als im letzten Jahr – im Herbst planten sie eine nur halb so starke Ausweitung. Die Sachgüterindustrie ist freilich dank hoher Export- und Gewinnsteigerungen in einer besonders günstigen Situation, in der Gesamtwirtschaft wird die Investitionsbeschleunigung wesentlich geringer ausfallen. Darauf deutet auch die eher vorsichtige Investitionseinschätzung laut Erhebung der Wirtschaftskammer hin.

Bisher hat sich die Entwicklung des privaten Konsums nicht signifikant belebt. Das

Wachstum der Beschäftigung erhöht zwar die verfügbaren Einkommen, doch bleibt die Realeinkommensentwicklung pro Kopf der

Beschäftigten verhalten. Bei wenig veränderter Sparquote wird der private Konsum heuer real um knapp 2 % steigen.

Hauptergebnisse der Prognose

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+1,0	+1,4	+2,4	+1,8	+2,6	+2,1
Nominell	+2,2	+2,8	+4,4	+3,8	+4,4	+3,9
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+0,4	-0,1	+4,6	+3,1	+5,5	+4,5
Handel, real	+2,0	+0,3	+1,9	+0,4	+1,9	+2,0
Private Konsumausgaben, real	+0,3	+1,6	+0,8	+1,4	+1,9	+2,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	-5,0	+6,1	+0,6	+1,6	+3,6	+3,3
Ausrüstungen ²⁾	-8,2	+7,7	+0,8	+1,4	+5,0	+5,0
Bauten	-2,3	+4,8	+0,5	+1,8	+2,5	+2,0
Warenexporte ³⁾						
Real	+4,3	+2,6	+12,9	+4,0	+8,0	+5,7
Nominell	+4,2	+1,9	+13,9	+5,4	+10,7	+6,8
Warenimporte ³⁾						
Real	+0,3	+6,5	+11,4	+2,9	+6,9	+6,0
Nominell	-2,0	+5,0	+12,5	+5,9	+10,5	+7,3
Leistungsbilanzsaldo, Mrd. Euro	+0,75	-0,48	+0,36	+3,02	+3,02	+2,40
In % des BIP	+0,3	-0,2	+0,2	+1,2	+1,2	+0,9
Sekundärmarktrendite ⁴⁾ , in %	5,0	4,2	4,2	3,4	4,1	4,3
Verbraucherpreise	+1,8	+1,3	+2,1	+2,3	+1,7	+1,8
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	4,2	4,3	4,8	5,2	5,0	5,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	6,9	7,0	7,1	7,3	6,9	7,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	-0,5	+0,2	+0,7	+1,0	+1,3	+1,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition), in % des BIP						
	-0,5	-1,5	-1,1	-1,5	-1,7	-1,3

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

*) Autoren: Marcus Scheiblecker, Ewald Walterskirchen; Quelle: WIFO

Wirtschaft

Im Jahr 2006 wird die heimische Wirtschaft von Vorziehkäufen vor der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland begünstigt, 2007 wird sich dieser Effekt umkehren, die Mehrwertsteuererhöhung wird die Konjunktur dämpfen. Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich damit 2007 auf 2,1 % verlangsamen.

Heuer zieht die Konjunkturbelebung einen kräftigen Anstieg der Beschäftigung nach sich (+40.000 bzw. +1,3 %). Zunehmend dürfte auch die Vollzeitbeschäftigung wachsen: Die Zahl der Arbeitsplätze für Männer sowie in typischen Vollzeitbranchen (Sachgüterproduktion, Bauwirtschaft u. a.) erhöht sich deutlich. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt heuer vor allem infolge der Ausweitung der Schulungen um 11.000. 2007 wird sie wieder steigen, weil weniger Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorgesehen sind. Die Zahl der Arbeitsuchenden (einschließlich Personen in Schulungen) ist heuer und im nächsten Jahr annähernd konstant. Die Konjunkturbelebung reicht also aus, um das stark wachsende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren – aber nicht um einen signifikanten Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeizuführen.

Die Inflationsrate bleibt 2006 und 2007 mit 1¼ % relativ niedrig. Bisher wirkt sich somit der Anstieg der Erdölpreise nur wenig aus, Zweitrundeneffekte über eine Anhebung der Löhne sind kaum zu verzeichnen, da die Arbeitslosenquote relativ hoch und die Verhandlungsposition der Unselbständigen dadurch geschwächt ist. Bisher treten auch nur geringe indirekte Preiseffekte bei energieintensiven Produkten und Dienstleistungen auf. Ein wichtiger preisdämpfender Faktor ist die Zunahme der billigen Importe von industriell-gewerblichen Waren. Der Aufschwung Chinas und anderer Schwellenländer hat also zwei gegenläufige Wirkungen: Einerseits trägt er wesentlich zum Anstieg der Rohöl- und Rohstoffpreise bei, andererseits verbilligt er die Importe von Industriegütern.

Das Haushaltsdefizit des Staates war 2005 vor allem wegen der erhöhten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer niedriger als erwartet. Heuer wird der Haushalt durch die Kosten der Steuerreform 2005 belastet, die im Bereich der Gewinnsteuern mit Verzögerung wirken. Außerdem schlägt sich die Ausweitung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarkt- und Forschungspolitik nieder. Das Defizit aller öffentlichen Haushalte dürfte 2006 bei 1,7 % des BIP liegen, etwas höher als im vergangenen Jahr. Da für 2007 noch

kein Bundesvoranschlag vorliegt, muss die Einschätzung der Haushaltsentwicklung vage bleiben. Das Paket für die mittelständische Wirtschaft im Ausmaß von rund 200 Mio. Euro ist bereits fixiert; es wird 2007 wirksam werden, das Budget aber vor allem in

den darauffolgenden Jahren belasten. Infolge der günstigeren Konjunktur dürfte das Budgetdefizit 2007 zurückgehen – sofern die Ausgaben restriktiv gehandhabt werden und die Verwaltungsreform II zügig umgesetzt wird. ■

Positive Wachstumsaussichten für Österreichs Wirtschaft

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich wird laut aktuellem Konjunkturindikator der OeNB (Österreichische Nationalbank) im zweiten und dritten Quartal 2006 jeweils um 0,7 % (saisonbereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) wachsen. Damit wird das kräftige Wachstum der heimischen Wirtschaft, das seit Anfang 2004 – mit Ausnahme einer kleinen Wachstumsschwäche zum Jahreswechsel 2004/2005 – zu beobachten ist, auch weiterhin anhalten.

„Im ersten Quartal 2006 zeigte sich einmal mehr die herausragende Rolle der Exporte für die heimische Wirtschaft. Als besonders erfreulich werten wir aber den Umstand, daß sich die außenwirtschaftlichen Impulse bereits auf die Inlandsnachfrage übertragen haben. Diese Verbreiterung der Basis stimmt uns auch für das zweite und dritte Quartal optimistisch“, kommentiert OeNB-Direktor Josef Christl den Ausblick.

Im Vergleich zur letzten Veröffentlichung des Konjunkturindikators vom März 2006 ist die Wachstumsprognose für das zweite Quartal 2006 aufgrund der Revision historischer Daten geringfügig um 0,1 Prozentpunkte gesenkt worden.

Die sehr dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft – seit Anfang der 1970er Jahre gab es keinen derart starken globalen Aufschwung mehr – läßt auch weiterhin günstige Aussichten für die österreichischen Exporteure erwarten. Im Euroraum deutet die unverminderte Verbesserung der Vertrauensindikatoren auf eine Zunahme der Wachstumsdynamik hin. Für Deutschland lassen

die Fußball-Weltmeisterschaft und Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 auf eine hohe Kurzfristdynamik hoffen. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar in den letzten Monaten zwar etwas aufgewertet, stellt aber derzeit noch kein Risiko für die Exportwirtschaft dar.

Das kräftige Exportwachstum sowie die nach wie vor sehr niedrigen Realzinsen haben bereits im ersten Quartal zu einer spürbaren Beschleunigung des Investitionswachstums geführt. In Verbindung mit einer äußerst positiven Einschätzung der Auftragsbestände der Industrie deutet dies auf eine Fortsetzung des kräftigen Investitionswachstums hin. Die reale Kaufkraft der Haushalte wird zwar von den hohen Energiepreisen etwas gedämpft; angesichts der günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sollte jedoch genügend Spielraum für eine weitere Zunahme der Konsumdynamik gegeben sein. Darauf deutet auch der klare Aufwärtstrend bei Konsumenten- und Einzelhandelsvertrauen hin.

Erfreulich sind seit Jahresbeginn 2006 die Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt. Getragen von der guten Konjunktur und gestützt durch die im Jahr 2005 geschnürten Wachstums- und Beschäftigungspakete sind derzeit ein kräftiges Beschäftigungswachstum und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Die nächste Veröffentlichung des OeNB-Konjunkturindikators ist für Oktober 2006 vorgesehen. ■

<http://www.oenb.at>

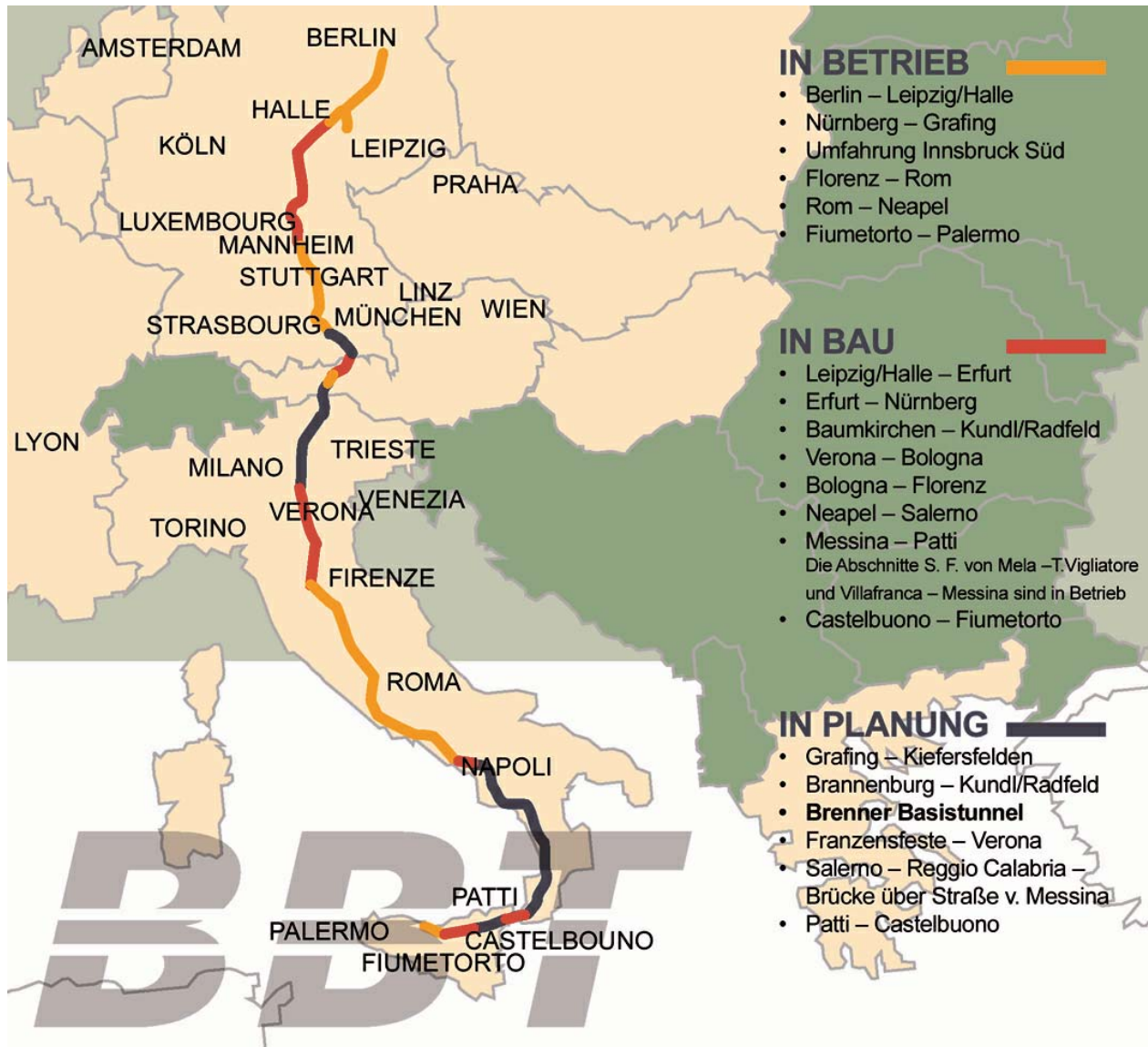
Großhandelspreisindex: Plus 2,6%

Der Index der Großhandelspreise (Basis: Jahresdurchschnitt 2005=100; ohne Mehrwertsteuer) für den Monat Juni 2006 beträgt nach Berechnungen der Statistik Austria 103,5 (vorläufige Zahl) und ist damit gegen-

über Mai dieses Jahres um 0,3% gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat haben sich die Großhandelspreise um 3,9% erhöht. Im Mai 2006 betrug die Jahresveränderungsrate +3,7%. ■

Berlin – Brenner – Palermo

Am 30. Juni gaben die Spitzen der Politik aus Nord und Süd am Brenner einmal mehr ein klares Bekenntnis zu Europas größtem Infrastrukturprojekt ab



Das Verkehrsaufkommen wächst zurzeit schneller als die Wirtschaft. Engpässe auf den großen internationalen Eisenbahnverkehrsachsen stellen ein Hindernis für das Funktionieren des gemeinsamen europäischen Marktes dar und machen bis heute den Schienenweg als Alternative zur Straße nicht attraktiv genug.

Ende der 80er Jahre entwickelte die Europäische Union ein Programm zur Umsetzung und Entwicklung des Binnenmarktes sowie zur Verbesserung des wirtschaftlichen

und sozialen Zusammenhaltes der Gemeinschaft. Mit dem Schwerpunktprogramm „TEN“ wird in der EU eine bessere Vernetzung im Binnenmarkt und eine gewisse Vereinheitlichung der Verkehrssysteme angestrebt.

Die europaweite Bedeutung des Ausbaus der Schienenverbindung auf der Brennerachse im Rahmen einer europäischen Verkehrspolitik, die Umwelt und Bevölkerung in den Vordergrund ihrer Maßnahmen stellt, zeigt sich auch darin, daß das Projekt Bren-

ner Basistunnel (BBT) in der Prioritätenliste der TEN-Projekte an vorderster Stelle zu finden ist. Als Basistunnel bezeichnet man einen durch einen Berg führenden (Eisenbahn)Tunnel, mit minimalem Gefälle/minimale Steigungen und ohne steile Auffahrt-rampen. Diese Bauweise ermöglicht auch schweren Güterzügen die Durchfahrt mit höherer Geschwindigkeit.

Der BBT stellt dabei ein unverzichtbares Kernelement der insgesamt etwa 2200 km langen Eisenbahn-Hochgeschwindigkeits-



achse Berlin-München-Verona-Bologna-Palermo dar.

Bereits im Zuge der Aktualisierung, Adaptierung und Vertiefung der Machbarkeitsstudien zum Brenner Basistunnel aus den Jahren 1992, 1996 und in der Projektierungsphase I (1999 – 2002) wurde im Rahmen des durchgeführten Bohr-Erkundungsprogrammes erkannt, daß in bestimmten Bereichen eine, zur Einschätzung des Baugrundrisikos ausreichend genaue Baugrunderkundung nur mit der Herstellung von Erkundungsstollen erreicht werden kann. Im Bericht 2002, in dem die Ergebnisse der Überarbeitung der Machbarkeitsstudien zusammengefasst wurden, hat man daher bereits einen ersten Vorschlag für ein Erkundungsstollenprogramm aufgenommen. Dieser Vorschlag wurde in der zweiten Projektierungsphase, welche seit 04/2003 läuft, überarbeitet und angepaßt.

In Abstimmung mit der EU-Kommission, insbesondere hinsichtlich der Finanzierungs-beteiligung durch die EU, wurde seitens der Vertreter der Staaten Österreich und Italien Ende 2005 die Entscheidung getroffen, die sofortige Errichtung eines Erkundungsstollenprogrammes zu veranlassen.

Mit der Ausführung des Erkundungsstollenprogrammes bzw. mit den dadurch gewonnenen geologischen und hydrogeologischen Erkenntnissen, soll primär in den heute bekannten geologisch schwierigen Bereichen, eine bessere Eingrenzung des bautech-

nischen Baugrundrisikos und somit des Baukostenrisikos ermöglicht werden. Deshalb wurde ein Bauprogramm mit einem Investitionsvolumen für Bau- und Dienstleistung von 430 Mio. Euro erstellt.

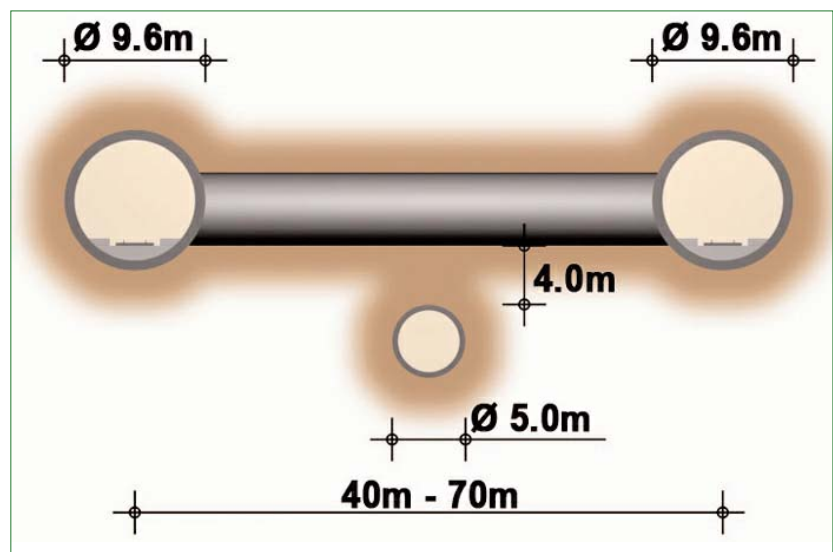
Erkundungsstollenprogramm

Das „Kernstück“ dieses Programmes bilden folgende Stollenabschnitte, wobei die Ausbruchquerschnitte etwa 25 m² betragen: in Österreich: der Abschnitt „Innsbruck – Ahrental“ mit 5730 m, der Abschnitt „Wolf“

mit 12.850 m und in Italien der Abschnitt „nördl. von Pfitsch – Aicha“ mit 23.750 m.

Um diese Stollenabschnitte in Längsrichtung des Brenner Basistunnels ausführen zu können, müssen zuvor sogenannte Seitenzugänge, das sind Tunnelabschnitte mit Längen um 2000 bis 3000 m mit einem Ausbruchquerschnitt von ca. 35 m² bis ca. 85 m², ausgehend vom nördlichen bzw. südlichen Wipptal bzw. dessen Seitentälern hergestellt werden.

Solche Zufahrtstunnel werden im Bereich Ahrental bei Innsbruck, Wolf bei Steinach, Pfitsch und Mauls errichtet. Ein weiterer Angriffspunkt zur Herstellung der Erkun-

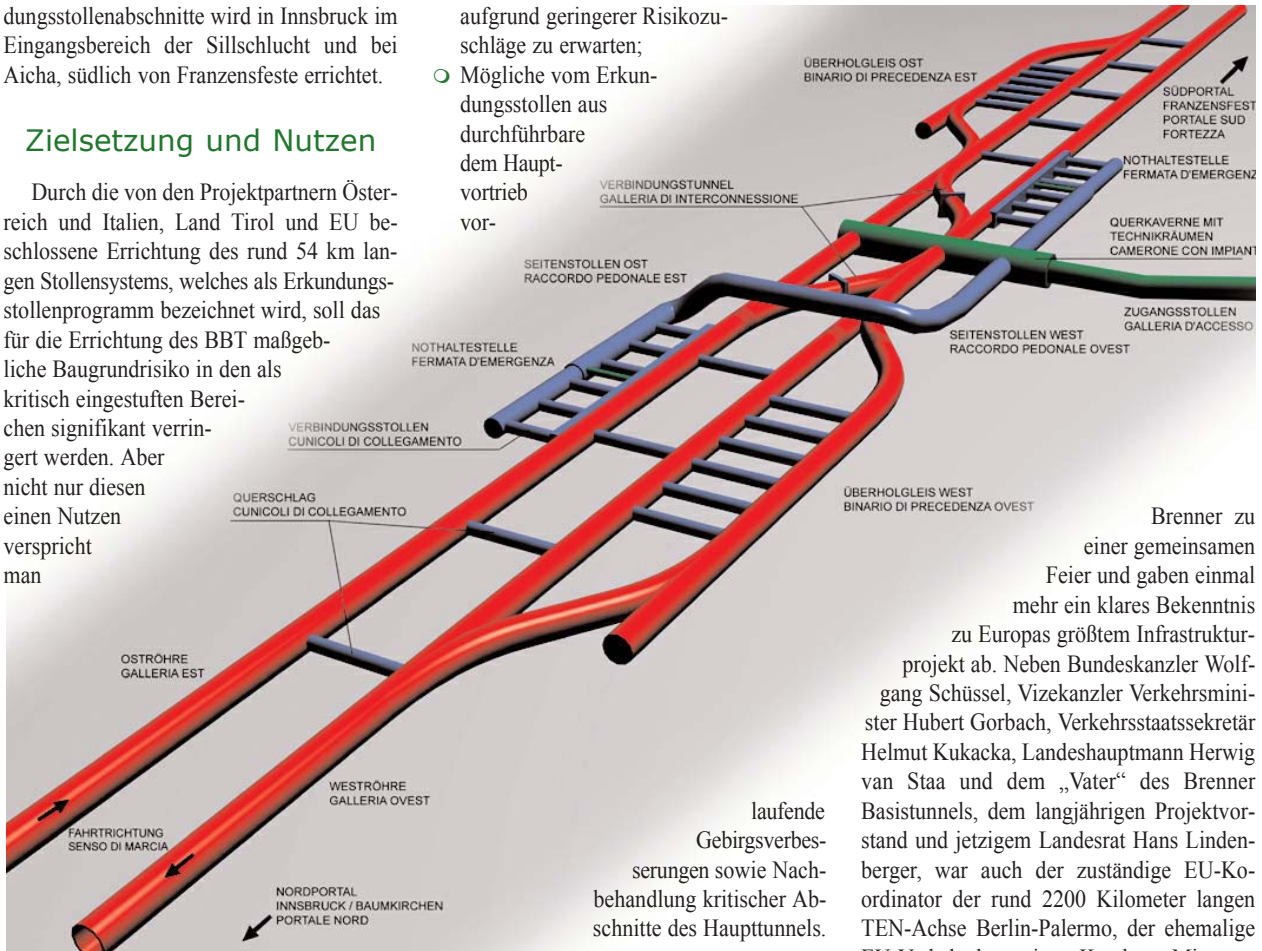


Wirtschaft

dungsstollenabschnitte wird in Innsbruck im Eingangsbereich der Sillschlucht und bei Aicha, südlich von Franzensfeste errichtet.

Zielsetzung und Nutzen

Durch die von den Projektpartnern Österreich und Italien, Land Tirol und EU beschlossene Errichtung des rund 54 km langen Stollensystems, welches als Erkundungsstollenprogramm bezeichnet wird, soll das für die Errichtung des BBT maßgebliche Baugrundrisiko in den als kritisch eingestuften Bereichen signifikant verringert werden. Aber nicht nur diesen einen Nutzen verspricht man



laufende Gebirgsverbesserungen sowie Nachbehandlung kritischer Abschnitte des Haupttunnels.

sich von der Realisierung des Erkundungsstollens. Dieses Stollen-system soll eine Reihe weiterer Erkenntnisse und Vorteile mit sich bringen, wie etwa die Verkürzung der Bauzeit des Haupttunnels durch die logistische Nutzung des Erkundungsstollens und eine daraus resultierende Kostenersparnis für das Projekt BBT.

Die Erkundungsziele und der Nutzen der Erkundungsstollen im Detail:

- Erhöhung des geotechnischen Kenntnisstandes und Risikobeschränkung für die Hauptbauarbeiten;
- Optimierung der Bauausführungsplanung für das Hauptprojekt;
- Erhöhung der Kostensicherheit, insbesondere hinsichtlich der Finanzierungsbeileilung eines Investors im Rahmen eines PPP-Modells;
- Relativ geringe Kosten im Vergleich zu den Hauptbauarbeiten mit sehr hohem Nutzen für die Prognostizierbarkeit des Errichtungs- und Kostenrisikos;
- Auf Grund der besseren Kalkulierbarkeit sind im Wettbewerb günstigere Preise

aufgrund geringerer Risikozuschläge zu erwarten;

- Mögliche vom Erkundungsstollen aus durchführbare dem Hauptvortrieb vor-

Nachnutzung

Die hergestellten Tunnel- bzw. Stollenabschnitte wurden in Lage und Höhe so situiert, dass sie in das Rettungs-, Wartungs- und Entwässerungskonzept des nachfolgend zu errichtenden Brenner Basistunnels voll integriert werden können, sodass kein nennenswerter verlorener Aufwand entsteht.

Weiters können die Erkundungsstollenabschnitte neben der Nutzung als Bestandteil des Entwässerungsstollens für den Brenner Basistunnel auch im Rahmen des transeuropäischen Energietransportnetzes (z.B: Stromnetzes zur Durchleitung großer Strommen gen mittels gasisolierter Rohrleiter (GIL) für Hochspannungsübertragungen, etc.) genutzt werden.

Spatenstichfeier

Am 30. Juni 2006, dem letzten Tag der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, versammelten sich die Spitzen der Politik und Gesellschaft aus Nord und Süd am

Brenner zu einer gemeinsamen Feier und gaben einmal mehr ein klares Bekenntnis zu Europas größtem Infrastrukturprojekt ab. Neben Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vizekanzler Verkehrsminister Hubert Gorbach, Verkehrsstaatssekretär Helmut Kukacka, Landeshauptmann Herwig van Staa und dem „Vater“ des Brenner Basistunnels, dem langjährigen Projektvortand und jetzigem Landesrat Hans Lindenberg, war auch der zuständige EU-Koordinator der rund 2200 Kilometer langen TEN-Achse Berlin-Palermo, der ehemalige EU-Verkehrskommissar Karel van Miert angereist, um im Rahmen dieser Feier nochmals auf die Bedeutung des BBT und dessen Zulaufstrecken hinzuweisen.

Nach der kurzfristigen Absage von Italiens Ministerpräsident Romano Prodi und seinen Ministern Alessandro Bianchi (Verkehr), und Antonio Di Pietro (Infrastruktur) war die italienische Spitzenpolitik durch den diplomatischen Berater des Infrastrukturministeriums, Marco Palma, den stellvertretenden Verkehrsminister, Cesare De Piccoli sowie die Landeshauptleute Luis Durnwalder (Südtirol-Bozen) und Lorenzo Dellai (Trient) vertreten.

Zahlreich konnten auch österreichische und italienische Vertreter von Landes- und Stadtregierungen, Projektpartner, Vertreter der mit dem Projekt befaßten Behörden sowie viele weitere am Projekt Interessierte begrüßt werden. Auch aus Deutschland, der Schweiz und Belgien waren Gäste angereist, um bei diesem Ereignis dabei sein zu können.

Zahlreiche Vertreter der Bereiche Presse, Hörfunk, Fernsehen, Foto- und Internetredaktionen unterstrichen das große Interesse am Projekt.

Wirtschaft

Eines der „highlights“ der Feier stellte zweifelsfrei die musikalische Gestaltung durch die Bundesbahn-Musikkapelle Innsbruck dar, welche eigens für diesen Tag die Italienische Nationalhymne und die Europahymne neu einstudiert hatte.

Nach einer kurzen Ansprache durch die beiden Vorstandsdirektoren der BBT Europäische Aktiengesellschaft, auch „Europa-AG“ genannt, Arnold Schiefer und Gianluigi De Carlo, erbaten Prälat Raimund Schreier (Abt. Stift Wilten) und Bischof Wilhelm Egger (Diözese Bozen-Brixen) Gottes Segen für einen unfallfreien Verlauf der Bauarbeiten an den Erkundungstollen.

In den folgenden Ansprachen der politischen Vertreter wurde erneut auf die Bedeutung dieses größten europäischen Infrastrukturvorhabens, auf den europäischen Gedanken, die Verbesserung der Schieneninfrastruktur, die Entlastung von Umwelt und Bevölkerung entlang der Brennertrasse, aber auch auf die Notwendigkeit der Zulaufstrecken zum BBT im Norden und im Süden, hingewiesen.

Um 14:05 Uhr schließlich war es dann soweit: 20 Jahre nach dem Beschluß der Regierungen Österreichs, Italiens und Deutschlands, eine Machbarkeitsstudie für den Brenner Basistunnel zu erstellen, konnten die Verantwortlichen das Signal zum Spatenstich geben – und dies war, Dank des von den Österreichischen Bundesbahnen zur Verfügung gestellten Typhons, unüberhörbar.

Mittels Live-Videoübertragung von den ersten beiden Baustellenflächen in Nordtirol (Innsbruck Sillschlucht) und Südtirol (Aicha) waren die mit Baggern durchgeführten Spatenstiche auf den beiden im Festzelt errichteten Videowalls zu sehen.

Nach dem offiziellen Programm wurde zu einem Imbiss geladen.

Der Grundstein zum Auftakt der Arbeiten war durch die Unterzeichnung der „Patronats-erklärung“ für die Errichtung der Erkundungstollen zum künftig weltweit längsten Eisenbahntunnel am 5. Mai 2006 in Salzburg gelegt worden. Nur wenige Wochen nach dieser Zusage der Verantwortlichen beider Staaten und der EU zur Übernahme der Kosten konnte nun zur Spatenstichfeier, die aus organisatorischen und symbolischen Gründen am Brenner stattfand, geladen werden.

Die Kosten für den Bau des Erkundungstollensystems werden zur Hälfte von der Europäischen Union getragen, der verbleibende Betrag wird der Struktur der europäischen Aktiengesellschaft BBT SE entsprechend aufgeteilt.



Spatenstichfeier am Brenner: LH Herwig van Staa, EU-Koordinator Prof. Karel van Miert, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach



Zwei Nachbarn in bestem Einvernehmen: Südtirols LH Louis Durnwalder (li.) mit seinem Kollegen, Tirols LH Herwig van Staa

Die bereits vergebenen Aufträge in der Höhe von rund 3 Mio. Euro stellen den Start für die schrittweise zu erwartenden Ausschreibungen und Vergaben bis Jahresende dar. Das Gesamtinvestitionsvolumen für das Erkundungsprogramm beläuft sich auf 430 Mio. Euro. Davon sollen rund 61 Mio. Euro sollen noch in diesem Jahr, weitere 209 Mio. Euro bis Ende 2007 beauftragt werden. ■

BBT SE

Als Nachfolgegesellschaft der seit 1999 bestehenden BBT wurde am 16. Dezember 2004 die Galleria di Base del Brennero – Brenner

Basistunnel BBT Europäische Aktiengesellschaft, auch „Europa-AG“ genannt, (lateinisch: Societas Europaea; offizieller Rechtsformzusatz „SE“). Mit Hilfe dieser neuen Rechtsform können sich Unternehmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union tätig sind oder tätig werden wollen, grenzüberschreitend zusammenschließen. Eine Besonderheit dieser Rechtsform ist, daß diese ihren Sitz innerhalb der Mitgliedsstaaten ohne vorherige Auflösung grenzüberschreitend verlegen kann.

<http://www.bbt-se.com>

Keine traditionelle Aktienkultur

Neuer Wiener Börse-Vorstand will Aktienkultur in Österreich etablieren – Mehr Angebot und Nachfrage am österreichischen Kapitalmarkt sollen geschaffen werden

Österreich hat keine traditionelle Aktienkultur – weder bei der Eigenkapitalfinanzierung, noch bei der Vorsorge mit Aktien. Mit mehr Aufklärungsaktivitäten, zusätzlichem Service und intensivem Einsatz für die Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen soll sich dies in den kommenden Jahren ändern, das gab das neue Vorstandsteam der Wiener Börse, Michael Buhl und Heinrich Schaller, im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt.

„Wir wollen in Zukunft verstärkt beraten und mit den Unternehmen gemeinsam erarbeiten, ob der Gang an die Börse optimal zur Strategie, zur Entwicklungsgeschichte und zum Finanzierungserfordernis des Unternehmens paßt. Damit wollen wir in Zukunft interessierten Unternehmen den Gang an die Wiener Börse erleichtern“, meint Heinrich Schaller, seit 1. Juni 2006 neu im Vorstand der Wiener Börse AG. Die Wiener Börse wird daher künftig potenzielle IPO-Kandidaten stärker ansprechen und aktiv im IPO-Prozeß unterstützen. „Darüber hinaus wünschen wir uns eine Verbesserung der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bei einem Börsegang, wie etwa die Abschaffung der 1%igen Gesellschaftssteuer und die steuerliche Gleichbehandlung von Fremd- und Eigenkapital“, betont Schaller.

Mehr Mitarbeiterbeteiligung

Um Aktiensparen in Österreich stärker zu verankern – in Österreich sind lediglich 17 % des Geldvermögens in Aktien und Investmentzertifikate investiert, der europäische Durchschnitt liegt mit 32 % fast doppelt so hoch – wünscht sich die Wiener Börse eine attraktivere Ausgestaltung der steuerlichen Begünstigungen bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wie eine Befragung der Wiener Börse bei den Top 20 Unternehmen des Prime-Marktes ergab, gibt es in 56 % der befragten Unternehmen ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm. Diese befragten Unternehmen sprechen sich für eine Verdoppelung des Freibetrages und eine Verkürzung der Behaltefrist aus.



Wollen die Aktienkultur in Österreich etablieren: Wiener Börse-Vorstände Michael Buhl und Heinrich Schaller
Foto: Wiener Börse

Für die Etablierung einer Aktienkultur in Österreich braucht es auch der Mitarbeit der heimischen Investmentbanken. „Derzeit wird lediglich ein Sechstel des gesamten österreichischen Fondsvolumens in Aktienfonds investiert. Wir appellieren daher an die österreichischen Anlagegesellschaften, mehr in Aktienfonds zu investieren“, betont Schaller.

Kooperationen verstärkt

Die Wiener Börse, die seit März 2005 gemeinsam mit der Börse Bukarest den Index ROTX berechnet und vertreibt, berät die Börse Bukarest auch beim Aufbau deren Derivatmarktes: „Wir stellen Know-how zur Verfügung, sorgen dafür, dass internationale Standards berücksichtigt werden. Wir erwarten, daß wir bereits im 4. Quartal dieses Jahres indexbasierende Futures in Rumänien einführen werden“, erläutert Michael Buhl. Darüber hinaus wird die Wiener Börse ab September 2006 – nach Aufbau der entsprechenden Infrastruktur – alle Indizes der Börse Bukarest vertreiben.

Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommen mit der Börse Montenegro am 29. Juni baut die Wiener Börse ihr Netz-

werk in Südosteuropa weiter aus. Mit dem Übereinkommen bekräftigten die beiden Börsen ihre Intention, in Zukunft enger zusammenarbeiten zu wollen.

„Die südosteuropäischen Kapitalmärkte verfügen über ein enormes Potenzial“, meint Buhl. Der Bedeutung der südosteuropäischen Kapitalmärkte trägt die Wiener Börse bereits mit einem eigenen Südosteuropa-Index Rechnung. Seit Februar 2006 berechnet die Wiener Börse den South-Eastern European Index (SETX), der die 15 größten Unternehmen umfaßt, die an den Börsen Bukarest, Laibach, Sofia und Zagreb gelistet sind.

Das Index-Know-how der Wiener Börse wird auch von Investoren weltweit geschätzt. Derzeit basieren weltweit rund 80 % aller strukturierten Produkte mit Osteuropa-Bezug auf den Indizes der Wiener Börse. Der jüngste Erfolg der Wiener Börse in diesem Bereich: Mit Anfang Juni konnten vier bedeutende Lizenzkunden aus Amerika – World Bank, Lehmann Brothers, Royal Bank of Canada und Wachovia Corporation – neu gewonnen werden. Alle vier Bankenhäuser werden Produkte auf die Wiener Börse Ostindizes „RTX“ und „CECE“ begeben. ■

<http://www.wienerboerse.at>

»Made in Austria« ist »in«

76,6 % der Befragten bewerten es in einer marketagent-Umfrage als wichtig, daß die Lebensmittel aus Österreich kommen.

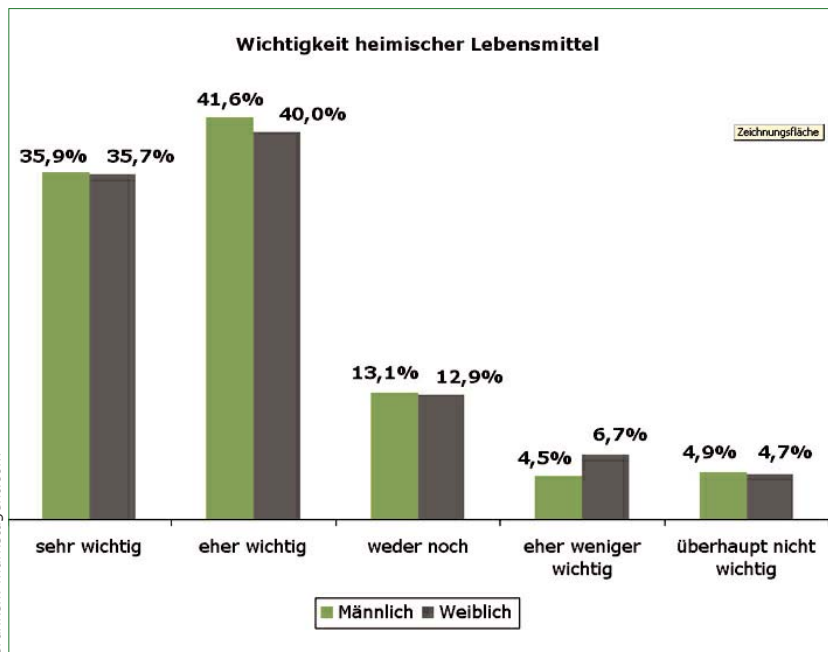
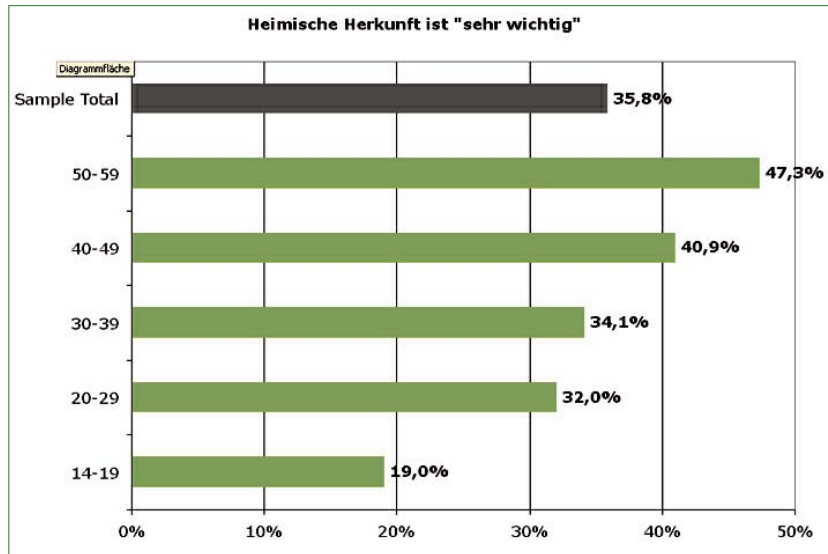
In der aktuell vorliegenden Umfrage des Online-Marktforschers Marketagent.com wurden 500 Österreicher zum Thema Lebensmittelherkunft befragt. „Vor allem für die älteren Konsumenten sind heimische Produkte wichtig. Rund 44 % der über 40jährigen beurteilen eine inländische Herkunftsbezeichnung als ‚sehr wichtig‘, bei den 14- bis 39jährigen schließen sich dieser Aussage lediglich 30 % der Befragten an“, so der Geschäftsführer von Marketagent.com, Thomas Schwabl.

Befragt nach dem Grund für diese Präferenz ouden sich Herr und Frau Österreicher als wahre Patrioten im Sinne der Volkswirtschaft: 78,3 % der Respondenten führen die „Stärkung der heimischen Wirtschaft“ als Hauptargument für „pro Austria“ an. Auf den Plätzen folgen Argumente wie „bessere Nachvollziehbarkeit der Herkunft“ (71,8 %), „stärkeres Vertrauen in österreichische Lebensmittel“ (70,8 %), „kürzere Transportwege“ (63,4 %) und die „bessere Qualität“ mit 59 %.

Ein „gutes Preis-Leistungsverhältnis“ wird den Lebensmitteln heimischer Produzenten nur von 20 % der Befragten unterstellt. Wirtschaftliche Überlegungen spielen somit eine sehr untergeordnete Rolle in der Kaufentscheidung der österreichischen Konsumenten. Deutlich weniger als die Hälfte der Österreich-Fans meint, die Lebensmittel aus dem eigenen Land würden „besser schmecken“ (31,1 %), hätten „bessere Inhaltsstoffe“ (24,3%) oder wären einfach „gesünder“ (21,1%).

Für jene Konsumenten, die den österreichischen Lebensmitteln nicht den Vorzug geben, stehen vor allem wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund: 57,3 % sagen, ein günstiger Preis wäre wichtiger als das „Made in Austria“-Siegel. 44,4 % attestieren, daß eine genaue Herkunft der Nahrungsmittel ohnedies nicht genau nachvollziehbar wäre. Für 32,5 % kommt eine Versorgung durch heimische Hersteller nicht in Frage, weil österreichische Produkte nicht ganzjährig erhältlich sind. 27,4 % bzw. 13,7 % der Umfrageteilnehmer sehen keinen qualitativen bzw. geschmacklichen Vorteil bei den heimischen Lebensmitteln.

Die österreichische Herkunft ist vor allem bei Milchprodukten (85,1 %), bei Fleisch-



und Wurstprodukten (84,9 %) sowie bei Brot und Gebäck (83,3 %) besonders wichtig. Obst und Gemüse bringen es hier auf Werte von 75,5 % und 77,0 %, Käse auf 64,2 %. Werte unter der 10-Prozentmarke erreichen Snacks, Energy-Drinks und Spirituosen.

Thomas Schwabl: „Überraschend war für uns vor allem, daß die Stärkung der heimischen Wirtschaft das Hauptargument bei der

Entscheidung für österreichische Lebensmittel ist. Die Bedeutung der Qualität sieht man vor allem bei genauer Betrachtung der Produktgruppen: Hier finden sich auf den ersten Plätzen nur Frischeprodukte wie Milch, Fleisch, Wurst, Obst und Gemüse.“

Studienleitung: Thomas Schwabl
<http://www.marketagent.com>

Königlich dänisch ausgezeichnet

Für beste Geschäftsbeziehungen und einzigartiges Engagement für besseres Hören wurde Waltraud Schinko-Neuroth, Vorstandsvorsitzende der Neuroth AG, mit einem dänischen Ehrendiplom ausgezeichnet.

Menschen mit Hörminderung ihr Leben zu erleichtern und ihnen ihre Lebensfreude zurückzugeben, ist seit 100 Jahren das Ziel von Neuroth, Österreichs ältestem Familienbetrieb für Hörgeräteakustik. Dafür kooperiert das Unternehmen seit 20 Jahren mit der dänischen Firma Oticon, einem der ältesten und zugleich fortschrittlichsten Hersteller für innovative Hörsysteme. Die langjährige gute Zusammenarbeit der beiden Unternehmen, durch die Oticon eine führende Position auf dem österreichischen Markt einnehmen konnte, wurde nun auch von offizieller Seite gewürdigt: Waltraud Schinko-Neuroth erhielt die Ehrenmedaille seiner königlichen Hoheit Prinz Henrik und das Ehrendiplom der Landesvereinigung Dänische Arbeit für herausragende Wirtschaftsbeziehungen mit Dänemark. Diese Auszeichnung wird acht bis zehn ausländischen Geschäftsleuten pro Jahr verliehen, die sich für die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen ihrem Heimatland und Dänemark besonders einsetzen.

Gut hören. Besser leben.

„Zuhören können“ ist in unserer schnelllebigen und lauten Welt zu einer besonders wertvollen Eigenschaft geworden. Wer gut hört, hat es einfacher im Kontakt mit der Umwelt, in der Familie und im Beruf, kann verstehen und sich orientieren. Wer hingegen schlecht hört, verliert durch die Einschränkung seiner Kommunikationsfähigkeit an Lebensqualität. Dennoch tragen in Österreich nur knapp 30 Prozent der schwerhörigen Menschen ein Hörgerät, in Dänemark dagegen sind es 50 Prozent!

Vision mit Tradition

1907 gründete Paula Neuroth mit ihrem Mann Johann August das „Spezialhaus für Schwerhörigenapparate J. A. Neuroth“. Sie hatte dafür einen sehr persönlichen Grund: Von einer Hörminderung betroffen hat sie die Auswirkungen und Ausgrenzungen, die mit diesem Leiden verbunden sind, selbst erlebt. Deshalb war sie stets bemüht qualitativ hochwertige „Hörhilfen“ auf dem neue-



Seine Exzellenz, Gunnar Ortmann, Botschafter von Dänemark (re.), mit Neuroth-Vorstandsvorsitzender Waltraud Schinko-Neuroth und Niels Jacobsen, Präsident der Oticon

Foto: Neuroth

sten Stand der Technik anzubieten. Diese Firmentradition hat sich bis heute fortgesetzt.

Zwei Unternehmen, ein Ziel, 100 Jahre Erfahrung

Fast parallel zur Gründung von Neuroth verlief die Entstehungsgeschichte eines Unternehmens in Dänemark: Auch bei Oticon standen am Beginn (1904) die Hörminderung einer Frau und das Ziel, die eigene Lebenssituation und jene der Leidgenossen zu verbessern.

Die zwei Unternehmen verbindet aber mehr als eine ähnliche Gründungsgeschichte:

Seit 100 Jahren setzen sich beide für das Wohl von Menschen mit Hörminderung ein, beide wollen durch höchste Qualität bei Technik, Service und Beratung das Leben Betroffener erleichtern. So fand Neuroth in dem Hörsysteme-Hersteller Oticon einen Partner, der mit seinen innovativen und hochwertigen Hörhilfen die Qualitätsansprüche von Neuroth erfüllte.

People first

„People first“ lautet das Motto von Oticon. Auch bei Neuroth steht der Mensch an erster Stelle: Menschen mit Hörminderung wieder mehr Lebensfreude zu verschaffen,

sie in das soziale Leben zu integrieren und ihnen und ihren Angehörigen Mut zur Erprobung ungewohnter Hörtechnologien zu machen, ist das große Anliegen von Neuroth. Ebenso will Neuroth das Bewußtsein für das Thema „Hören“ fördern und auf das Leiden der Betroffenen und die sozialen Folgen aufmerksam machen. Das gelingt dank hochqualifizierter Mitarbeiter und Fachkräfte, die individuelle und hochwertige Beratung und Betreuung gewährleisten, sowie durch die gute Zusammenarbeit mit den HNO-Fachärzten.

Mit modernen Hörhilfen zu mehr Lebensqualität

Seit der Gründung der beiden Unternehmen hat sich die Wissenschaft vom Hören weiter entwickelt und auch die technischen Möglichkeiten wurden erstaunlich verbessert. Eine Hörschwäche kann heute mit modernster Hörgeräte-Technik ausgeglichen werden. Hörgeräte von Oticon sind heute kleine und kleinste technische Wunderwerke. Leistungsfähige Mini-Hörcomputer von höchster Qualität. Diese High-Tech Hörgeräte werden individuell von Neuroth-Hörakustikern angepaßt und auf den persönlichen Hörgeschmack jedes Kunden abgestimmt. Denn nur wenn rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, kann ein sozialer Rückzug der Betroffenen verhindert werden.

Oticon Delta

Hörgeräte werden, seitdem sie Menschen verwenden, in erster Linie als medizinische Hilfsmittel gesehen. Daß sich moderne Technik durchaus in modernem Design präsentieren kann, das beweist das neue „Oticon Delta“. Denn schließlich macht für viele Menschen mit Hörminderung auch das ansprechende und unauffällige Design eines Hörgerätes das optimale Wohlbefinden im Alltag aus.

Das Andere, das Besondere

Was ist nun das Andere, das Besondere am „Oticon Delta“? Zum einen seine Gestaltung. Mit seinem fortschrittlichen Design verknüpft das „Delta“ die moderne Ästhetik eines technischen Gerätes mit der klaren Schönheit funktioneller Formgebung. Der extrem kleine Hörcomputer, den es im übrigen in 17 verschiedenen Farbtönen gibt, besticht durch seine optimale Anpassung an



Foto: Oticon

die menschliche Anatomie. Das „Delta“ wird in offener Versorgung hinter dem Ohr getragen. Ein leichtes, dezentes Kabel verbindet mit dem Lautsprecher, der direkt im Gehörgang sitzt.

Technologisch gesehen beeindruckt das „Delta“ durch eine Reihe von speziellen Features. Dazu zählt vor allem die Stärke des Delta in der Übertragung in hohen Frequenzbereichen über 5 kHz. Diese sind für ein klares Sprachverständnis und ein transparentes Klangbild ganz besonders wichtig. Weiters erkennt das Delta alle Geräuschquellen rund um sie herum, unterdrückt aber jene, die ein Gespräch stören könnten. Diese Rundum-Direktionalität bringt es mit sich, daß sich ein Gesprächspartner deutlich von den Umgebungsgeräuschen abhebt. Sprache im Umfeld wird durch eine integrierte, dreistufige Lärmunterdrückung besonders hervorgehoben. Dafür sorgen die beiden integrierten Hochleistungs-Richtmikrofone.

Und last but not least hat „Delta“ auch eine Memory-Funktion. Das bedeutet, daß sich der moderne Hörcomputer im „Delta“ alle Schalleindrücke der Umgebung merkt und speichert. Diese gesammelten Daten

dienen HörgeräteakustikerInnen als Basis für die präzise Optimierung der Einstellungen des Gerätes.

All diese technischen Argumente bestätigen im Verein mit der modernen Ästhetik im Erscheinungsbild und dem dadurch erreichten maximalen Tragekomfort – „Delta“ ist mehr als ein medizinisches Hilfsmittel. Mit seiner zukunftsweisenden Technik und dem modernen Design strahlt es Eleganz und Stil aus und ist darüber hinaus auch beinahe unsichtbar und kaum spürbar.

Delta gibt es neu bei Neuroth

Testen Sie „Oticon Delta“ jetzt! Neuroth bietet Ihnen die Möglichkeit, „Oticon Delta“ 14 Tage lang kostenlos und unverbindlich zu erproben und das Delta-Hörerlebnis zu genießen. Dazu kommen Sie in den Genuß der bewährten Sorgfaltpflicht und kompetenten Beratung und Betreuung durch unsere fachlich geschulten Mitarbeiter.

Denn – ist die Hörleistung erst wieder hergestellt, macht das Leben wieder Spaß. ■ <http://www.neuroth.at>

20 Jahre Landeshauptstadt

St. Pölten beging dieses Jubiläum mit einem großen Festakt



Foto: Niederösterreich Werbung / Lois Lammerhuber

Es war ein „Festakt der Gefühle und Emotionen“ mit dem St. Pölten am 10. Juli die Erhebung zur Landeshauptstadt Niederösterreichs im Jahr 1986 würdig feierte. Rund 400 Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft waren auf Einladung der Stadt St. Pölten in die „Bühne im Hof“ gekommen.

„In dieser Stunde vor 20 Jahren wurde die Landtagssitzung zur Hauptstadterhebung abgehalten“, erinnerte Alt-Landeshauptmann und St. Pöltens Ehrenbürger Siegfried Ludwig. „Am 1. und 2. März 1986 hatte die Bevölkerung das Wort gesprochen. Und in einigen Nachtgesprächen wurden mit Bürgermeister Willi Gruber und Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger ein Pakt geschlossen. Sonst hätten wir das gar nicht zustande gebracht.“

Bürgermeister a. D. Willi Gruber zum Entstehen der Landeshauptstadt: „Viele haben sich damals hartnäckig für diese Idee eingesetzt. Der damalige Alt-LH Ludwig hatte da schon klare Vorstellungen, und sein Stell-

vertreter Ernst Höger sprach sich ebenfalls für St. Pölten aus, sollte es zu einer Hauptstadtgründung kommen. Die Stadt selbst trat sehr engagiert auf, und als St. Pölten bei der Volksbefragung als eindeutiger Sieger hervorging, rückte die Landeshauptstadt in greifbare Nähe. Mit dem einstimmigen Beschluß der NÖ Landesregierung wurde diese demokratische Entscheidung bestätigt. Seither wurde bereits vieles erreicht, aber natürlich kann man immer noch viel besser werden.“

Angesprochen auf seinen damaligen Anspruch, St. Pölten sei wie eine biedere Hausfrau, die penibel ihre Aufgaben erfülle, äußerst charmant, aber zurückhaltend – sie solle durchaus etwas Schminke anlegen und ihre Reize vorzeigen –, plädiert Hauptstadtplaner Norbert Steiner heute auf Verjähung: „Unsere Landeshauptstadt hat sich mittlerweile zu einer Dame gewandelt – Regierungsviertel, Kulturbezirk, Rathausplatz, die Wirtschaftskammer, der neu entstehende Hauptbahnhof, aber auch kleinere Einrichtungen wie das ‚Cinema Paradiso‘ oder die

„Bühne im Hof“ sind hierfür die besten Anzeichen.“

Landesrat Wolfgang Sobotka, er nahm in Vertretung von Dr. Erwin Pröll am Festakt teil, verwies auf die hohe Akzeptanz der Landesverwaltung, die vom Haus der Städte in Wien in das Haus der Bürger nach St. Pölten übersiedelt ist. „Niederösterreich hat mit der Hauptstadt eine große Identität bekommen. Wenn ich das Festprogramm hier sehe – Gratulation! Wir haben ein klares Bekenntnis zur Hauptstadt abgelegt und werden weiter investieren.“

Landeshauptmann-Stellvertreterin Heidemaria Onodi: „Als St. Pöltnerin habe ich die Hauptstadtwerdung voll miterlebt. Das Besondere an St. Pölten: die ‚Mischung‘ macht es aus. St. Pölten ist eine lebens- und liebenswerte Heimatstadt für alle St. PöltnerInnen und eine akzeptierte Hauptstadt für alle NiederösterreicherInnen. Und die Stadt hat sich auch international als Partner- und Netzwerkstadt positioniert. St. Pölten bietet eine sehr gute Lebensqualität in allen Bereichen,

Chronik



Alt-Bürgermeister Willi Gruber, »Hauptstadt-Baby« Sabine Mandl, LH-Stv. Heidemarie Onodi, Bürgermeister Matthias Stadler, Alt-LH Siegfried Ludwig, Landesrat Wolfgang Sobotka, Hauptstadt-Planer Norbert Steiner und Oberbürgermeister Bernhard Ilg von der Partnerstadt Heidenheim
Foto: mms / St. Pölten

bietet eine große Vielfalt als Schul-, Freizeit- und Wirtschaftsstadt.“

„Wir befinden uns in einem Prozeß, auf einem Weg, der noch nicht abgeschlossen ist“, unterstrich St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler. „Wir investieren viel in Infrastruktur, Umwelt und Natur, in Wohnbau, Stadtgestaltung und Bildung. Ich möchte da nur auf den Neubau der Fachhochschule verweisen, verbunden mit zwei Studentenwohnheimen. Für internationale Unternehmen zählt als Standortqualität immer mehr das Umfeld. Und da kann St. Pölten ebenfalls punkten.“

Oberbürgermeister Bernhard Ilg aus der Partnerstadt Heidenheim hat die 20 Jahre Landeshauptstadt mitverfolgt und zeigte sich begeistert: „Unsere Partnerstadt St. Pölten hat sich sowohl politisch-repräsentativ als auch sozial-gesellschaftlich perfekt entwickelt, ohne jedoch ihre Wurzeln zu vergessen. Und diese Identität spürt man.“ Als Partnerstadt profitiert auch Heidenheim von dieser Entwicklung: „Es entstehen hier sehr fruchtbare Verbindungen in kultureller, touristischer, sportlicher und wirtschaftlicher Hinsicht.“

Die NÖ Landeshauptstadt als Sitz des Netzwerkes Europäischer Mittelstädte ist international sehr aktiv und mit Partnerstädten nahezu in allen Kontinenten verbunden. Sogar aus der chinesischen Partnerstadt Wuhan kam eigens eine Delegation zum Festakt nach St. Pölten. „30 chinesische Studenten studieren derzeit auf der Fachhochschule in St. Pölten“, betonte Bürgermeister Stadler und verwies auf Kurashiki in Japan. „Vor 50 Jahren schloß St. Pölten hier die erste Städtepartnerschaft und blickte weit voraus, zu einem Zeitpunkt als es noch nicht Landeshauptstadt war. St. Pölten, einst weißer Fleck

auf dieser Landkarte, kann inzwischen auf 130.000 Nächtigungen jährlich verweisen. Stadler: „Die Hauptstadt St. Pölten ist eine Erfolgsgeschichte. Die Stadt fürs Land. Geben wir ihr weiter Zukunft.“

Unter den Festgästen gesichtet: Nationalrat Anton Heinzl, Militärkommandant Prof. Johann Culik, Generalvikar Prälat Leopold Schagerl in Vertretung von Bischof Klaus Küng, Prälat Prof. Josef Eichinger, Superintendent Mag. Paul Weiland mit Kurator Peter Krömer, Landesgerichtspräsident Hofrat Kurt Leitzenberger, Präsident des Landes-schulrates Hofrat Adolf Stricker, Landespolizeikommandant Generalmajor Arthur Reiss, Stadtpolizeidirektor Johann Schadwasser, Landesamtsdirektor Werner Seif, Bezirkshauptmann Josef Kronister, Magistratsdirektor Thomas Dewina mit den Spitzen der

Verwaltung, Branddirektor Dietmar Fahren-fellner, EVN-Vorstandssprecher Burkhard Hofer, KIKA-Vorstandsvorsitzender und St. Pöltens Ehrenbürger KommR. Herbert Koch, ORF-Landesdirektor Norbert Gollinger, Hauptstadt-Mitstreiter der ersten Stunde Landesrätin a.D. Traude Votruba, Landesrat a.D. Zenz Höfinger, Landtagsabgeordneter a.D. Karl Gruber, FH-Geschäftsführer Prof. Johann Günther, „Bühne im Hof“-Intendantin Mimi Wunderer, Kulturszene-Vorsitzender Paul Gessl, Herbert Binder (Förderverein Kulturbezirk), Sparkassen-General Wolfgang Just, HYPO-Generaldirektor Werner Schmitzer und Josef Ladenbauer (NÖPLAN).

Das Ballett St. Pölten begeisterte mit seinen Taneinlagen. Für die musikalische Umrahmung sorgten Capella Incognita.

<http://www.st-poelten.gv.at>



Das Regierungsviertel in St. Pölten

Foto: Niederösterreich Werbung / Lois Lammerhuber

Österreicher sind zu dick

Herr und Frau Österreicher und ihre Kinder werden immer dicker! 800.000 bringen zu viel auf die Waage, über 80.000 sind sogar krankhaft übergewichtig.

Weltweit sind 250 Millionen Menschen übergewichtig oder gar fettleibig. Diese alarmierenden Zahlen sind für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Anlaß dafür, Fettleibigkeit als chronische und behandlungsbedürftige Krankheit zu definieren. Die alarmierenden Zahlen für Österreich zeigen, daß 800.000 Erwachsene, Kinder und Jugendliche hierzulande übergewichtig sind. Tendenz steigend. 10 Prozent von ihnen, also rund 80.000 Menschen, leiden gar an krankhafter Fettsucht (morbider Adipositas).

In den letzten 15 Jahren ist diese Zahl um stattliche 25 Prozent angestiegen und sowohl Männer als auch Frauen sind davon gleichermaßen betroffen.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf: Die Tatsache, daß die ÖsterreicherInnen immer dicker werden und vor allem immer mehr Kinder unter starkem Übergewicht leiden, erfordert gesellschaftspolitische Maßnahmen in Form eines schlagkräftigen Bündnisses unterschiedlicher Kräfte, die sich allesamt einem Ziel verschreiben: Die ÖsterreicherInnen müssen ein besseres Verhältnis zur Ernährung, zu ihrem Körper und ihrem Körpergewicht entwickeln. Denn hohes Übergewicht bedeutet nicht nur für den Einzelnen eine sowohl psychische als auch physische Belastung, sondern stellt auch ein gesundheitspolitisches Problem dar. Gleichzeitig gilt es aber auch gesellschaftlich daran zu arbeiten, unerreichbare mediale Schönheitsideale kritisch zu hinterfragen und durch mehr Vielfalt an menschlichen Körperformen und Körpergewichten zu ersetzen.

Die österreichweite Plattform „Die Dicke Chance“ informiert über Ursachen und mögliche Folgekrankheiten, bietet Rat und Hilfe für Betroffene und will Möglichkeiten aus der Krankheit und der Krise aufzeigen. Ebenso möchte die Plattform dazu beitragen, ungesunde gesellschaftliche Schönheitsideale um gesündere Sichtweisen zu erweitern. Mit einem Bündnis aus Unternehmen, die im Rahmen der Plattform ihre unternehmerische Verantwortung wahrnehmen, genauso wie mit Vereinen, Selbsthilfegruppen, Institutionen und Verbänden, die im Bereich Gesundheitsförderung, Ernährung oder auch Sport arbeiten, werden die ÖsterreicherInnen einerseits beim Abnehmen, Gewicht halten und bei der gesun-



Foto: »Die Dicke Chance«

den und zeitgemäßen Ernährung unterstützt, sowie andererseits über die Möglichkeiten der operativen Behandlung informiert.

Ausgehend von der WHO-Definition von Fettleibigkeit als chronische und behandlungsbedürftige Krankheit, hat sich „Die Dicke Chance“ auch dem Ziel der Bewußtmachung von Adipositas als schwerwiegender Krankheit verschrieben und bietet konkrete Hilfestellung für Betroffene. Ebenso möchte die Plattform dazu beitragen, ungesunde gesellschaftliche Schönheitsideale um gesündere Sichtweisen zu erweitern.

Viele Betroffene schleppen ihr Zuviel an Kilos schon seit Jugendtagen mit sich durchs Leben. Die Ursachen hängen einerseits mit dem ungesunden Lebensstil und den Eßgewohnheiten in westlichen Industriegesellschaften zusammen. Auch der Österreichische Ernährungsbericht zeigt deutlich: Die Österreicher essen zu viel und zu fett.

Andererseits sind in den weitaus meisten Fällen familiäre Veranlagung und genetische Vorbelastung, Stoffwechselerkrankungen, physisches und psychisches Leid, Bewegungsmangel oder eine Kombination aus diesen die Ursache für morbide Adipositas.

Übergewicht und Adipositas können aber auch die Folge einer Eßstörung, der Binge Eating Disorder, sein – nämlich dann, wenn hinter übermäßigem Essen ein „Hilferuf der Seele“ steht. Eßsüchtige versuchen – oft unbewußt –, durch übermäßiges Essen mit Gefühlen wie Angst, Wut, Einsamkeit oder Trauer fertig zu werden. Sie wollen ein „emotionales Loch“ stopfen. Anfangs wechseln Freßattacken mit Diäten, doch schließlich bleiben nur noch die Heißhungeranfälle.

Eine Anfang 2003 veröffentlichte Studie wertete die Lebenserwartung von 3457 Personen über einen Beobachtungszeitraum von 40 Jahren aus. Die Studienteilnehmer der so genannten „Framingham-Studie“ waren bei Untersuchungsbeginn 30 bis 49 Jahre alt und hatten weder Untergewicht noch eine Herz-Kreislauf-Erkrankung. Die Ergebnisse zeigten eindrucksvoll, daß mit zunehmendem Body Mass Index die Sterbe-Wahrscheinlichkeit ansteigt.

Verglichen mit normalgewichtigen Rauchern verloren adipöse Raucherinnen 7,2 Jahre und adipöse Raucher 6,7 Jahre. Verglichen mit normalgewichtigen Nicht-Rauchern erhöhte sich der Verlust an Lebensjahren sogar auf 13,3 Jahre für Frauen und 13,7 Jahre für Männer.

Also: Vorsorgen ist besser als Heilen! Diese Aussage gewinnt wieder zunehmend an Bedeutung. Vorsorge und Früherkennung geben Sicherheit für eine gesunde Zukunft. Gesundheit und Wohlbefinden sind Wünsche, die in Umfragen immer an oberster Stelle zu finden sind. Die Ansprüche und Anforderungen des Alltags nehmen zu und unser derzeitiges Gesundheitssystem fordert neue Lösungen, um alle notwendigen Leistungen weiterhin bereitstellen zu können. ■

Kontakt Daten zu zentralen Anlaufstellen inklusive Telefonnummern, Selbsthilfegruppen-Landesstellen, Links und Infos zu allen Partnern der Plattform sowie zu Kliniken/Adipositas-Spezialisten usw. finden Sie im unter <http://www.diedickechance.at>

Angst vor Terror im Urlaub

Europa gilt als überwiegend sicher – Traumnoten für den Inlandsurlaub – Terror sehen die meisten Österreicher als größte Sicherheitsbedrohung

Viele Österreicher haben Angst vor Terror im Urlaub, das trübt die kommenden Urlaubsfreuden. Dies geht aus einer aktuellen Studie der Allianz Versicherung hervor. Während man sich innerhalb Österreichs nahezu ausnahmslos sicher fühlt, gelten insbesondere Ägypten und die Türkei als potenziell gefährliche Reiseziele. Generell spielen Sicherheitsaspekte hierzulande eine beachtliche Rolle in den Urlaubsplänen.

Ängste vor Hurrikans, Erdbeben und Tsunamis können die Urlaubserwartungen österreichischer Touristen kaum trüben. Die Bombenanschläge in nahöstlichen Touristenzentren haben hingegen Wirkung hinterlassen und werden von 64 Prozent aller Befragten als größte Bedrohung im Ausland beurteilt – noch weit vor Kriminalität oder hygienischen und medizinischen Mängeln. Dementsprechend liegen Länder wie Ägypten und die Türkei in Sicherheitsfragen am unteren Ende der Bewertungsskala. Für 39 Prozent der Österreicher kommt ein Urlaub im Land am Nil derzeit keinesfalls in Frage, 23 Prozent stehen der Türkei skeptisch gegenüber, während nur 3 Prozent die USA für zu gefährlich halten.

Nach Schulnoten beurteilt, erreicht der Inlandsurlaub den Traumwert von 1,1; andere europäische Länder wie Italien (1,7), Griechenland (1,7) und Spanien (1,9) werden ebenfalls als weitgehend sicher eingestuft. Bei Tunesien (2,8) und Thailand (2,9) gehen die Meinungen hingegen deutlich auseinander.

Frauen sicherheitsbewußter

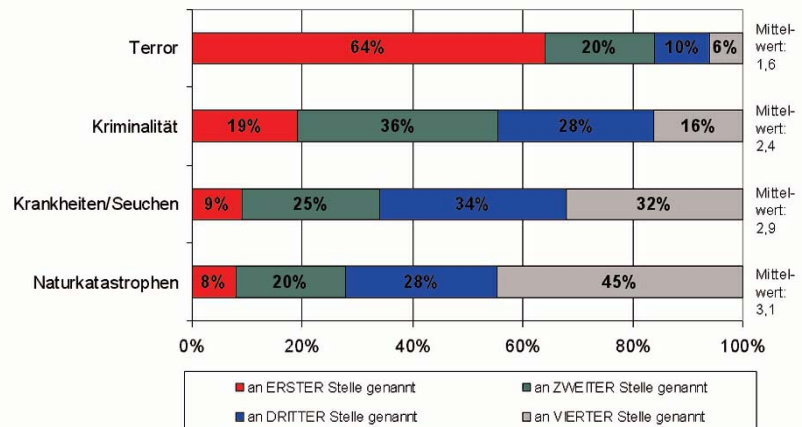
Für acht von zehn Österreichern spielt das Sicherheitsthema bei der Urlaubsplanung eine Hauptrolle, nur 4 Prozent ignorieren diesen Aspekt komplett, wie die Allianz Studie nachweist. Interessant: Frauen denken mehr über Sicherheitsfragen nach als Männer, ältere Menschen deutlich mehr als jüngere und weniger Gebildete mehr als Gebildete.

Auf geteilte Meinungen in der Bevölkerung stößt das Thema Reiseversicherung, ermittelte die Allianz. 41 Prozent der Österreicher können sich eine Urlaubsreise ohne entsprechende Versicherung nicht vorstellen.

Größte Angst vor Terror im Urlaub

Allianz 

„Wenn Sie an das Thema Sicherheit im Urlaub denken, wovor muss man derzeit am meisten Angst haben?“
1 = am meisten Angst, 4 = am wenigsten Angst



25 Prozent hingegen erklären, eine solche Versicherung nie abzuschließen.

Individuelle Reisevorsorge

Für die bevorstehende Feriensaison empfiehlt die Allianz jedenfalls, den bestehenden Reiseschutz im Detail zu überprüfen. „Nicht immer genügt die Kreditkarte oder die Mitgliedschaft bei Automobilclubs, um für die Eventualitäten eines Versicherungsfalles im Urlaub gerüstet zu sein“, betont Peter Loisel, Leiter des Bereiches Marketing und Kundengruppenmanagement in der Allianz.

Die Aktivierung des Reiseversicherungsschutzes von Kreditkarten ist häufig an deren Verwendung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes oder die Bezahlung der Reise mit dieser Karte gebunden. Zudem sei meist kein allumfassender Versicherungsschutz für die Reise gegeben, warnt die Allianz. Auf automatischen Schutz seitens der heimischen Sozialversicherung sollte man sich ebenfalls nicht verlassen. So wird selbst bei Urlaubsreisen innerhalb der EU der Rücktransport nach Hause nicht von der Sozialversicherung übernommen.

Die klassische Reiseversicherung hingegen ist nach dem „Baukastenprinzip“ aufgebaut und kann somit individuell an Reise-

ziel, Reisedauer und Reisetilnehmer angepaßt werden. Ein weiterer Vorteil der Reiseversicherung, so Loisel, liege darin, daß sie noch kurzfristig vor Urlaubsantritt abgeschlossen werden kann und an keine weiteren Voraussetzungen gebunden ist. Die Allianz bietet auf den Kundenbedarf zugeschnittene Versicherungen für den Urlaub in Kooperation mit der Elvia Reiseversicherung an.

Die Umfrage für diese Allianz Studie wurde in Form einer telefonischen Befragung (Stichprobe: 1000 Personen) vom Nielsen-Institut im April/Mai 2006 durchgeführt. ■

Die Allianz

wurde 1860 unter dem Namen „Versicherungsgesellschaft Oesterreichischer Phönix“ in Wien gegründet. 1921 wird die Gesellschaft mehrheitlich britisch, was zur Namensänderung in „Anglo-Elementar“ führt. In den Jahren 1925/26 fusioniert „Sach Phönix“ mit zwei Versicherungsgesellschaften und wird größter Sach- und Industrieversicherer Österreichs. 1960 wird die „Wiener Allianz Lebensversicherungs-AG“ gegründet, die 1997 mit der Anglo-Elementar fusioniert wird. Die Allianz Elementar Versicherungs-AG rangiert bei der Schadens- und Unfallversicherungen auf Rang 3 in Österreich.

Schräg auf die Burg

Raus: Attraktivität der Burg Hohenwerfen durch Schrägaufzug erhöht
Blachfellner: Land trägt Gesamtbaukosten von 2,3 Millionen Euro

Mit dem neuen Schrägaufzug auf die Erlebnisburg Hohenwerfen sei die Attraktivität dieser Sehenswürdigkeit im Pongau weiter erhöht worden, stellte der für die Liegenschaften des Landes Salzburg ressortzuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Othmar Raus bei der Eröffnung des Aufzuges fest. Baureferent Landesrat Walter Blachfellner wies darauf hin, daß die Gesamtkosten für das Projekt in Höhe von 2,3 Mio. Euro zur Gänze vom Land Salzburg getragen werden.

Ausschlaggebend für den Bau des Schrägaufzuges waren vor allem die in den vergangenen 20 Jahren enorm gestiegenen Besucherzahlen. „Seit dem Auszug der Salzburger Gendarmerieschule 1987 hat sich die Burg Hohenwerfen zu einer der größten touristischen Attraktionen innergebirg entwickelt. Verantwortlich dafür ist sicher auch das vielfältige und abwechslungsreiche, historisch orientierte Angebot. Wir wollten diese einmalige Anlage noch attraktiver machen und so adaptieren, dass noch mehr Einheimische und Gäste diese Sehenswürdigkeit erleben und genießen können“, so Raus. Der steile Weg sei für viele bislang ein großes Hindernis zur Besichtigung der Burg gewesen. Mit dem neuen Aufzug sei es nun auch älteren Besuchern, Familien mit kleinen Kindern oder Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen leichter möglich, die Erlebnisburg Hohenwerfen zu besuchen. „Wir rechnen deshalb mit einem Anstieg der Besucherzahlen um fünf bis zehn Prozent“, ist Raus sicher.

Von Ende März bis Anfang November ist die Burg Hohenwerfen zugänglich: Burgführungen, Greifvogelschau, Sonderausstellungen, Mittelalter- und Kinderfeste, Ritterschmaus und vieles mehr begeistern schon jetzt jährlich bis zu 130.000 Gäste aus aller Welt. „Ich bin zuversichtlich, daß mit dem neuen Aufzug viele neue Besucherschichten angesprochen werden können. Die ehemalige Wehrburg aus dem 11. Jahrhundert mit dem Landesfalkenhof sieht einer neuen Blüte entgegen“, so der Kulturreferent.

Landesrat Blachfellner erklärte, daß der neue Schrägaufzug, der auf der 185 Meter langen Trasse der ehemaligen Materialseilbahn errichtet wurde, pro Fahrt 25 Gäste in



Foto: LPB Salzburg

nur knapp zwei Minuten vom Parkplatz am Fuße des Festungsberges in den 114 Meter höher gelegenen Burghof bringt.

Trotz ungünstiger Bedingungen konnten die Bauarbeiten, so Blachfellner, durch die gute und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dank der zügigen Arbeit der Baufirmen termingerecht und in relativ kurzer Bauzeit fertig gestellt werden. „Es gab bei einigen Fundamentstandpunkten schlechtere Bodenbedingungen als ursprünglich angenommen, hinzu kam der frühe und heftige Wintereinbruch mit überdurchschnittlich tiefen Temperaturen über einen langen Zeitraum. Auch die zusätzlichen Forderungen des Bundesdenkmalamtes stellten weitere Hürden dar, die es bei den Arbeiten zu überwinden galt“, schilderte Blachfellner. Er betonte auch den positiven Effekt des Bauprojektes für die regionale Bauwirtschaft, da fast ausschließlich Firmen aus der Region an der Errichtung des Perso-

nenaufzuges beteiligt waren.

Neue Landes-Videos

Das Videostudio des Landespressebüros hat die komplette Neufassung der seit mehr als einem Jahrzehnt bewährten Videos über die in der Salzburger Burgen- und Schlösserverwaltung zusammengefaßten Liegenschaften fertiggestellt. Dies sind ein neues 11-Minuten-Video über die Festung Hohensalzburg, ein 5,30-Minuten-Video über die Residenz zu Salzburg, ein sechs Minuten langes Video über die Erlebnisburg Hohenwerfen und ein 5,30-Minuten-Video über das Bürgerlebnis Mauterndorf – so die Titel der einzelnen Produktionen unter dem Gesamtmotto „Geschichte wird lebendig“, die außer als VHS-Video auch als DVDs beim Landespressebüro unter landespressebuero@salzburg.gv.at zu erwerben sind. Zur Abrundung gibt es auch eine 28 Minuten lange Gesamt-Filmversion

Kurt Krenn, ein »miles Christi«

Am 27. Juni fand in St. Pölten eine Geburtstagsfeier für Altbischof Krenn statt

Der St. Pöltner Altbischof Kurt Krenn beging am 28. Juni seinen 70. Geburtstag. Er war 13 Jahre lang, von 1991 bis 2004, amtierender Bischof der Diözese St. Pölten. In einer Feier im Sommerrefektorium des Bistumsgebäudes, an der Verwandte des Bischofs sowie Gäste aus Kirche und Politik teilnahmen, wurde Leben und Wirken des Altbischofs gewürdigt. Gleichzeitig wurde zu seinem 70. Geburtstag eine umfangreiche Festschrift unter dem Titel „Der Wahrheit verpflichtet“ präsentiert und dem Jubilar überreicht.

Unter den Gästen waren auch die Bischöfe Klaus Küng, Egon Kapellari, Christian Werner, die Weihbischöfe Heinrich Fasching und Helmut Krätzl sowie politische Vertreter mit Landeshauptmann Erwin Pröll, Bürgermeister Matthias Stadler und dem ehemaligen Präsidenten des NÖ Landtages Franz Romeder an der Spitze. Die Feier fand aus Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Bischofs in einem kleineren Rahmen statt.



Foto: Landeshauptstadt St. Pölten

Jubilar Altbischof Kurt Krenn mit seinem Amtsnachfolger Bischof Claus Küng, Landeshauptmann Erwin Pröll und St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler

Zeichen der Solidarität

Diözesanbischof Klaus Küng, der nach der Annahme des Amtsverzichts von Bischof Kurt Krenn am 7. Oktober 2004 die Diözese St. Pölten übernommen hat, bezeichnet die Anwesenheit der Bischöfe und Weihbischöfe als „wichtiges Zeichen der Solidarität und ein Zeichen des Willens zur Einheit“. Mit dem Hinweis auf die Festschrift erklärte der Diözesanbischof, daß in ihr Themen behandelt werden, die dem Jubilar „wichtig waren und die wichtig sind“.

Die emotionalen Auseinandersetzungen für die Akzeptanz der von Bischof Krenn dargelegten Wahrheiten seien „nicht immer förderlich“ gewesen, wies Bischof Küng hin. Er hoffe, „daß mit dem Eintreten einer größeren Ruhe der Boden für eine fruchtbarere Diskussion bereitet ist und daß Dir so mehr Gerechtigkeit widerfährt“.

Bischof Egon Kapellari gab mit seinem Kommen einen Beweis der Verbundenheit mit Bischof Kurt Krenn, wie er sagte. „Wir haben in Zuspruch, aber auch in Widerspruch viel Gutes miteinander erlebt und auch Schwieriges ertragen“. An den Jubilar gewandt, sagte er: „Der Wahrheit wolltest du

als Priester, als Professor und als Bischof dienen. Du warst Dir und anderen nie bequem und hast dafür einen hohen Einsatz erbracht und einen hohen Preis bezahlt“.

Bürgermeister Mathias Stadler hat Altbischof Krenn die Glückwünsche der Landeshauptstadt St. Pölten überbracht. Als Geschenk an den belesenen Jubilar überreichte Stadler einige Neuerscheinungen zur Stadtgeschichte und die Kunsttopografie St. Pölten. Mit der Adaptierung des Sommerrefektoriums als Veranstaltungsort hatte Krenn einen wichtigen Kulturakzent für die Stadt gesetzt. „Es gab mit ihm immer konstruktive Gespräche, etwa über das Konservatorium für Kirchenmusik und die Einbindung des Diözesanmuseums“, so St. Pöltens Bürgermeister.

Gott zur Sprache bringen

Der Österreich-Korrespondent der deutschen Zeitung „Tagespost“, Stephan Baier, der das Werden der Festschrift von Anfang an begleitet hat, zählte drei Punkte auf, die den bleibenden Wert dieses Buches ausmachen. Erstens, weil sich darin echte theologische Beiträge finden, zweitens weil manche

der Beiträge mit biografischem Inhalt zu einem wirklichkeitsgetreuen Bild von Bischof Krenn beitragen und drittens, weil viele der Themen des Bischofs darin auch aus „fremder Feder“ reflektiert werden.

Bischof Krenn sei es in all seinem Wirken nur darum gegangen, „in einer gottvergessenen Zeit die wirkliche Wirklichkeit Gottes zur Sprache zu bringen“, faßte Baier zusammen. Der Rektor der Hochschule St. Pölten, Josef Kreiml, wies hin, daß über ein Dutzend Professoren von der St. Pöltner Hochschule für dieses Werk beigetragen haben, was die Wertschätzung dem Bischof gegenüber zum Ausdruck bringe. Kreiml erinnerte auch daran, daß Bischof Kurt Krenn diesem Professo-renkollegium einst angehört habe.

Rektor Kreiml und die langjährige Sekretärin von Bischof Kurt Krenn, Jutta Kern, die sich in besonderer Weise um die Herausgabe dieses Buches bemüht hatte, überreichten dem Altbischof ein Exemplar der Festschrift, die Verleger Stocker vom Ares-Verlag noch mit drei in Leder gebundenen Exemplaren ergänzte. Die Feier wurde von Mitgliedern des diözesanen Konservatoriums für Kirchenmusik musikalisch umrahmt. ■

Republik ehrt Helmut Swarovski

Tirols LH Herwig van Staa überreicht im Auftrag von Bundespräsident Heinz Fischer eine hohe Ehrung der Republik an Helmut Swarovski

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Parissaal des Taxis-Palais überreichte Landeshauptmann Herwig van Staa im Auftrag von Bundespräsident Heinz Fischer das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Komm.-Rat DI Helmut Swarovski.

„Besonders hervorheben möchte ich den Unternehmer-Patriotismus der Familie Swarovski, die stets zu ihren Arbeitern und zum Land Tirol gestanden ist“, hob LH van Staa in seiner Laudatio hervor. Die Wichtigkeit der Auszeichnung demonstrierte auch die Anwesenheit von LHStv Elisabeth Zanon und LHStv Hannes Gschwentner. Letzterer überreichte in seiner Funktion als Sportlandesrat das „Tiroler Sportehrenzeichen“ an Swarovski, der alle Auszeichnungen unter dem Beifall der geladenen Ehrengäste und Verwandten, unter denen sich auch seine Frau Danna und Mutter Hilde Swarovski befanden, entgegennahm.

In seiner Dankesrede sprach der Geehrte die rasante Entwicklung der Firma Swarovski an, die erst richtig in den vergangenen 30 Jahren mit der Olympiade in Innsbruck begonnen hat. „Zwischen 1970 und 1975 waren die härtesten Jahre der Firma Swarovski. Wir mußten 1500 Arbeitnehmer entlassen, weil während der sogenannten ‚Hippie-Zeit‘ kein glitzernder Schmuckstein gefragt war. Die Olympiade in Innsbruck war unser Lichtblick. Mit ihr kam schließlich die Wende“, erinnerte sich Helmut Swarovski.

Das Unternehmen

Swarovski ist der weltweit führende Hersteller von geschliffenem Kristall. Im Jahr 2004 erreichte das Unternehmen einen Gesamtumsatz von 1,83 Milliarden Euro und beschäftigte weltweit rund 16.000 Menschen. Inzwischen ist Swarovski in rund 120 Ländern tätig. Der Stammsitz aber ist Wattens, Österreich, geblieben und auch seine finanzielle Unabhängigkeit als Familienunternehmen hat sich Swarovski immer bewahrt – ebenso wie die Prinzipien, mit denen schon der Gründer Daniel Swarovski vor über 100 Jahren erfolgreich war: Kompromisslose Qualität und kontinuierliche Innovation.

Die Kernkompetenz des Unternehmens



Foto: Tiroler Landesregierung

(v.l.) Danna und Helmut Swarovski mit Hilde Swarovski, LH Herwig van Staa und LHStv Elisabeth Zanon.

ist auch heute noch die Herstellung von präzise geschliffenem Kristall für Produkte aus den Bereichen Fashion, Beleuchtung und Interior. Zur Unternehmensgruppe gehören ausserdem TYROLIT®, ein führender Hersteller von Schleif-, Schneide-, Säge- und Bohrwerkzeugen, Swareflex mit seinen Reflektoren für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sowie Swarovski Optik, einer der weltweit führenden Hersteller für Präzisionsoptik, für Naturbeobachtung und Jagd.

Das Ausgangsprodukt – Kristallschmucksteine – kommt in den Bereichen Mode, Schmuck, Beleuchtung, Interior und Kosmetik zum Einsatz. Seit den siebziger Jahren etablierten sich Geschenk-, Sammler- und Dekorationsobjekte sowie Schmuck als Kristall-Markenartikel. Der Vorstoß in den Luxusmarkt gelang mit Kristalldesign, exklusivem Schmuck und Accessoires.

Swarovski ist Teil der weltweit bekanntesten und glamourösesten Events. Außerdem ermutigt Swarovski Fashion- und Interior-

Designer, Kristall auf neue und noch nie gesehene Art zu verwenden. Der Fantasie und der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt.

Anlässlich seines 100jährigen Bestehens eröffnete Swarovski 1995 in Wattens die Swarovski Kristallwelten, eine vom Künstler André Heller gestaltete Multimedia-Erlebniswelt, in der die facettenreiche Schönheit von Kristall auf phantastische Weise dargestellt wird. Seit seiner Eröffnung begeisterte dieser Ort der Verzauberung, der 2003 um zusätzliche Wunderkammern erweitert wurde, mehr als fünf Millionen Menschen aus allen Teilen der Welt.

In den Kristallwelten verschmelzen die Werke berühmter internationaler Künstler zu einem Kaleidoskop für die Sinne. In den Kristallwelten können die Besucher über die Wunder des funkelnden Kosmos Kristall staunen. ■

<http://www.swarovski.com>

<http://www.swarovski.com/kristallwelten>

No Man Is An Island

»Science« berichtet über den Österreicher Simron Jit Singh, Sozialwissenschaftler & Helfer für die Nikobaren nach dem Tsunami

Simron Singh, österreichischer Human-Ökologe und Anthropologe, wird in der aktuellen Ausgabe von „Science“ porträtiert. Im Mittelpunkt steht dabei seine Arbeit auf den Nikobaren – vor und nach dem verheerenden Tsunami, der im Dezember 2004 Südasien verwüstete. Nach der Katastrophe wurde Singh von den Stammesältesten um Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Gesellschaft gebeten. Singh half auf vielerlei Art und wurde dabei auch vom Wissenschaftsfonds FWF unterstützt. Die Geschichte seiner Arbeit ist auch die einer persönlichen Wandlung: vom objektiven Beobachter, über einen betroffenen Helfer zum aktiven Gestalter. „Science“ berichtet wie er und seine KollegInnen über diese unvermeidliche Wandlung fühlen und denken.

Heisenbergs Unschärferelation besagt, daß die Beobachtung eines Systems eben dieses System unvermeidlich beeinflusst. Allein das ist schlimm genug für die wissenschaftliche Objektivität. Aber was passiert, wenn das beobachtete System gar den Beobachter beeinflusst? Eine Frage, die sich für viele SozialwissenschaftlerInnen stellt. Kann – und soll – ein/e SozialwissenschaftlerIn im Angesicht menschlicher Tragödien wissenschaftliche Distanz bewahren? Simron Jit Singh, Wissenschaftler am Institut für Soziale Ökologie in Wien, sprach mit Richard Stone für die aktuelle Ausgabe von „Science“ darüber, was es für ihn bedeutete als die Gesellschaft, die er studierte, von der Zerstörung bedroht war.

Der Artikel schildert, wie Singh bereits seit 1999 die entlegene Kultur der Nikobaren im Indischen Ozean studierte. Eine besondere Faszination übte dabei deren kultureller Reichtum auf ihn aus, der aufgrund des geringen Kontakts mit anderen Kulturen erhalten geblieben war. Seine Forschung kam jedoch zu einem abrupten Ende als Singh einen Funkspruch von Rasheed Yusuf, einem befreundeten Nikobaren, erhielt: „Zentrale Nikobaren komplett überschwemmt ... bitten um sofortige Hilfe“ – der gewaltige Tsunami des Dezembers 2004 war gerade über die Nikobaren hereingebrochen.

In „Science“ schildert Singh, was sich als nächstes ereignet hat: „Ich konnte einfach nicht anders“, sagt er heute über die Ent-



Simron Jit Singh (re.) und zwei befreundete Nikobaresen

Foto: Simron Singh / FWF

scheidung, die er damals treffen mußte. Was sich heute wie eine Sekundenentscheidung liest war aber tatsächlich das Ende eines langen Dilemmas, das nun durch die Ereignisse überholt wurde. Das feinfühlige Portrait, das Stone von Singh zeichnet, gibt diese Zerrissenheit wider. Zahlreiche ForscherkollegInnen Singhs, mit denen Stone gesprochen hat, bestätigen, dass Singh bereits lange Zeit mit einem Dilemma gerungen hatte: Sollte er nützliche Errungenschaften der modernen Zivilisation in die Kultur der Nikobaren einführen, um so das Überleben ihres kulturellen Erbes zu sichern, oder ihre Kultur zwar gänzlich unberührt, jedoch damit auch dem sicheren Untergang überlassen?

Wolfgang Lutz, ein Kollege von Singh, Demografiker am International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) in Wien und Chef des Weltbevölkerungs-Programms, erinnert sich in „Science“ an Singhs Zwickmühle: „Aufgrund der Erfahrungen mit vie-

len anderen Bevölkerungsgruppen war es eindeutig, daß sogar die wohlwollendsten Eingriffe, wie etwa Maßnahmen zur Senkung der Kindersterblichkeitsrate, die Lebensbedingungen und somit die Kultur verändern. Persönlich hätte ich es vorgezogen unsere Rolle als Wissenschaftler lediglich auf die der Beobachter zu reduzieren.“ Der Tsunami jedoch, fügt Lutz hinzu, „machte derartige Überlegungen obsolet“.

Individuelle & internationale Hilfe

Als Singh im Januar 2005 auf den Nikobaren eintraf, bot sich ihm ein Bild äußerster Zerstörung. Die Kultur unberührt zu belassen war nun keine Option mehr. In einer gemeinsamen Hilfsaktion beriet und unterstützte Singh die Inselbewohner so gut er konnte vor Ort, während seine Forschungsleiterin zu Hause in Wien, Prof. Marina Fi-

Wissenschaft & Technik

scher-Kowalski, Direktorin des Instituts für Soziale Ökologie, Hilfe auf institutioneller Ebene generierte. Die Universität Klagenfurt, die ihr Institut beaufsichtigt, bildete die Spitze einer Spendenaktion für den Wiederaufbau. Gemeinsam mit der Caritas Österreich und Universal Music Austria, die den Erlös vom Verkauf einer CD spendete, richtete die Universität Klagenfurt den Sustainable Indigenous Futures (SIF) Fonds ein, um Bemühungen in Richtung Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Zusätzlich unterstützte der Österreichische Wissenschaftsfonds FWF die wissenschaftlichen Erhebungen zur nachhaltigen Entwicklung auf den Nikobaren.

Stone beschreibt im Weiteren wie Singh

die schwierige Balance zwischen Hilfestellung, Ratschlagserteilung und Anregungen für künftige Selbsthilfe hielt. Vor dem Tsunami etwa, war die nikobarische Volkswirtschaft fast vollständig von Kokosnüssen abhängig. Jetzt haben die Einheimischen gelernt ihr Auslangen durch Fischen, sowie durch den Anbau von Früchten und Gemüse zu sichern. In „Science“ kommentiert Brian Durrans, stellvertretender Leiter der Asien-Abteilung des Britischen Museums Singhs Vorgehen: „Das Besondere an Simrons Einsatz ist, daß er die Nikobaresen ermutigt ihr eigener Herr zu werden, ohne sie zu bevormunden oder zu isolieren. Eine inspirierende Lösung im Angesicht der Katastro-

phensituation.“ Dennoch sind es nicht seine KollegInnen, die Singh inspirieren will, sondern in erster Linie die Bewohner der Nikobaren. Dafür wählt er oft recht pragmatische Methoden. So publizierte er unlängst gemeinsam mit dem österreichischen Wissenschaftsjournalisten Oliver Lehmann ein reich bebildertes Buch über die Kultur der Nikobaren. 500 Kopien davon brachte er zurück zu den Inseln. Dazu Simron Singh, der Einkünfte aus dem Verkauf des Buches an den SIF spendete: „Ich hoffe, dass die Bilder ihrer eigenen Kultur die Nikobaresen emotional berühren und ihnen jene Kraft gibt, die sie gerade jetzt für die Sicherung ihrer Zukunft dringend benötigen.“ ■

Ein Pieks schreibt Medizingeschichte

Vor 40 Jahren: Weltweit erste Plasmaspende in Österreich

Ohne Medikamente aus Blutplasma hätten viele meiner Patienten nicht überlebt.“ Das sagte der Unfallchirurg Prim. Georg Kukla bei einer Veranstaltung anlässlich der Einführung der Plasmaspende vor 40 Jahren.

Als Mitte der 60er Jahre in Österreich – zeitgleich mit den USA – die weltweit ersten Spenden von Plasma (der zellfreien Blutflüssigkeit) durchgeführt wurden, war es endlich möglich, ein wirksames und verträgliches Präparat zur Behandlung des Wundstarrkrampfes (Tetanus) herzustellen. Zuvor waren daran jährlich zwischen 100 und 200 Patienten erkrankt, und sehr viele davon gestorben. Mit der Einführung und Weiterentwicklung der Plasmaspende hat Österreich Medizingeschichte geschrieben – denn in den folgenden Jahrzehnten gelang es, die Eigenschaften der im Plasma enthaltenen Proteine für eine Vielzahl lebensrettender Medikamente zu nutzen.

In der Folge ist in Österreich eine Plasma verarbeitende Industrie entstanden, deren Verarbeitungskapazität von über drei Millionen Litern Plasma weltweit nur von den USA (ca. 10 Mio. Liter) übertroffen wird. Heute beschäftigen die zwei plasmafraktionierenden Unternehmen Baxter und Octapharma in Österreich über 3500 Mitarbeiter in diesem Bereich. Zahlreiche innovative Präparate wurden und werden in Österreich entwickelt. Diese Vorreiterrolle der heimischen Plasma fraktionierenden Unternehmen gelte es auch in Zukunft zu unterstützen, erklärte Bundesministerin Maria Rauch-Kallat.

Österreich hat im Bereich der Plasmaverarbeitung immer eine gewisse Vorreiterrolle innegehabt. „Umso mehr freut es mich dieses Symposium anlässlich der 40-Jahrfeier hier in Österreich auch noch unter Österreichischer Präsidentschaft eröffnen zu dürfen“, so Rauch-Kallat.

„Das Ansehen Österreichs in der Welt ist auf diesem Sektor sehr groß, was uns auch verpflichtet, unsere Industrie in der Rolle des Trendsetters zu unterstützen“, betonte die Ministerin weiter. Die überaus gute und effiziente Zusammenarbeit aller an diesem Prozeß beteiligten Parteien stelle eine wesentliche Voraussetzung für eine weitest gehend sichere Abnahme, Herstellung und praxisnahe Versorgung der Patienten dar.

Ähnlich dynamisch wie die verarbeitende Industrie hat sich auch die Plasma-Aufbringung selbst entwickelt. Heute wird die Plasmaspende in zehn Plasmapheresestellen in Graz, Innsbruck, Retz, Salzburg, Wels, Wien und Wiener Neustadt durchgeführt (je zwei Zentren in Graz, Innsbruck und Wien). Fanden 2000 in Österreich rund 242.000 Plasmaspenden statt (entspricht 180.000 Litern), waren es 2005 über 300.000 Spenden (rd. 233.000 Liter). „Im Vorjahr haben somit täglich rund 1000 Österreicherinnen und Österreicher Plasma gespendet – das ist einmalig im europäischen Vergleich“, sagte Rudolf Meixner, Vorsitzender der IG Plasma, in der alle zehn Plasmazentren vertreten sind.

Manche Patienten sind ihr Leben lang auf Arzneimittel aus Plasma angewiesen. So lei-

den beispielsweise rund 1500 Menschen in Österreich an einem angeborenen Immundefekt. Wie Hermann Wolf von der Immunologischen Tagesklinik in Wien berichtete, bildet das Immunsystem bei einem Großteil dieser Patienten keine Antikörper (Immunglobuline) zur Abwehr von Krankheitserregern. Die Folge dieses Mangels: Ungewöhnlich häufige und teilweise lebensbedrohliche Infektionen. „Mit Immunglobulinen aus dem Plasma von gesunden Menschen können meine Patienten ein Leben ohne ständig wiederkehrende Infektionen führen“, so Wolf.

Auf die Bereitschaft zum Plasmaspenden werden Unfallopfer, chronisch Kranke und viele andere Patienten auch in Zukunft angewiesen sein. „So weit wir das heute abschätzen können, wird Plasma auf absehbare Zeit nicht durch künstliche Rohstoffe ersetzt werden können“, erklärte Meixner. Die Industrie entwickle ständig neue Medikamente aus Plasma und neue Anwendungen. Meixner: „Langfristig ist daher mit einer steigenden Nachfrage nach Plasma aus sicherer Aufbringung zu rechnen“.

Bei der Plasmaspende wird dem Spender wie bei der Blutspende eine bestimmte Menge Blut aus einer Armvene entnommen. Im Unterschied zur üblichen Vollblutspende wird hierbei das Plasma schon während der Abnahme von den Blutzellen getrennt. Da der menschliche Organismus alle Bestandteile des gespendeten Plasmas innerhalb von zwei Tagen wieder gebildet hat, kann insgesamt 50 Mal im Jahr Plasma gespendet werden. ■

Supercomputing in Tirol

Österreichweit einzigartiges Konsortium Hochleistungsrechnen
an der LFU – Sechzehn Forschungsgruppen, ein Ziel

Durch die Gründung des Konsortiums Hochleistungsrechnen wurde eine Plattform geschaffen, die der universitären Forschung hilft, in der sehr rechenintensiven internationalen Spitzenforschung wettbewerbsfähig zu bleiben. Neben der dabei geschaffenen Infrastruktur, der erfolgreichen

reich der IT, auch international eine sehr starke Position einzunehmen“, freute sich Komm.-Rat. Peter Rathgeber, Vizepräsident der WK Tirol: „Die Leopold-Franzens-Universität Innsbruck hat sich geöffnet und das wird von der Tiroler Wirtschaft sehr positiv gesehen und gerne angenommen. Die Wirt-

das für Österreich einzigartig ist. Forschende sind eher selten Herdentiere, die zu Gruppenbildung neigen. Gerade deshalb ist ihre Gruppierung ein einzigartiges Konstrukt in Österreich, das hoffentlich Schule macht“, betonte Franz A. Lackinger, Sales Executive Global Education and Research von Sun



v.l. Franz A. Lackinger (Sales Executive Global Education and Research von Sun Microsystems GesmbH), Bgm. Hilde Zach, Prof. Otmar Scherzer (stellv. Leiter des Konsortiums), Prof. Sabine Schindler (Leiterin des Konsortiums, Rektor Manfred Gantner (LFU) und Komm.-Rat. Peter Rathgeber (Vizepräsident der WK Tirol)

Foto: Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Inbetriebnahme des leistungsfähigsten Forschungsrechners in Westösterreich und dem Mehrwert durch intensiven Wissenstransfer soll das Konsortium auch die Anlaufstelle im Bereich Hochleistungsrechnen für den Wirtschaftsraum Tirol werden.

Am 29. Juni wurde das Konsortium Hochleistungsrechnen sowie der schnellste Forschungsrechner Österreichs im ICT-Technologiepark der Öffentlichkeit präsentiert. „Insgesamt wurde für den Hochleistungsrechner in mehreren Tranchen eine Summe von rund 750.000 Euro aufgewendet. Ein großer Dank gilt dabei vor allem dem Bund und im Speziellen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, von dem wir 400.000 Euro für unseren Superrechner lukrieren konnten“, bedankte sich Rektor Gantner. Der Hochleistungsrechner wurde zu Ehren der LFU Innsbruck mit dem Namen LEO I benannt. „Die Landesuniversität Innsbruck hat es geschafft, vor allem mit der Entwicklung und Forschung im Be-

schaftskammer wird jederzeit als Partner und Schnittstelle zur Verfügung stehen.“

Bgm. Hilde Zach ließ in ihren Eröffnungsworten bereits neue Anwendungsgebiete und Einsatzmöglichkeiten des Hochleistungsrechners vor allem für die Stadt Innsbruck durchblicken: „Ich bin von tiefer Ehrfurcht erfüllt in Bezug auf technische Angelegenheiten im Allgemeinen und hier ganz im Speziellen. Immer wieder tauchen vor allem auch in Gesprächen mit alpS, dem Zentrum für Naturgefahrenmanagement, die Bedürfnisse auf Naturkatastrophenszenarien, wie Lawinenabgänge oder Hochwasser zu visualisieren. Hier wäre eine Zusammenarbeit sicher sinnvoll“, betonte Zach und meinte mit einem zwinkernden Auge weiter: „Vielleicht könnte dieser Rechner sogar dafür eingesetzt werden, um unser nächstes Haushaltsbudget zu berechnen, denn das wird auch immer schwieriger.“

„Sie haben mit ihrem Konsortium Hochleistungsrechnen etwas zu Stande gebracht,

Microsystems GesmbH. Sun Microsystems ist der Hersteller des High Performance Computers LEO I.

Spitzenforschung der Gegenwart hat einen gemeinsamen Nenner weltweit: Hochleistungsrechnen. Um die immer komplexeren Fragestellungen der Natur-, Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften beantworten zu können, brauchen Forscher immer leistungsfähigere Rechner und ebenso Verfahren, diese effektiv nutzen zu können. Um Forschungsgruppen an der Leopold-Franzens Universität wettbewerbsfähig zu halten, wurde im Jahre 2003 das Konsortium Hochleistungsrechnen, ein anerkannter Schwerpunkt der Universität, gegründet. Dieses Konsortium besteht mittlerweile aus 16 Instituten und Arbeitsgruppen mit dem gemeinsamen Ziel, Ressourcen für Spitzenforschung effizient zu nutzen, Austausch von „Know-how“ und Synergieeffekte optimal zu fördern, interdisziplinäre Forschung und Lehre voranzutreiben, Drittmittel koordi-

Wissenschaft & Technik

niert einzuwerben und Hilfestellung für die lokale Wirtschaft bei Fragen rund um das Thema Hochleistungsrechnen zu bieten.

Das Herzstück des Konsortiums ist der neue Hochleistungsrechner LEO I. Er ist derzeit der schnellste Forschungsrechner Westösterreichs und wurde von dem weltweit renommierten Unternehmen SUN Microsystems im ICT-Technologiepark, Technikareal der LFU installiert. Die hervorragende Einbindung in die bestehende Infrastruktur und die ständige Wartung des Systems durch den Zentralen Informatikdienst der LFU garantiert eine uneingeschränkte Verfügbarkeit.

Neben Wartung und Ausbau dieser Hochleistungsmaschine ist die „Zusammenarbeit und der Wissenstransfer innerhalb und außerhalb der Forschungsgruppen ein zentraler Aufgabenbereich des Konsortiums“, so die Leiterin Prof. Sabine Schindler, Vorstand des Instituts für Astro- und Teilchenphysik. Darum wurden und werden zahlreiche gemeinsame Seminare und Workshops mit dem Ziel abgehalten, die Methoden der einzelnen Gruppen kennen zu lernen. „Dabei stellt sich immer wieder heraus, dass die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen neue, unerwartete Ergebnisse hervorbringt, die allen Forschungsgruppen zur Verfügung stehen“, erklärt Prof. Otmar Scherzer, stellvertretender Leiter des Konsortiums.

Neben diesen neuen Synergien sucht das Konsortium auch den Kontakt zur lokalen Wirtschaft, die von diesem „Know-How“



Foto: Universität Innsbruck / Wolfgang Kapferer

Da lacht das Herz jeden Computer-Freundes: der Sun-Superrechner

profitieren kann. „Seminare für die IT-Abteilungen der heimischen Wirtschaft, die zum Beispiel Methoden wie paralleles und verteiltes Rechnen – Schlüsseltechnologien im aktuellen Hochleistungsrechnen – zum Inhalt haben, wäre ein guter Startpunkt für künftige Kooperationen“, denkt die Leiterin des Konsortiums Prof. Schindler an.

Alles in allem wurde mit dem Konsortium Hochleistungsrechnen an der Leopold-Franzens- Universität ein wichtiger Bereich der modernen Spitzenforschung erschlossen. Nicht nur die Kontinuität der hohen Qualität Tiroler Forschung steht dabei im Mittelpunkt, sondern auch die Einbindung der lokalen Wirtschaft. Dabei wird das Konsortium als kompetente Anlaufstelle rund um das komplexe Thema Hochleistungsrechnen, mit all seinen Aspekten, zur Verfügung stehen.

Über die Fakultät

Durch die Gründung der Fakultät für Mathematik, Informatik und Physik (MIP) wurden drei Fachbereiche zu einer Organisationseinheit zusammengefasst, die starke Gemeinsamkeiten in Forschung und Lehre aufweisen. Gebündelte, exzellente und zukunftsweisende Forschung in Kombination mit einer attraktiven und zeitgemäßen Ausbildung soll auf breiter und wohl koordinierter Basis vermittelt werden. Internationale und nationale Kontakte zu Wissenschaft und Industrie sollen weiter gefördert werden und einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Positionierung und Öffnung der Universität leisten. ■

<http://www.uibk.ac.at>

Mozarteum gerettet

Die Salzburger Landeshauptfrau und Wissenschaftsreferentin Gabi Burgstaller bezeichnete am 26. 06. die Vertragsunterzeichnung zwischen der Universität Mozarteum Salzburg und dem Land Tirol als eine besonders zukunftsweisende und vernünftige Kooperation: „Ich danke allen Beteiligten, vor allem auch dem Tiroler Landeshauptmann Dr. Herwig van Staa, daß es jetzt zu so einer vernünftigen Kooperationslösung zwischen dem Land Tirol und dem Salzburger Mozarteum gekommen ist. Damit werden Doppelgleisigkeiten vermieden: Das Tiroler Landeskonservatorium bekommt eine Ausbildung, die den EU-Standards entspricht, und auch die Außenstelle des Mozarteums in Innsbruck wird deutlich

aufgewertet.“ Laut Aussendung des Tiroler Landeshauptmannes Herwig van Staa wird ab dem Studienjahr 2006/07 von der Universität Mozarteum Salzburg in Innsbruck zusätzlich zu den Studien Musikerziehung und Instrumentalmusikerziehung ein Instrumental- und Gesangspädagogik-Bachelorstudium – kurz IGP – eingerichtet und in Kooperation mit dem Tiroler Landeskonservatorium durchgeführt. Die bisherige Abteilung des Mozarteums in Innsbruck werde somit zu einem „echten“ Standort aufgewertet.

Das Lehrangebot am Landeskonservatorium Innsbruck umfaßt künstlerische Studienrichtungen, die Lehrgänge für Alpenländische Volksmusik, Blasorchesterleitung,

Elementare Musikerziehung sowie Jazz und Populärmusik. Durch eine ständige Kontrolle der Lehrinhalte und Studienvorschriften auf deren Übereinstimmung mit den Anforderungen der Praxis garantiert das Tiroler Landeskonservatorium eine zeitgemäße Ausbildung.

Der Einigung vorausgegangen waren in den vergangenen Monaten deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Bundesländern Salzburg und Tirol, vor allem wegen der umstrittenen Pläne, Teile des Mozarteums auszugliedern und einer neu zu schaffenden Kunstuniversität/Fakultät in Tirol einzugliedern. Ein Vorhaben, das die Wissenschaftsreferentin Burgstaller entschieden abgelehnt hatte. ■

Erstes Forschungsschaufenster

Staatssekretär Mainoni: »Window To Science« in Salzburg macht auf Forschung aufmerksam – Verkehrstechnologien erster Themenschwerpunkt

Forschung als Faktor für Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit ist in der öffentlichen Diskussion leider nach wie vor unterrepräsentiert. Daher ist es mir ein persönliches Anliegen, Forschung und österreichische Forschungsergebnisse noch besser zu kommunizieren und den Menschen vor allem anschaulich zu präsentieren“, sagte Forschungsstaatssekretär Eduard Mainoni.

Die Landeshauptstadt Salzburg bekam am 11. Juli das erste „Schaufenster zum Thema Forschung und Technologieentwicklung“. Im ehemaligen Museum Carolina Augusteum (gegenüber dem Haus der Natur) werden in einem riesigen Schaufenster Forschungsergebnisse in ansprechender Form präsentiert. Salzburg sei für dieses Schaufenster der perfekte Standort, erklärt Mainoni: „Die Forschungsquote liegt in Salzburg mit 3,1 Prozent deutlich über dem Österreich-Schnitt und die Salzburger Unternehmen lukrieren durch ihre hohe Spezialisierung besonders viele Fördermittel. Mit dem ‚Window To Science‘ starten wir mit insgesamt drei Themenbereichen eine groß angelegte Offensivstrategie.“ Erster Schwerpunkt des Forschungsfensters wird in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), der Autobahnen- und Schnellstraßen-, Finanzierungs- Aktiengesellschaft (ASFINAG) und Kapsch das Thema Verkehrstechnologien.

„Zur Infrastruktur zählt heute mehr als eine Straße und mehrere Verkehrszeichen. Sensible Umweltmeßstationen oder intelligente Überkopfwegweiser gehören zur Standardausrüstung“, sagt der Staatssekretär. „Wir wollen Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen zu den modernsten in Europa machen. Um das zu erreichen, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Verkehrsorganisation zu optimieren und die verfügbaren Verkehrsflächen besser zu nutzen. Bis 2010 nehmen wir fast 400 Millionen Euro in die Hand, um in allen österreichischen Ballungsräumen Verkehrsbeeinflussungsanlagen zu errichten“, fügt ASFINAG-Vorstandsdirektor DI Franz Lückler hinzu.

Der Erfolg von Verkehrsmanagementsystemen ist laut Lückler meßbar: „Die Verkehrsunfälle gehen um bis zu 35 Prozent zurück, die Zahl der Schwerverletzten verringert

sich um bis zu 30 Prozent. Gleichzeitig steigt die Leistungsfähigkeit der Straße um bis zu 15 Prozent. Die erste Verkehrsbeeinflussungsanlage (VBA) in Salzburg wird 2008 in Betrieb gehen.

„Für die Ballungszentren brauchen wir gezielte Lösungskonzepte, um den Verkehrsfluß aufrecht zu erhalten. Dabei muß es jetzt zur Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger kommen, wobei vor allem die dynamische Parkraumbewirtschaftung eine große Rolle spielen wird. Ein Beispiel: P&R(park and ride)-Anlagen müssen bereits die ersten Verteilungsfunktion für den Stadtverkehr übernehmen“, so der Geschäftsführer der Kapsch Telematic Services GmbH Walter Hecke.

Verkehrstechnologie wurde vor allem deswegen als erster Schwerpunkt des „Window To Science“ gewählt, weil jede Salzburgerin und jeder Salzburger tagtäglich damit konfrontiert wird. „Im Verkehr sind die positiven Auswirkungen von Forschungsergebnissen und der Einsatz von neuen Technologien leicht nachvollziehbar und spürbar. Unser Ziel ist es, den Menschen die Augen für Innovationen zu öffnen“, betont Mainoni.

Der Automobil-Sektor konnte in den letzten Jahren Wachstumsraten verbuchen, die weit über dem Durchschnitt der österreichischen Wirtschaft liegen. Derzeit sind in rund 700 Betrieben 175.000 Menschen beschäftigt. Der Umsatz liegt bei jährlich rund 20 Milliarden Euro – Tendenz stark steigend. ■



Verkehrsstadtrat Martin Panosch, Forschungsstaatssekretär Eduard Mainoni und Walter Hecke (GF KAPSCH Telematic Services) bei der Eröffnungsveranstaltung

Fotos: bmvit

Festspielhaus Bregenz glanzvoll wiedereröffnet

Größtes und modernstes Veranstaltungszentrum zwischen München und Zürich wurde von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Landeshauptmann Herbert Sausgruber und vom Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart feierlich wiedereröffnet



Foto: Bregenzer Festspiele / Bruno Klonfar

Das generalsanierte Festspielhaus Bregenz ist am Abend des 7. Juli von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vorarlbergs Landeshauptmann Herbert Sausgruber und vom Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart feierlich wiedereröffnet worden. Das Haus war in den vergangenen zehn Monaten mit einem Aufwand von knapp 40 Millionen Euro komplett neu gestaltet worden. Es ist nun das größte und modernste Veranstaltungszentrum zwischen München und Zürich.

„Baukunst und Technik haben sich hier in faszinierender Weise ergänzt“, sagte der Hausherr, der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart in seiner Eröffnungsrede. „Ich finde es großartig, dass trotz des hohen Zeitdruckes eine perfekte Arbeit ohne Kostenüberschreitung gelungen ist.“ Das neue Festspielhaus sei „ein Paradebeispiel dafür,

wie man ein großes Projekt mit vereinten Kräften erfolgreich umsetzt“.

Daß für die Generalsanierung einschließlich der Vorplatzgestaltung 40 Millionen Euro in die Hand genommen wurden, sei „alles andere als eine Selbstverständlichkeit“. Diese hohe Investition sei aber sowohl mit Blick auf die Bregenzer Festspiele als auch wegen der Bedeutung des Hauses als Veranstaltungszentrum zu rechtfertigen.

Kulturelle Ausstrahlung für die Region

LH Sausgruber würdigte vor allem die Bedeutung der Bregenzer Festspiele. Sie hätten das Kulturleben in Vorarlberg und der gesamten Region in den vergangenen 60 Jahren „maßgeblich mitbestimmt und wesent-

lich bereichert“. „Durch Kooperationen mit anderen Kulturträgern, durch Uraufführungen heimischer Kulturschaffender oder durch programmatische Synergien etwa mit dem Kunsthaus Bregenz profitiert die gesamte Kulturszene“, so Sausgruber.

Die Sanierung und Erweiterung des Festspielhauses sei wichtig gewesen, um gute Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur zu schaffen, betonte der Landeshauptmann: „Die finanziellen Mittel zur Renovierung des Festspielhauses sind aus Sicht des Landes gut angelegt.“

Geschenk zum 60er

Festspiel-Präsident Günter Rhomberg bedankte sich in seiner Rede für „die Unterstützung, welche die Festspiele bei der Durch-

Kultur

setzung dieses Großprojektes von allen Seiten erfahren haben“. Besonderen Dank richtete Rhomberg auch an die Fachleute und Arbeiter bei „diesem gewaltigen Bauvorhaben“.

Es sei „in der knappen Zeit gelungen, dieses Haus mit einem neuen Gewand zu versorgen und seine Innenräume auf den ästhetisch wie technisch höchstmöglichen Standard zu bringen“, sagte Rhomberg. Das Festspielhaus werde „zukünftig in noch verstärktem Maße zu einem Musentempel von einfallsreicher und gediegen zu nennender Architektur wie auch perfekter Funktionalität“. Den Bregenzer Festspielen könne zu ihrem 60jährigen Bestehen in diesem Jahr „nicht mehr abgesprochen werden, zu den großen europäischen Festspielstätten zu gehören“.

Bedeutendes Veranstaltungszentrum

Das Festspielhaus Bregenz war 1979 nach jahrzehntelangen Planungen eröffnet worden. Seither wurden rund 6500 Veranstaltungen mit insgesamt 6,5 Millionen Besuchern abgehalten. Das Haus ist durchschnittlich an 340 Tagen pro Jahr für die Besucher geöffnet.

Bereits 13 Jahre nach der Eröffnung fand 1992 ein Architektenwettbewerb für die Erweiterung des Hauses statt. Das Siegerprojekt des damals noch weitgehend unbekannten Bregenzer Architekturbüros Dietrich|Untertrifaller sah zwei Baustappen vor: Die erste Baustappe, eine Erweiterung um eine Werkstattbühne, Seefoyer und Seegalerie sowie einen quer über das Haus verlaufenden Verwaltungstrakt, wurde 1997 fertiggestellt.

In einer zweiten Baustufe stand dann die Sanierung und leichte Erweiterung des bestehenden Hauses bevor. Funktionale Mängel sollten behoben, der Komfort für die Besucher und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter verbessert werden. Nach mehrjähriger Planung wurde der Bau am Tag nach dem Ende der Bregenzer Festspiele 2005 begonnen.

Modernes Ambiente

Tatsächlich präsentiert sich das Festspielhaus nach der Generalsanierung dem Besucher nun völlig verändert: Statt grauen Betons empfängt nun eine lichtdurchflutete Glasfassade die Gäste. In einem markanten, über den Eingangsbereich auf den Vorplatz auskragenden Bauteil, ist der neue Veranstal-



Foto: Bregenzer Festspiele / Bruno Klotz

Herzstück des Festspielhauses ist der Große Saal, der sich mit einer Wandverkleidung und Parkettböden aus Akazienholz nun modern und edel präsentiert. Neue, rote Stühlen sorgen für verbesserten Sitzkomfort.

tungssaal „propter homines“ untergebracht.

Im Erdgeschoß befindet sich ein neues Bistro, das ganzjährig auch außerhalb von Veranstaltungen geöffnet ist. Auch Ticketcenter und die Garderoben sind nun unmittelbar im Eingangsbereich situiert.

Eine zentrale Treppe führt die Besucher dann gerade ins großzügige Foyer im ersten Stock, das alle Veranstaltungsräume direkt erschließt. Hier entstanden auch neue Multifunktionsflächen, die beispielsweise während der Festspielzeit als Künstlergarderoben und den Rest des Jahres als Veranstaltungsräume nutzbar sind.

Glanzstück Großer Saal

Herzstück des Festspielhauses ist der Große Saal, der sich mit einer Wandverkleidung und Parkettböden aus Akazienholz nun modern und edel präsentiert. Neue, rote Stühlen sorgen für verbesserten Sitzkomfort. Im Ranggeschoß wurde eine fixe Tribüne eingebaut. Sie ersetzt die bisherige Gerüsttribüne, die bei Bedarf aufgebaut und bestuhlt wurde. Verlängerte Nachhallzeiten sorgen für eine bessere Akustik.

Im ganzen Haus sorgt eine leistungsfähige Klimaanlage auch im Hochsommer für angenehme Temperaturen. Auch bei Bühnentechnik, Licht- und Tonanlage gab es eine Vielzahl von Verbesserungen. Insgesamt floß

rund die Hälfte des Sanierungsbudgets in die Technik des Hauses.

Zum See hin entstand eine neue Festspiel-Lounge, die überdachte Sitzplätze für Veranstaltungen auf der Seebühne bietet. Seeregie und Beleuchtungseinrichtungen, bisher teilweise in Wellblechcontainern auf dem Dach, sind nun im Gebäude untergebracht.

Der gesamte Altbestand des Festspielhauses wurde auch energetisch saniert: Die neue Dämmung reduziert die Wärmeverluste an den Außenmauern des Bühnenturms auf ein Drittel, beim Dach um die Hälfte. Die Klimaanlage ist mit einer Wärmerückgewinnung ausgestattet, die Heizung auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Obwohl sich die Nutzfläche um rund 2300 Quadratmeter vergrößert hat, bleibt der Energieverbrauch konstant.

Kostenteilung

35 Millionen Euro Baukosten tragen Republik Österreich (40 %), Land Vorarlberg (35 %) und der Bauherr, die Landeshauptstadt Bregenz (25 %). Sie profitiert aber von besonderen Bedarfszuweisungen des Landes für den Bau. Den Rest auf die Bausumme von höchstens 40 Millionen Euro bringen die Bregenzer Festspiele über Fundraising-Maßnahmen auf. ■

<http://www.bregenzerfestspiele.com>

Haus für Mozart wurde eröffnet

Mit zwei Pre-Opening-Konzerten für Förderer und Spender wurde in Salzburg das neue Haus für Mozart erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht



Alle Fotos: Salzburger Festspiele / Karl Forster

Festspielintendant Peter Ruzicka musizierte mit der Camerata Salzburg zu diesem Anlaß ein reines Mozart-Programm: Am Anfang erklangen Ausschnitte aus „La clemenza di Tito“; Vesselina Kasarova interpretierte dabei die beiden Arien des Sesto. Der Pianist Till Fellner spielte anschließend Mozarts letztes Klavierkonzert in B-Dur KV 595, und im zweiten Teil des Konzerts erklang die späte Es-Dur-Symphonie KV 543.

Am Wochenende darauf, am 25. Juni, waren alle Salzburger und die Gäste der Stadt zu einem Tag der offenen Tür geladen, um das neue Haus und auch die renovierte Felsenreitschule in Augenschein zu nehmen. In allen Sälen und den Foyers wurde ein umfangreiches künstlerisches Programm geboten. Und auch die offizielle Weihe des Hauses erfolgte in diesem Rahmen.

Der Bau des Hauses für Mozart ist termingerecht zu den Eröffnungsfeierlichkeiten fertiggestellt worden. Im Mittelpunkt stand

der Neubau des Zuschauerbereiches: Das Auditorium wurde gegenüber dem Vorläufersaal des Kleinen Festspielhauses um mehr als zehn Meter verkürzt und das Fundament des Hauses um insgesamt vier Meter tiefergelegt. Dadurch konnte ein zweiter Rang eingezogen und die Zahl der Sitzplätze um 250 erhöht werden: Bei Opernaufführungen im Haus für Mozart finden künftig 1.571 Besucher Platz (1.494 Sitz- und 77 Stehplätze), bei Konzerten in kleiner Orchesterbesetzung, Kammermusik oder Solorecitals bietet das Auditorium sogar Raum für 70 Gäste mehr. Die Saalbreite wurde erweitert und beträgt jetzt 20,5 Meter, die Saallänge 23,4 Meter, und die Raumhöhe über dem Bühnenniveau bemißt sich auf 18,9 Meter.

Die Architektur wurde von der Planungsgemeinschaft „Haus für Mozart“ Holzbauer & Irresberger / Hermann & Valentiny et Associés entworfen. Holzbauer und Valentiny entstammen der Schule von Clemens Holz-

meister, der die bisherigen Festspielhäuser geschaffen hatte: Wilhelm Holzbauer ist Holzmeisters Schüler, François Valentiny wiederum studierte bei Holzbauer. Die Akustik des Projekts verantwortet Karlheinz Müller. Zentrale Vorgabe für das Team war es, die Sichtverhältnisse zu optimieren und die Akustik speziell auf die Aufführung von Mozart-Opern zuzuschneiden. Die Längen-, Höhen- und Breitenverhältnisse des Zuschauersaals wurden auf die akustischen Erfordernisse angepaßt, die Wandoberflächen mit einer speziellen Putzmischung so bearbeitet, daß die Musik von Mozart zu idealer akustischer Geltung gelangen kann. Mit einer traditionellen Maltechnik wurde an den Wänden die Optik des Adneter Marmors nachempfunden.

Wesentlich verändert gegenüber dem früheren Kleinen Festspielhaus haben sich auch die Foyerbereiche. Durch hohe, stockwerkübergreifende Fenster öffnet sich im Haupt-

Kultur

foyer der Blick zum Stadtbild hin – im Gegenzug wirkt abends der hell beleuchtete Innenraum des Theaters nach außen. Wesentlich geprägt wird das Hauptfoyer durch eine 17 Meter hohe vergoldete Lamellenwand, durch deren Öffnung ein aus Swarovski-Kristallen geschaffener Mozartkopf zu sehen ist. Die dem Saalbau vorgelagerte Terrasse war seit ihrer Errichtung im Jahr 1924 niemals für das Publikum zugänglich: Mit dem Neubau ist sie nun Teil der Pausenfoyers geworden. Die darunter liegende Arkade wurde verglast und ermöglicht eine Öffnung des Auditoriums von zwei Seiten statt wie bisher nur von einer. Damit kann man erstmals direkt aus dem Festspielhaus in die prächtige Stadtlandschaft treten.

Zu einem großen Anziehungspunkt dürfte die neue Festspiellounge auf dem Dach avancieren, die SalzburgKulisse: Schon der Name deutet die prachtvolle Aussicht an, die sich dort auf die Salzburger Altstadt und in das Salzbachtal bietet. Die Ausstattung dieser Lounge besteht aus mit Birnbaumholz verkleideten Wänden, die Gobelins in den Nischen stammen von Anton Kolig, einem Zeitgenossen Anton Faistauers.

Zu einem Juwel des neuen Hauses ist das Faistauer-Foyer geworden: Die berühmten Fresken dieses Raumes, die der Salzburger Maler Anton Faistauer 1926 geschaffen hat, wurden nach dem Einmarsch der Nazis entfernt, teilweise auch mutwillig zerstört, und konnten erst 1956 wieder angebracht werden. Zur Eröffnung des Hauses für Mozart wurden sie grundlegend restauriert und der Raum überdies architektonisch in seine historische Gestalt zurückgeführt.

Bei der Außenfassade ist das Holzmeistersche Ensemble aus den Jahren 1924/37 in seinen Proportionen erhalten geblieben. Bestimmt wird der optische Eindruck der Fassade von den repräsentativen Saalausgängen zur Terrasse, die der Bildhauer Josef Zenzmaier gestaltet hat: Er schuf große Bronzereliefs, die oberhalb der Portale angebracht wurden und Szenen aus Mozarts „Le nozze di Figaro“, „Don Giovanni“ und „Die Zauberflöte“ zum Gegenstand haben. Die Steinmasken von Jakob Adlhart stehen jetzt gut sichtbar vor dem Entrée des Hauses: unter dem neuen, mit Blattgold ausgelegten und weit ausragenden Betondach. Im gesamten Haus kontrastieren grob gespritzte Betonoberflächen mit feinem Blattgold und erzeugen eine ästhetische Spannung.

Die Bausumme, die als Basis veranschlagt worden war, betrug 29,07 Mio. Euro. Die Festspiele mußten 8,7 Mio. Euro von dieser



Summe selbst beisteuern. Unter den Spendern und Mäzenen wäre voran Donald Kahn zu nennen, der mehr als 4,3 Mio. Euro als „Matching Gift“ stiftete. Rund 700.000 Euro wurden aus der Aktion „Mein Salzburger Festspielsitz“ lukriert, die auch nach der Eröffnung des Hauses noch weiterlaufen wird. Weitere namhafte Beträge kamen durch die Öffnung von Generalproben als Benefizveranstaltungen und durch die Zuwendungen

der insgesamt über 2000 Spender aus aller Welt zusammen. Überdies konnten zusätzliche Projekte verwirklicht werden: Gerhard Andlinger finanzierte mit 1,8 Mio. Euro die Errichtung der SalzburgKulisse, Herbert Batliner spendete mehr als eine halbe Mio. Euro für die Restaurierung der Faistauer-Fresken, Swarovski sponserte mit 800.000 Euro die goldene Foyerwand. Und auch die Felsenreitschule wurde für 2,9 Mio. Euro saniert: durch die Neugestaltung des Auditoriums ab der 10. Reihe und den Einbau einer Klimaanlage. Insgesamt ist es Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler gelungen, 13,9 Mio. Euro zu akquirieren.

„Die Spendenkampagne, die wir für das Haus für Mozart durchgeführt haben, ist die größte, die jemals bei den Salzburger Festspielen stattgefunden hat“, resümiert Helga Rabl-Stadler das Ergebnis der Aktion. „Ich bin allen, die uns geholfen haben, zutiefst dankbar. Viele Partner aus Wirtschaft und Politik, die uns unterstützten, sind zu echten Freunden geworden. Auch die Treue unserer Besucher kann überhaupt nicht genug gewürdigt werden.“ Als Zeit der Ernte und grossen Tag für die Festspiele bezeichnet sie die Eröffnungsfeierlichkeiten: „In diesem Sommer wollen wir das Haus für Mozart zunächst einmal ohne Kunst am Bau auf uns wirken lassen. Danach wollen wir gemeinsam mit Experten entscheiden, welche Kunstwerke angekauft werden. Dabei werden wir auch eine Umgestaltung des Vorplatzes und des Furtwänglergartens berücksichtigen. Donald Kahn hat uns für diese Maßnahmen bereits neuerlich seine Hilfe zugesagt.“ ■

<http://www.salzburgfestival.at>

Josef Plečnik

Architekt in Laibach, Wien und Prag (1872–1957) – »Architektur im Ringturm«
zeigt sein Schaffen von 28. Juni bis 8. September 2006

Josef Plečnik realisierte in einer eigenständigen Architektursprache, die vor allem in klassisch-antiken Vorbildern ihre Referenzen suchte, an seinen drei Hauptwirkungsstätten Wien, Prag und Laibach sein bis heute herausragendes Werk. „Architektur im Ringturm“ präsentiert das Schaffen des international hoch geschätzten slowenischen Architekten, das sich stilmäßig einer üblichen Einordnung in die Architekturentwicklung des 20. Jahrhunderts entzieht.

Mit Wien verband Josef (Joze) Plečnik (1872 – 1957) zuerst die durch seinen Grazer Lehrer Theyer vermittelte Arbeit in der Möbelfabrik Müller, wo als Zeichner und Werkmeister oft auch selbständige Entwürfe im Stil des Historismus entstanden. Mit seinen außergewöhnlichen Zeichnungen bewarb er sich bei Otto Wagner an der Akademie der bildenden Künste zum Architekturstudium, das er mit dem Rompreis 1888 (einjähriges staatliches Reisestipendium) abschloß.

Nach der Rückkehr von der Reise arbeitet er fast ein Jahr lang im Atelier Otto Wagners. In dieser Zeit entstanden die unverwechselbar gestalteten Dekors und Stationen für die Stadtbahn (u.a. Gumpendorferstraße, Rossauerlande). Aus seiner ersten freischaffenden Periode zwischen 1900 und 1911 in Wien, sind das Zacherl-Haus, ein Firmengebäude mit sehr eleganten Formen und ausgestaltet mit Marmor und Stahlstiften (1903–1905, Bauernmarkt, Innere Stadt) und die Heilig-Geist-Kirche mit ihrer berühmten Krypta (1910–13, Herbststraße, Wien-Ottakring) die international bekanntesten Werke.

Ersteres ist als größte Bauaufgabe des Fabrikanten Zacherl, (neben der eigenen Villa und Einrichtungen für Familienmitglieder) als Büro- und Wohnhaus entstanden und besticht durch hervorragende Ausführungsdetails, die bis heute nahezu ohne wesentliche Renovierungsarbeiten erhalten sind. Mit der plastischen Fassade in Granitstein und dem einzigartigen bronzenen Figurenschmuck (Bildhauer Engelhardt) ist es auch eines der wenigen großmaßstäblichen Bauwerke des späten Jugendstils in der Wiener Innenstadt.

Die Heilig-Geist-Kirche stellt durch die Ausführung in Stahlbeton, der hochwertig

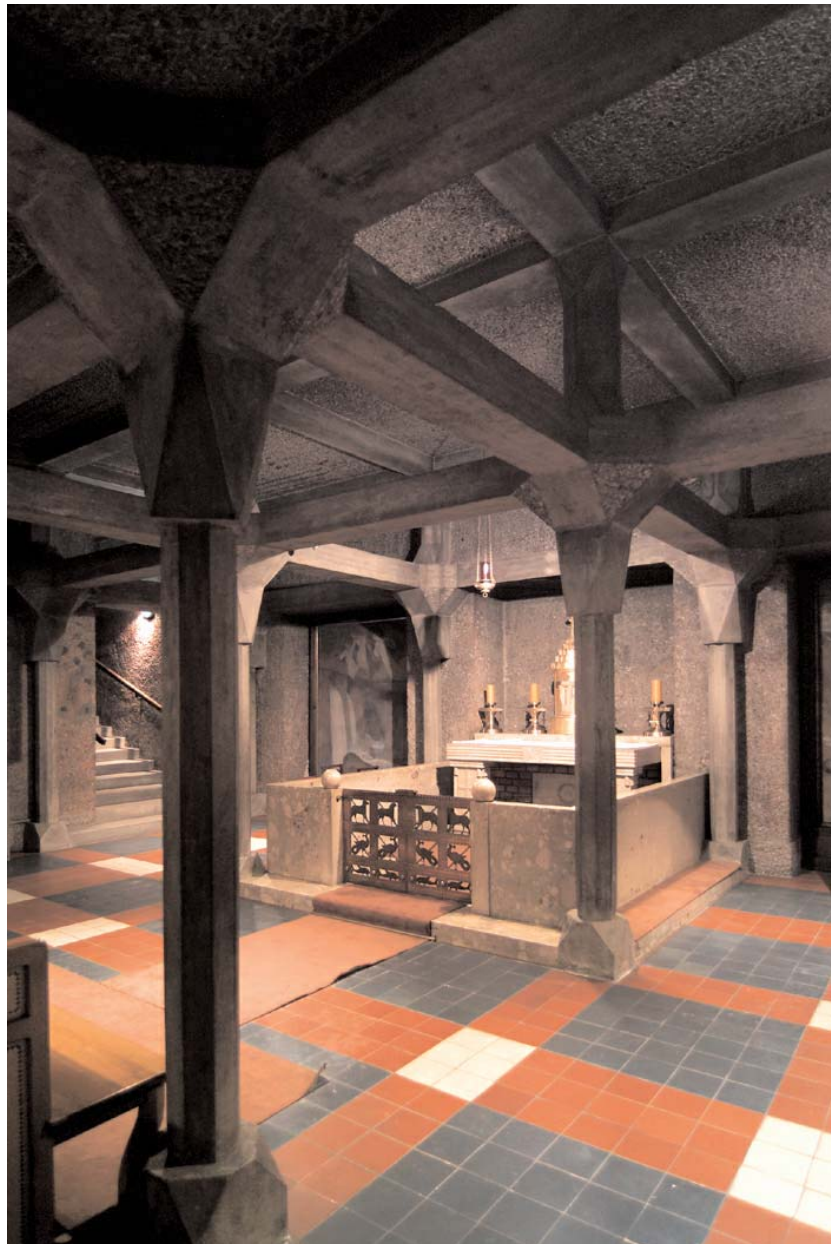


Foto: Damjan Prelovsek, Laibach/Ljubljana

Krypta der Heilig-Geist-Kirche, Wien 16, Herbststraße, 1910-13

händisch bearbeitet, aber doch sichtbar belassen wurde, eines der frühesten Beispiele in dem damals neuen Baumaterial dar. Berühmt ist die Krypta, die Plečnik in einem ausgeklügelten Stahlbetonskelett errichtete.

Von Bedeutung sind weiters der Karl-

Borromäus-Brunnen in Wien-Landstraße (1906–09), das Miethaus Langer an der Rechten Wienzeile (1901–02) sowie die Villa Langer mit ihrer Jugendstil-Putzfassade (1900–01) und das Haus Weidmann in Wien-Hietzing (1902). Ein weiteres sehr frühes

Kultur

Werk, die Villa für den Notar Loos, befindet sich in Melk an der Donau (1901).

1911 kam Plečnik auf Vermittlung seines Freundes Jan Kotera – ebenso ein Wagner-schüler – nach Prag als Professor an die Kunstgewerbeschule. 1929 beauftragt ihn der tschechoslowakische Präsident Tomas Masaryk, die Prager Burg zum Symbol des neuen Staates zu adaptieren. Diese Aufgabe – als sein Hauptwerk in Prag – beschäftigte ihn 15 Jahre.

Vermutlich gab es niemanden anderen im zentraleuropäischen Raum, der so präzise die Symbolik der mythologischen Bedeutung von Wiedergeburt und Geschichte verstand, der dank seiner handwerklichen Kenntnis die neuen Materialien perfekt in die steinalte Substanz einfügen konnte und der auf die Aura des Burgviertels und der Kleinseite – vielfach von italienischen Bau-meistern geschaffen – mit einer mediterranen Kontemplativität antworten konnte.

Plečnik ist der einzige nicht-tschechische Architekt, der nach 1918 eine national sensible Bauaufgabe übernahm und mit der Herz Jesu-Kirche in den Weinbergen (1928-32) einen der bedeutendsten Sakralbauten des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa errichtete. Der moderne Geist Plečniks offenbart sich dem Besucher im Inneren: über eine Rampe im Corbusierschen Geiste erklimmt man den Kirchturm und blickt durch das gläserne Ziffernblatt über die Altstadt Prags hinweg auf die Burg und das Werk Plečniks.

Von 1921 bis 1956 wirkte er an der Universität seiner Heimatstadt Ljubljana (Laibach) als Lehrer für Architekturentwurf. Parallel dazu baute er seine Tätigkeit als Architekt im Lande. Mit dem damaligen Stadtbaumeister Prelovšek realisierte er viele bedeutende Projekte, die das Stadtbild Laibachs bis heute prägen.

Zu den bekanntesten Arbeiten Plečniks zählen hier die Universitätsbibliothek mit der eindrucksvollen Fassade und einem stimmungsvollen Lesesaal (1936-41), die Markthallen und Ufergestaltungen entlang der Ljublianica (1940-42), Dreibrücken (1930-32), Balustraden und Stege (Schuhmacherbrücke, 1931-32), das „Bügeleisengebäude“ (1932-34), das Haus Prelovšek (1931-33), Gestaltungs- bzw. Regulierungsaufgaben für Naturräume und Parks (Kongressplatz, Flußlauf der Ljublianica, Tivoli-Park, Schanzenbastei am Burghügel) sowie der Friedhof in Zale mit seinen vielen Kapellen und dem Betriebsgebäude (1938-40).

Seine Werke im sakralen Bereich sind jedoch noch bedeutender: die Franziskus-



▲ Herz-Jesu-Kirche Prag, 1928-32

▼ Universitätsbibliothek, Laibach, 1936-41



Fotos: Damjan Prelovšek, Laibach/Ljubljana

Kirche in Laibach (1925-28), die Auferstehungskirche in Bogojina, die Kirche zum Hl. Antonius in Belgrad (1929-32) haben alle eine einzigartige Atmosphäre, die u. a. durch die tiefe eigene Religiosität Plečniks geprägt ist. Die St. Michaels-Kirche in Barje bei Laibach zählt zu seinen interessantesten sakralen Arbeiten. Plečnik verbindet bei diesem Werk aus Holz und Stein in genialer Weise klassisch-sakrale mit lokaler Bautradition. Das Äußere ähnelt lokalen bäuerlichen Zweckgebäuden, die Innenausstattung erinnert in Farbgebung, Materialwahl und Details an traditionelle slowenische Architektur.

Plečniks Arbeit ist heute international hoch geschätzt; bis zur ersten großen Werkschau in Paris (Centre Georges Pompidou,

1986) war seine Arbeit allerdings international wenig bis gar nicht bekannt; dies rührt vermutlich von der schwer kategorisierbaren Architektursprache, die sich jeder stilistischen Zuordnung entzieht. Aber gerade das macht den Reiz für den Kenner aus.

Die Ausstellung

Plečniks Werke werden auf Bildtafeln, gegliedert in seine drei Hauptwirkungsstätten Wien, Prag, Laibach in zahlreichen Abbildungen (über 250) dargestellt. Originale Zeichnungen, Pläne, Publikationen und eine Reihe originaler Möbel runden das Bild seiner vielfältigen Arbeit ab.

■ <http://www.wienerstaedtische.at/kunstundkultur>

Der Graf von Luxemburg

Die Seefestspiele Mörbisch unter Intendant Harald Serafin laden im 49. Jahr ihres Bestehens zur Uraufführung der beschwingten Operette von Franz Lehár



Alle Fotos: Seefestspiele Mörbisch / lichtstark.com

Bei der Uraufführung im Theater an der Wien wurde „Der Graf von Luxemburg“ mit stürmischem Beifall aufgenommen und nahm nach über 300 Vorstellungen en suite seinen Siegeslauf um die Welt. Franz Lehár schuf eine effektvolle Partitur, schillernd zwischen lyrischen und stürmischen Musiknummern und hinreißende Ensembleszenen, deren Bühnenwirksamkeit bis heute ungebrochen ist und für dessen Inszenierung es keinen besseren Ort als die Seebühne Mörbisch gibt.

Melodien wie der Walzer „Lieber Freund, man greift nicht nach den Sternen“ und „Bist Du’s, lachendes Glück“ oder das Lied vom „Mädel klein, Mädel fein“ u. a. wurden zu Evergreens der klassischen Operette, die auch 97 Jahre nach der Uraufführung nichts von ihrem Reiz eingebüßt haben.

Intendant Prof. Harald Serafin ist es gelungen, den langjährigen Intendanten des

Klagenfurter Stadttheaters, Dietmar Pflegerl, erstmals für eine Inszenierung in Mörbisch zu gewinnen.

Der Inhalt

Paris um die Jahrhundertwende – eine heitere Gesellschaft von Malern und Künstlern unterhält sich über die berühmte Sängerin Angèle Didier und ihren Gönner, Fürst Basil Basilowitsch. Hinter vorgehaltener Hand wird von einer bevorstehenden Hochzeit gesprochen, doch dieser Heirat steht die bürgerliche Herkunft der Sängerin im Wege. Der Fürst läßt sich dadurch nicht beirren und plant für seine Geliebte eine Scheinehe zwischen ihr und dem Grafen von Luxemburg, René. Angèle läßt sich mit der Aussicht auf einen Adelstitel auf diesen Vorschlag ein und den verarmten René kann der Fürst mit 500.000 Francs locken.

Getrennt durch eine Staffelei geben sich die beiden das Ja-Wort und halten sich an die von Basil Basilowitsch gestellte Bedingung sich während dieser Scheinehe nie zu sehen. Doch das Schicksal will es, daß René Angèle bei ihrer letzten Vorstellung sieht und sich sofort in sie verliebt. Ohne zu wissen wer sie ist umwirbt er sie und läßt ihr Herz höher schlagen. Basil will diesem Werben ein Ende setzen und gibt seine Verlobung mit Angèle bekannt.

Am nächsten Morgen treffen sich die beiden Liebenden wieder und dieses Mal ist die Liebe und die Leidenschaft stärker als die Vernunft...

Ab 2. 9. Carmina Burana

Es ist keine gewöhnliche „Carmina Burana“, die im September auf der Seebühne in Mörbisch auf dem Programm steht. Viel

Kultur



mehr möchte man mit der Aufführung dieses überaus bekannten Werkes von Carl Orff am 2. September 2006 eine völlig neue Dimension erschließen. Das Einmalige und Neuartige an dieser Produktion ist das erstmalige Zusammenwirken von drei Ensembles aus drei benachbarten Ländern.

Für den Instrumentalteil wird das „Kammerorchester Joseph Haydn“ aus Eisenstadt verantwortlich sein, das bereits mehrere Male Gelegenheit hatte, „Carmina Burana“ mit großem Erfolg unter der musikalischen Leitung von Wolfgang Lentsch aufzuführen.

Der „Slowakische Philharmonische Chor“ wurde 1946 gegründet und ist mittlerweile in den Bund der Klangkörper der Slowakischen Philharmonie eingegliedert. Dieser Chor ist bereits von mehreren, weltbekannten Dirigenten geleitet worden und hat in nahezu allen europäischen Ländern sämtliche großen Chor-/Orchesterwerke aufgeführt, darunter natürlich auch „Carmina Burana“.

Für eine attraktive, optische Umsetzung des Werkes auf der großen Seebühne wird das „Györier Ballett“ sorgen. Dieses im Jahr 1979 gegründete Ensemble glänzte nicht nur mit Auftritten in allen Donauländern, sondern gastierte auch in Asien und Übersee mit großem Erfolg.

Die Herausforderung an diesem Projekt beschreibt der künstlerische Verantwortliche, Milorad S. Samardzija, wie folgt: „In einem einzigen, fulminanten Musikwerk können drei verschiedene Ländergruppen, drei verschiedene Sprachgruppen, drei verschiedene Mentalitäten auf einer Ebene zusammengebracht werden. Abgesehen davon, daß es den Mitgliedern der Ensembles erstmals möglich wird,

zusammenzuarbeiten und einander kennenlernen, wird bei einem derartigen Projekt für die Zuseher und Zuhörer ein bisher noch nicht da gewesenes kulturelles, künstlerisches und menschliches Erleben möglich.“

Um den enormen Aufwand zu rechtfertigen, wird das Werk in der Slowakei, Ungarn und als Premiere in Mörbisch aufgeführt. ■

<http://www.seefestspiele-moerbisch.at>



Harald Serafin (Fürst Basil Basilowitsch), Johannes Beck (Pèlègrin), Stephan Paryla (Sergej Mentschikoff), Michael Suttner (Rene Graf von Luxemburg) v.l.n.r.

Macht, mach Platz!

WUK erinnert mit Foto-Schau an alternative Wiener Szene

An deutlich wildere Zeiten erinnert die von Christian Schreibmüller kuratierte Foto-Schau „Macht, mach Platz!“, die im WUK-Projektraum von 10. Juli bis Mitte August zu sehen ist. Inhalt der umfangreichen Foto-Ausstellung – in etwas anderer Zusammensetzung war sie 1983 in der Wiener Secession zu sehen – sind die diversen linken, anarchistischen, freidenkerischen und alternativen Szenen Wiens in den Jahren 1972 bis 1982. Was heute auf den ersten Blick als bereits abgelegte Stadt-Geschichte erscheint – wer erinnert sich noch an die wilde Gassergasse („GAGA“) oder an die schlußendlich mit Polizeieinsatz gestürmte Aegidigasse? –, ist teilweise bis auf den heutigen Tag höchst aktuell: Ohne die Wiener Szene gäbe es kein WUK (gegründet: Oktober 1981, heuer 25-Jahre-Jubiläum), keine „Arena“, die erst kürzlich ihr 30-Jahr-Jubiläum gefeiert hat, kein „Amerlingbeisel“ oder keine „HOSI“. Für Interessierte bringt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Wienzeile“ mit dem Titel „Aufbegehren“, die am 10. Juli vorgestellt wurde, einen guten Überblick über die damaligen Jahre.

Junge Punk-Bewegung mit künstlerischem Esprit

Schreibmüller, der, neben seiner Tätigkeit als Filmemacher, bis heute in der gewandelten Wiener Alternativ-Szene künstlerisch und journalistisch zu Hause ist, spielte damals in der seinerzeit sehr experimentierfreudigen „Wiener Szene“ eine tragende Rolle: Zuletzt als Obmann der Gassergasse, zuvor als Betreiber der dortigen Fotogruppe. Seines Erachtens unterschied sich die im Frühjahr 1981 gegründete Szene der Gassergasse in Margareten vom WUK im Alsergrund durch ihre „größere Wildheit“, nicht zuletzt entfacht durch die dortige relativ junge Punk-Szene. „Das waren 17- und 18jährige Bur-schen und Mädchen, die teilweise auch künstlerisch wirklich sehr wach waren“, erzählt Schreibmüller im Gespräch mit der rathaus korrespondenz. Eine wesentliche Rolle für die Etablierung der „Wiener Szene“, die in realiter in durchwegs heterogene Gruppierungen, etwa in Friedensaktivisten, Rocker oder Punks, aber auch Schwule und Lesben



Wiens Punk-Kultur war auch künstlerisch sehr aktiv

Foto: Christian Schreibmüller

zerfiel, spielten künstlerisch auch die seinerzeitigen „Wiener Festwochen Alternativ“, die, verortet im ehemaligen 20er-Haus beim Südbahnhof, wichtige lokale Impulse für diese europaweit sich etablierende Sub- und Underground-Kultur setzte.

Wiens Underground hinterließ Spuren im Bildungsbereich

Wie sehr Anfang der 80er Jahre seitens der „GAGAisten“ auch Neuland betreten wurde, zeigt etwa die damalige Gründung erster alternativer Schulformen auf dem Gelände der „GAGA“, wie auch das Hereinholen von Schwulengruppen, die aber aufgrund heftiger Spannungen mit den ebenfalls dort lebenden Rockern, bald in die über Verhandlungsweg mit der Stadt Wien bereitgestellte „Rosa Lila Villa“ übersiedelten bzw. diese öffentlichkeitswirksam „besetzten“. Wesentliche Bedeutung für ein relatives Zusammenwachsen der verschiedenen Grup-

pierungen mißt Schreibmüller dem Winter 1984, sprich der Hainburger Au-Besetzung, bei, da man hier, bei klirrender Kälte und Polizei-Einsätzen, untereinander erstmals kooperieren mußte.

So gesehen erzählt „Macht, mach Platz!“ auch vom Wandel des Umganges staatlicher Macht mit alternativen Lebenskulturen. Zuerst im damals wirklich oft noch langweiligen und grauen Straßengeviert Wiens, später in der winterlichen Au, wo der berühmte, damals seitens der Bundesregierung ausgesprochene „Weihnachtsfriede“ nachhaltige Spuren hinterließ.

Vortragsreihe im Herbst über »Wiener Szene«

Jenseits des Dokumentarischen der Foto-Schau ist für Herbst eine alternative Vorlesungsrunde geplant, die in vier Abende verschiedene Aspekte der alternativen/Anarcho/Punk-Kultur Wiens beleuchten wird. ■

<http://www.wuk.at/>

Zum 100. Geburtstag von Anton Karas

Eine Gedenktafel erinnert seit an der Ecke Marchfeldstraße/Leystraße in der Wiener Brigittenau an den weltberühmten Zitherspieler, dessen Geburtstag sich am 7. Juli zum 100. Mal jährte

Der Musiker Anton Karas, der mit seinem Harry Lime-Thema im Film „Der dritte Mann“ weltberühmt wurde, hat im Haus Leystraße 46 in der Wiener Brigittenau seine Kindheit und Jugend verbracht. Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, der gemeinsam mit Bezirksvorsteher Karl Lacina die Enthüllung einer Gedenktafel in Anwesenheit von Nachkommen des großen Musikers vornahm, sagte, damit werde ein Stück Wiener Kultur in Erinnerung gerufen. Karas habe mit seinem Welterfolg, der durch Generationen bis heute anhält, Wiener Lebensgefühl über den Globus verbreitet. Bezirksvorsteher Lacina erinnerte an die Jugend von Karas als Brigittenauer Vorstadtkind. Im Herbst wird Anton Karas vom 13. September bis 3. November mit einer Ausstellung in der Gebietsbetreuung Brigittenau gewürdigt.

Anton Karas wurde am 7. Juli 1906 in Wien geboren. Schon als Kind begeisterte er sich für Musik, besonders faszinierte ihn das Orgelspiel in der Kirche. Sein größter Wunsch war, Theaterkapellmeister zu werden. Die bescheidenen finanziellen Verhältnisse erlaubten jedoch „nur“ das Erlernen des Zitherspiels. Die Zither findet er auf dem Dachboden der Großmutter, Anton war damals 12 Jahre alt.

Von 1920 bis 1924 nimmt er Abendkurse an der Pollux-Musikschule in Wien, während er tagsüber als Werkzeugschlosser-Lehrling arbeitet. Mit 17 Jahren wird er Berufsmusiker und spielt bei den Heurigen in Wien Sievering auf. von 1924 bis 1928 studiert er Harmonielehre an der Musikakademie in Wien bei Prof. Spiel. Während dieser Zeit gibt er auch Konzerte gemeinsam mit dem damals sehr bekannten Zitherspieler Adolf Schnee, der besonders in den adeligen Kreisen des Hauses Habsburg beliebt war.

Im Jahr 1948 begegnet Anton Karas dem englischen Filmregisseur Carol Reed und dieses Treffen verändert sein ganzes Leben. Er komponiert und spielt die Filmmusik zu „Der Dritte Mann“ und aus dem Heurigenmusikanten wird mit einem Schlag der Welt berühmtester Zitherspieler.



v.l.n.r.: BV Karl Lacina, Peter Payer, GR Elfriede Strobl, Karas-Enkel, StR. Andreas Mailath-Pokorny und Karas-Tochter
Foto: Pressefoto Votava

Eine Tournee jagt die andere, er spielt in den meisten westlichen Ländern Europas, den USA, Kanada, Argentinien, Japan, Hongkong, Südafrika, Australien.

Höhepunkte waren sicherlich ein Empfang bei der englischen Königin, sowie Einladungen an den holländischen königlichen Hof, von Premierminister Churchill (1949) und eine Privataudienz bei Papst Pius VII.

Seit er als kleiner Musikanter bei den Wiener Heurigen aufgespielt hat, träumt er von einem eigenen Lokal, nun hat er die Mittel sich seinen Traum zu erfüllen. Er eröffnet 1953 im 19. Wiener Gemeindebezirk die Weinschenke „Zum Dritten Mann“. Sein Publikum ist prominent und international.

Nach 12 Jahren zieht er sich zurück und beschränkt sich auf Fernsehauftritte, Eröffnungen und Konzerte zu besonderen Anlässen. 1976 ehrt ihn die Stadt Wien mit dem Goldenen Verdienstzeichen.

Die berühmte Zither erklang 1985 ein letztes Mal, bei der Beisetzung von Anton Karas auf dem Sieveringer Friedhof – heute eine Pilgerstätte für Fans aus aller Welt.

In der Nähe des Wiener Naschmarkts widmet sich ein Privatumuseum ganz dem 1948 in Wien gedrehten Film: Historische Filmplakate, Filmausgangsfotos, Kinoprogramme, Ton- und Filmaufnahmen, Schellacks, Schallplatten, CDs, DVDs, VHS-Cassetten, Laserdiscs, Filme sowie Originale aus der ganzen Welt zeichnen den Alltag im Nachkriegs-Wien nach.

Erstausgaben von Graham Greenes Romanvorlage zu dem Film sind ebenso zu bestaunen wie ein funktionstüchtiger Kinoprojektor aus 1936. Auf solchen Projektoren wurde 1950 „Der Dritte Mann“ erstmals vorgeführt. Dazu erinnern Autogrammkarten, Notenblätter und Kinderzithern an Anton Karas. Seine auf der Zither gespielte Titelmelodie des Films ging um die Welt und löste in den 1950er-Jahren einen regelrechten Zitherboom aus. Zu hören ist Karas von einer Schellack aus einem historischen Musikschrank. In der Lesecke kann man Zeitungsartikel von anno dazumal über den Film nachlesen. ■

<http://www.antonkaras.at>

<http://www.derdrittemann.at>

Die Archive der Volksliedwerke

Das Zentralarchiv des Österreichischen Volksliedwerkes und die Archive der Volksliedwerke in den Bundesländern verdanken ihre Entstehung einer Aufforderung durch das Ministerium für Kultus und Unterricht von 1904.

Das „Ministerium für Kultus und Unterricht“ forderte 1904, daß alle Nationallieder und -tänze mit ihren Melodien in Österreich und den damaligen Kronländern aufgezeichnet und dokumentiert werden sollten.

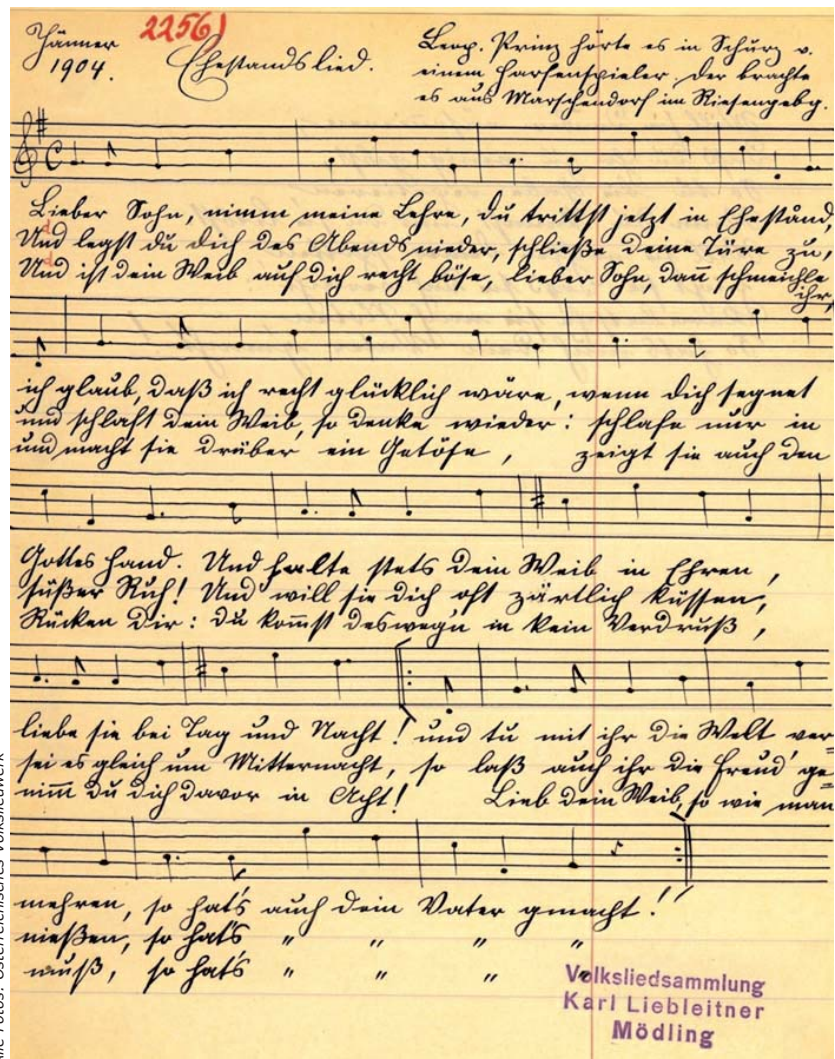
Nach dem 1. Weltkrieg gingen die bereits umfangreichen Bestände der Arbeitsausschüsse der Kronländer zum größten Teil in Archive der Nachfolgestaaten der Monarchie über. In den Landeshauptstädten der Republik Österreich kommt es zur Errichtung von Volksliedarchiven, die seit damals vorwiegend regionalspezifisch sammeln. Im 2. Weltkrieg kamen viele Archivbestände zu Schaden. Trotz jahrzehntelanger ausschließlich ehrenamtlicher Tätigkeit wurden dennoch die Bestände gesichert und dank einer unverminderten Sammel- und Forschungstätigkeit ständig erweitert.

1955-1994

Das Zentralarchiv des Österreichischen Volksliedwerkes wurde 1955 mit der Aufgabe gegründet, regional übergreifende Projekte zu betreuen, Kopien aus den Volksliedarchiven der Bundesländer für den musikalischen Vergleich und eine wissenschaftliche Analyse zusammenzuführen. Die Sammlungen wichtiger Persönlichkeiten der österreichischen Volksmusikforschung und Pflege wie z.B. die Bibliothek von Georg Kotek (Volkslied und Volksmusik) und Raimund Zoder (Volks- tanz) ergänzen die handschriftlichen Sammlungen und Aufzeichnungen aus den Feldforschungen. Zoders Tanzkartei bietet darüber hinaus einen umfassenden Überblick über Entstehung und Verbreitung österreichischer Volkstänze. Der erste angestellte Archivar Karl Magnus Klier legte in den 60er Jahren nicht nur den Grundstein für die einzigartige Sammlung, er setzte auch mit der Anlage eines Melodie-Registers erste Maßnahmen für eine professionelle Archivarbeit.

Mit der Neukonstituierung 1974 wurden die jeweiligen Bundesländer nun Eigentümer der Archivbestände, welche in unterschiedlicher Weise vom jeweiligen Land getragen werden.

1994 gingen die Bestände des Zentralarchivs in die Österreichischen Nationalbi-



Liederblatt 1904: Ehestandslied Aufzeichnung Karl Liebleitner, Jänner 1904

bibliothek über, um die ständige Erweiterung und professionelle Erhaltung der Archivbestände zu sichern.

1994 – heute

Seit 1994 wird der Archivbestand in einer Datenbank erfasst. Die Voraussetzungen für dieses Archivprogramm wurden von Gerlinde Haid geschaffen. Sie initiierte und leitete in ihrer damaligen Funktion als Generalsekretärin des Österreichischen Volksliedwer-

kes eine jahrelange Diskussion von Fachleuten aus dem In- und Ausland, mit dem Ziel, eine einheitliche Archivierung der vielfältigen Sammelbestände der Volksliedarchive in Österreich zu erreichen. Diese Systematisierung zur österreichischen Volksmusik beinhaltet gemeinsam vereinbarte und anerkannte Definitionen und spiegelt das Forschungsfeld der Volksmusik wider.

In den Jahren 2000-2003 wurde im Rahmen des IT Initiative efit culture-Projektes des Bundesministerium für Wissenschaft und

Volksmusik



Der Lesesaal im Zentralarchiv des Österreichischen Volksliedwerkes in der Wiener Operngasse

Kultur) „Aufbau eines Informationsnetzes zur Volkskultur in Österreich“ ein Verbund aus den Datenbanken der Kataloge der Volksliedarchive von Salzburg, Wien, Niederösterreich, Tirol, Burgenland, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark und des Zentralarchivs aufgebaut. Das Archiv des Referates Volksmusik im Institut für Musikerziehung in deutscher und ladinischer Sprache ist der erste Partner im Ausland.

Dieser virtuelle Datenbankverbund erlaubt eine Recherche in allen angeschlossenen Katalogen. Es besteht die Möglichkeit, nach bestimmten Liedern, Liedinhalten, Noten, Tänzen, Tonaufnahmen, Bildern, Fachartikeln und Büchern zur Volksmusik bzw. -kultur zu suchen. Auch für uns stellt das Material der Archive die Basis jeglicher Arbeit dar, egal ob Notenheft oder CD-Produktion, Veranstaltungsvorbereitung oder wissenschaftliche Recherche.

Die mit der Datenbank verbundene Dokumentation erfüllt somit die Forderung, die zur Gründung des Österreichischen Volksliedunternehmens 1904 führte. Nicht zuletzt ist hier auch das Ziel die Bewahrung des immateriellen kulturellen Erbes zu sichern, erfolgreich geschehen. In Zukunft liegt unser Augenmerk darin, daß man in der Datenbank

Ton- und Bildmaterial nicht nur aufrufen, sondern auch ansehen und anhören kann. Hier bedarf es jedoch sowohl rechtlicher als auch finanzieller Vorarbeiten. Auch inhaltlich wollen wir die Datenbank noch ausgereifter an die User anpassen. Wir würden uns daher über Rückmeldungen Ihres Eindrucks

sehr freuen. Fragen zur Nutzung und jegliche Anregungen richten Sie, bitte, an:

Österreichisches Volksliedwerk

office@volksliedwerk.at

Tel.: ++43 / (0)1 / 5126335 0; Zugang zur Datenbank und Informationen über „Unser Archiv“ <http://www.volksliedwerk.at>



Marianne Bliem, »Tafernwirtin« mit ihrer Mutter Maria Pfeifenberger, der »Schieferbäurin«, für eine Feldforschung Lungau (Zedernhaus) 27.1.1975

Film

Da wo die Berge sind

Hansis sechstes Filmabenteuer im Kasten:
Drehschluß für Hinterseer, Kruse und Co.



Foto: ORF/Richard Urbánek

Günter Waidacher, Laura Ferrari, Ingrid Burkhard, Eva Maria Salcher, Hansi Hinterseer, Rafael Haider, Simone Heher (v.l.)

Der familiäre Zusammenhalt ist das Um und Auf im Leben. Das zeigt dieser Film“, erzählt Exskistar, Sänger, Sportkommentator und Entertainer Hansi Hinterseer über sein jüngstes Filmprojekt, das Anfang Juli abgeschlossen werden konnte. In Kufstein fiel die letzte Klappe zu Teil sechs der erfolgreichen ORF/ARD-Heimatfilmreihe „Da wo die Berge sind“, in der Hinterseer den Tiroler Naturburschen Hansi Sandgruber gibt. Bereits zum sechsten Mal – nach seinem Schauspieldebüt „Da wo die Berge sind“ im Jahr 2000 und den „Da wo ...“-Fortsetzungen „... die Liebe wohnt“ (2002), „... die Heimat ist“ (2003), „... die Herzen schlagen“ (2004) und „... das Glück beginnt“ (2005) – arbeitete Hinterseer hier wieder mit dem Kirchberger Drehbuchautor Eduard Ehrlich zusammen, der ihn schon seit den Anfängen seiner musikalischen Laufbahn be-

gleitet. „Edi Ehrlich und ich sind ein gutes Team. Er spricht die Sprache, die ich spreche, er ist auch Tiroler und dadurch haben wir auch das gleiche Denken“, erklärt der Publikumsliebbling bei einem Pressetermin am Set die gute Kooperation auch auf filmischer Ebene. Dennoch räumt der gebürtige Kitzbüheler nach wie vor ein: „Ich bin ja kein Schauspieler. Diese Rolle wurde mir zugezogen, und da ich ein Bauchmensch bin, spiele ich hier nur, was ich spüre, ganz aus dem Leben gegriffen.“

Man muß Respekt haben

Daß die Berge und die Natur sein Leben sind und die Filmgeschichten auch viel mit ihm zu tun haben, zeigt sich während der Dreharbeiten immer wieder. Bei einem Fototermin im Wildpark Aurach bei Kitzbühel

braucht Hansi nur ein paar Mal „Hirscha, Hirscha“ rufen, und schon kommt eine ganze Herde prächtigen und üblicherweise scheuen Rotwilds den Hügel hinabgetrabt, um sich seelenruhig von ihm füttern zu lassen. „Die kennen mich schon“, sagt Hansi, der sehr gerne bei den Tieren vorbeischaut. „Ich bin selber am Bauernhof groß geworden und hab' Umgang mit Viechern gehabt. Man muß Respekt vor ihnen haben, denn die Tiere spüren das. Und wenn man mit den Viechern redet, mögen sie einen oder eben nicht. Wenn hier zum Beispiel der Tierdoktor reinkommt, laufen sie gleich davon.“

Skandal um Hansis Familie

In der neuen Geschichte um Schuld, Neid, Liebe und Zusammenhalt, die noch unter

Film

dem Arbeitstitel „Da wo die Berge sind 6“ firmiert, hat Hansi Hinterseer alias Hansi Sandgruber alle Hände voll zu tun, um die Ehre seiner im Ort in Ungnade gefallenen Familie zu retten. Schließlich ist das Gerücht aufgetaucht, daß sein verstorbener Vater für den ungeklärten Tod des vor Jahren verunglückten Vaters seiner Erzfeindin Viktoria Perterer – wieder überzeugend dargestellt von TV-Beauty Anja Kruse – verantwortlich ist. Die einstige Baukönigin, die wegen spekulativer Aktiengeschäfte in den USA vor dem Ruin steht, will die Sandgrubers dafür büßen lassen und läßt nichts unversucht, um der Familie zu schaden. Sie und ihre Helfer verstehen es gut, die Empörung im Ort noch weiter zu schüren. Der Dorfskandal überschattet das Leben am Branderhof und auch die geplanten Feierlichkeiten zum 30-Jahr-Jubiläum des dazugehörigen Wildparks, auf dessen Gründe Viktoria es schon immer abgesehen hatte.

Kruse: »Der Teufel hat schon was an sich«

„Man sieht diesmal mehr die menschliche Seite von Viktoria, was allerdings nicht heißt, daß sie sich letztendlich ändert“, verrät Hansi Hinterseers kongeniale Filmpartnerin Anja Kruse ein bißchen mehr über ihren aktuellen Einsatz als skrupellose Erzfeindin. „Die bösen Rollen sind auf jeden Fall dankbarer, weil sie einen größeren Facettenreichtum besitzen. Der Teufel hat schon was an sich. Und Viktoria ist ja nicht per se böse. Aber ich liebe vor allem die Abwechslung. Nur auf die Böse abonniert zu sein wäre langweilig. Ich will Spaß bei der Arbeit haben“, sagt Kruse. Am Set ist sie allerdings nicht die einzige starke Frau, mag man den Aussagen der Darsteller Gehör schenken. Erstmals gibt mit Heidi Kranz eine Frau den Takt an. Die deutsche Regisseurin, die in ihrer langjährigen Karriere als Filmemacherin u. a. TV-Serien wie „Hallo, Onkel Doc!“ und „Sylvia – Eine Klasse für sich“ oder Episoden der TV-Reihen „Utta Danella“ und „Inga Lindström“ realisierte, erhält ob ihrer Arbeitsweise reichlich Lob. „Sie ist eine tolle Frau. Heidi hat viel Einfühlungsvermögen und sie kann so gut führen und alles so wunderbar vom glatten Papier ins Bild umsetzen. Papier ist ja geduldig, aber wie es dann fertig aussieht, darauf kommt's an“, streut Hauptdarsteller Hinterseer Blumen. Ob er sich noch eine weitere Filmarbeit als Hansi Sandgruber vorstellen könnte? „Die Natur gibt so viel her und auch das mensch-



Foto: ORF/Richard Urbanek

Die Wienerin Simone Heher ist »Christl«, die große Liebe von »Hansi Sandgruber«

liche Leben. Es gibt so viele Situationen, die sich erzählen lassen.“

Hinterseer-Open-Air am 2. September im ORF

An der Seite von Hansi Hinterseer und Anja Kruse standen für „Da wo die Berge sind 6“ in weiteren wichtigen Rollen u. a. vor der Kamera: Simone Heher (als Hansis große Liebe Christl, ab 21. Juli in der Tele-novela „Sturm der Liebe“ im ORF zu sehen), der Axamer Rafael Haider (als Hansis Adoptivsohn Benni), Ingrid Burkhard (als Hansis Mutter), Günter Waidacher (als Hansis Bruder), Eva Maria Salcher (als Hansis Schwester), Horst Janson (als Hansis Onkel), Ernst Griebner (als Bürgermeister und Christls Vater), Johanna Lindinger (als Bürgermeisterin und Christls Mutter), Christoph Fälbl (als korrupter Gemeindevizepräsident), Krista

Stadler (als weise Sennerin), Erwin Leder (als umtriebiger Postler), Kurt Weinzierl (als Dorfarzt) und Karl Merkatz (als Dorfpfarrer) vor der Kamera von Marc Prill.

Gedreht wurde der jüngste „Da wo ...“-Film von 13. Juni bis 8. Juli an Schauplätzen in der Region Kitzbühel (Kitzbühel, Going, Aurach und Reith) sowie in Kufstein. Ein ORF-Sendetermin steht derzeit noch nicht fest. Dafür ist ein Wiedersehen ganz anderer Art mit Hauptdarsteller Hansi Hinterseer bereits fixiert: Am Samstag, dem 2. September, zeigt ORF 2 um 20.15 Uhr eine Aufzeichnung des bereits traditionellen großen „Hansi Hinterseer Open Airs“ aus Kitzbühel.

„Da wo die Berge sind 6“ (Arbeitstitel) ist eine Koproduktion von Terra-Film und Bavaria Media, hergestellt im Auftrag von ARD-Degeto und ORF, mit Unterstützung der Cine Tirol und der Städte Kufstein und Kitzbühel. ■

Forschen & Entdecken

Wissenschaftsmagazin präsentiert – Zukunftsperspektiven schaffen; Wissen pauken ist gut, sich für Gelerntes begeistern und darüber nachdenken ist besser

Im Rahmen einer multimedialen Festveranstaltung im Media Quarter Marx präsentierte die Stadt Wien am 19. Juni ihr neues Wissenschaftsmagazin „Forschen und Entdecken“. Unter dem Motto „Let's talk about Science“ sprachen u. a. Bürgermeister Michael Häupl, Wittgensteinpreisträger Renée Schroeder und Prof. Rudolf Taschner, Ethikexperte Peter Kampits, Universal Music Österreich-Chef Hannes Eder und Chefredakteurin Petra Stüber mit Moderatorin Barbara Rett über Wissen, Forschen und Innovation in Wien. Tenor der Veranstaltung: In dieser Stadt wurden in den letzten Jahren im Bereich der Forschung, Wissenschaft und Innovation sehr gute Zukunftsperspektiven geschaffen. Die Förderung von Wissen aber auch die Vermittlung desselben hat oberste Priorität.

„Es ist wichtig“, so Bürgermeister Michael Häupl, „nicht nur Wissen in die Köpfe hineinzustopfen, sondern Begeisterung und Neugierde bei den jungen Menschen bzw. bei der Allgemeinheit dafür zu wecken. Unser Anliegen ist es, mit dieser neuen Publikation zu zeigen, daß Wien nicht nur Stadt der Kultur, sondern auch Stadt der Wissenschaft ist, auf die man stolz sein kann und in der es sich toll leben läßt.“ Wien habe in den letzten 25 Jahren im Bereich der Wissenschaft und Forschung rasant aufgeholt, stellte Universal Music Österreich-Chef Hannes Eder fest. Durch seine Vielfalt sei Wien ein guter Nährboden für Kreativität, denn es gebe hier alle Formen von Kunst und Wissenschaft – das werde auch international attestiert. Daß Wissenschaft auch für die breite Bevölkerung bedeutend ist, betonte Mathematiker Prof. Rudolf Taschner: „Forschung muß auch mit guter Forschungs- und Wissensvermittlung verbunden sein. Es geht längst nicht nur um die Ausbildung zu Spitzenforschern, sondern es geht auch um die praktische Wissensvermittlung.“ Wie wichtig das Thema Verantwortung ist, zeigte sich in der Diskussion über Ethik in der Wissenschaft. Bei der Frage, wie weit dürfe die Wissenschaft gehen, sagte Bürgermeister Häupl: „Heute laufen die Verwertungsinteressen von wissenschaftlichen Erkenntnissen schnurgerade in die Ökonomie. Dabei muß man sich jedoch einer gewissen Verant-



wortung bewußt sein. Die Grenzziehung erfolgt nicht in der theoretischen, sondern in der angewandten Wissenschaft.“ Renée Schroeder fügte hinzu, daß Grenzen in den Köpfen der Menschen entstehen. Ethische Fragen sollten auch nicht den Kirchen überlassen werden. Man könne keine allgemeinen Regeln aufstellen, sondern müsse von Fall zu Fall entscheiden. Dass Wissenschaft ein Revival erlebt, betonte Ethikexperte Prof. Peter Kampits, Dekan der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft der

Uni Wien: „Wissenschaft ist in und ein wichtiger Zukunftsbereich - heute geht es nicht mehr um das Herunterleiern von Verbots- und Gebotstafeln.“ Ethik brauche einen liberalen Zugang und dennoch das Gewissen zur Einhaltung von bestimmten Regeln.

Die aktuelle 2. Ausgabe von „Forschen & Entdecken“ mit den Hauptthemen „Forschen & Ethik“, „Mode & Design“, „Mathematik“ (u.a. Rudolf Taschner) sowie „Fußball & Informatik“ erscheint in einer Auflage von 40.000 Stück und wird per Post gratis verteilt bzw. an alle Abonnenten geschickt. Das Wissensmagazin erscheint viermal jährlich und kann unter <http://www.top.wien.at/abo/> sowie unter der Hotline ++43 / (0)1 / 277 55 kostenlos bestellt werden.

Zusätzlich zum Magazin gibt es die Website <http://www.forschen-entdecken.at/> sowie eine wirklich hervorragende Zusammenstellung aller wissenschaftlichen Aktivitäten der Stadt unter <http://www.forschung.wien.at/> mit umfangreichen Informationen über Neues aus der Forschungslandschaft in Wien.

Das Wissenschaftsmagazin „Forschen & Entdecken“ gehört zur neuen Medienproduktpalette der insgesamt sechs zielgruppenspezifischen Magazine der wien.at-Familie, die der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53) seit Frühjahr 2006 herausgibt. ■

Herausragende Auslandsarbeit

Erasmus- und Comenius Media Awards an Stadt Wien

Am 22. Juni vergaben im Atrium des Curiahauses zu Sankt Stephan die European Society for Education and Communication (ESEC) und die Gesellschaft für Pädagogik und Information (GPI) Auszeichnungen für herausragende europäische Medienproduktionen. In der Kategorie „Erasmus EuroMedia“ wurde u. a. der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien für das Projekt „Die Auslandsarbeit der Stadt Wien“ ausgezeichnet. Die Stadt Wien wurde übrigens auch für die Co-Produktion mit dem ORF „Der letzte Kronzeuge Stauffenbergs. Carl Szokoll und

die Zivilcourage“ mit dem „Comenius EduMedia“-Preis geehrt.

Der Chefredakteur des Presse- und Informationsdienstes, Fred Vavrousek, freute sich über die Auszeichnung „weil es eine Anerkennung für unsere Bemühungen ist, mitzuwirken, daß die Menschen Europas nach Jahrzehnten der Trennung wieder zueinander finden und damit die Chance auf eine friedvollere Welt erhöht wird. Eine derartige international angesehene Auszeichnung motiviert uns natürlich sehr, weiterhin mit Überzeugung an unserer Aufgabe zu arbeiten.“ ■

Jahrhundert-Festival Gröbming

Das musikalische Staraufgebot reicht von Hansi Hinterseer über Claudia Jung, dem Nockalm Quintett sowie Brunner & Brunner bis zu The Pure, Shiver und Tokio Hotel

Die steirische Marktgemeinde Gröbming und damit die Dachstein-Tauern-Region stehen vom 11. bis 13. August ganz im Zeichen des „Jahrhundert-Festivals“, das die regionale Wochenzeitung „Der Ennstaler“ anlässlich seines 100. Geburtstages veranstaltet. Das Programm dazu reicht von einer „Ennstaler Nacht der Stars“ über den einzigen Österreich-Auftritt der Boygroup „Tokio Hotel“ bis hin zu einem „Tag der Blasmusik“.

Eröffnet wird das Festival mit der „Ennstaler Nacht der Stars“ am Freitag, dem 11. August, um 19 Uhr. Die Liste der an diesem Abend auftretenden Interpreten, die von keinem geringeren als Harry Prünster moderiert wird, liest sich wie das „Who is Who“ der Schlagerbranche. Mit dabei sind: „Kornfeld“, die im deutschsprachigen Raum als „österreichische Botschafter des deutschen Schlagers“ bekannt sind; Alexandra Baum, die zu den Aufsteigerinnen des Jahres in der Branche zählt; das „Nockalm-Quintett“, das Stufe für Stufe die Erfolgsleiter emporgestiegen ist und für die Freunde des romantischen Schlagers ein unvergeßliches Konzerterlebnis auf die Bühne zaubert; Claudia Jung, der Liebling des Publikums; Hansi Hinterseer, der absolute Star der Volkstümlichen Musik, der mit seiner Debüt-Single „Du hast mich heut‘ noch nicht geküßt“ im Jahr 1994 gleich einen Nr.1-Hit landete und seit dem geradezu unschlagbar Top-Platzierungen auf sich vereint; sowie „Brunner & Brunner“, die mit ihren unwechselbaren Liedern den krönenden des Abends Abschluß bilden.

Bereits jetzt fiebern tausende Jugendliche dem 12. August, entgegen. Kein Wunder, ist an diesem Samstag doch mit „Tokio Hotel“ die derzeit beliebteste Boygroup Europas zu Gast beim „Jahrhundert-Festival“. Noch dazu ist das Konzert in Gröbming das einzige Open-Air, das Bill, Tom, Gustav und Georg im heurigen Sommer in Österreich spielen. Vorher werden noch „The Pure“ und „Shiver“ dem Publikum so richtig einheizen – anschließend steht noch eine Party von Hitradio Ö3 auf dem Programm.

Seinen Abschluß findet das „Jahrhundert-Festival“ mit dem „Tag der Blasmusik“ am Sonntag, dem 13. August, der um 10.30 Uhr beginnt <http://www.derennstaler.at> ■



Hansi Hinterseer, der absolute Star der Volkstümlichen Musik; »Tokio Hotel«



Fotos: »Der Ennstaler«

Ein Sommer für Kids

Mit dem wöchentlichen Abenteuerprogramm bringt Warth-Schröcken Urlaubspaß für die ganze Familie: Abenteuertag, Mini-Canyoningtour, Kinderklettern ...

So sieht der Sommerurlaub für Familien im Vorarlberger Bergparadies Warth-Schröcken auf 1500 Meter Seehöhe aus: Einfach entspannen und die Berge genießen, während die Kids auf Entdeckungstour gehen, ein Abenteuer nach dem anderen erleben und dabei noch etwas lernen. Mit dem wöchentlichen Kinderprogramm hat man in Warth-Schröcken ein besonderes Angebot entwickelt: Spaß und Action in der Natur stehen im Vordergrund, aber auch auf das gemeinsame Lernen und die gegenseitige Unterstützung in der Gruppe wird bei den verschiedenen Aktivitäten besonderer Wert gelegt. Ob Abseilübungen bei der Mini-Canyoningtour oder Schatzsuche beim Abenteuertag, die Kinder haben gemeinsam Spaß und lernen dabei spielerisch ganz neue Dinge kennen. Begleitet werden die Kurse von erfahrenen Guides. In der Ferienzeit bis zum 10. September findet das ganztägige Kinder-Abenteuer-Programm montags, mittwochs und donnerstags mit verschiedenen Angeboten statt.

Kinder wollen gefordert werden und Neues erleben. Gerade in der schulfreien Zeit sollten Kids mit viel Bewegung an der frischen Luft Spaß haben. Deshalb heißt es jeden Montag beim Kinderklettern: „Ab in die Berge“. An echten Felswänden können Youngster ab sechs Jahren ihre Kletterkünste erproben. Beim Abenteuertag am Mittwoch geht es ganz besonders abwechslungsreich



zu: Nach dem Lama-Trekking geht es zur Goldsuche im Bergfluss und dann weiter ins



Tipi-Zelt mit echtem Lagerfeuer – da kommt richtiges Indianer-Gefühl auf. Viel Spaß gibt es auch bei der Mini-Canyoning-Tour „Short Kick“. Das Abseilen durch das spritzende Wasser eines zehn Metern hohen Wasserfalls macht diesen Tag ganz sicher zum absoluten Highlight der Ferien. Die Eltern haben währenddessen Zeit für eigene Aktivitäten. Für sie stehen zum Beispiel geführte Gratiswanderungen in der Bergwelt rund um Warth-Schröcken auf dem Programm. Für Familien, die länger als drei Tage in Warth oder Schröcken ihren Urlaub verbringen, sind die Angebote gratis oder stark vergünstigt. Anmeldung jeweils bei den Tourismusbüros in Warth und Schröcken. Tipp: sieben Übernachtungen für zwei Erwachsene und ein Kind gibt es in der Ferienzeit bereits ab 380 Euro mit Frühstück. ■

<http://www.warth-schroecken.com>

Alle Fotos: Warth-Schröcken

Unterwegs auf Schusters Rappen oder dem Rücken der Pferde

Wandern und Reiten am hauseigenen Reiterhof ergänzen vielfarbiges Urlaubsangebot im Familienparadies Sporthotel Achensee in Achenkirch/ Tirol perfekt



Foto: Familienparadies Sporthotel Achensee

Das Familienparadies Sporthotel Achensee, eines der führenden Kinderhotels in Europa, bleibt seinem Grundsatz „Alles da – alles nah!“ treu. Aktuell wird das bei Kindern hoch im Kurs stehende Reiten am Reitplatz direkt neben dem Hotel und mit eigenen Pferden angeboten. Wer sein Glück nicht auf dem Rücken der Vierbeiner findet, kann bei perfekt organisierten und begleiteten Wanderungen erlebnisreich entspannen.

Günther Hlebaina, Chef des Sporthotels, über die neue Reitanlage: „Das Reiten war seit der Einführung vor zwei Jahren ein Dauerbrenner bei unseren kleinen Gästen. Der hauseigene Reiterhof ist eine logische Konsequenz unserer Bemühungen, unser Angebot stets leicht erreichbar und ohne lange Anfahrtswege anzubieten.“ Die eigens engagierte Reitlehrerin betreut in kleinen Gruppen intensiv den Reitm Nachwuchs und verrät dabei so manche Tricks und Tipps im Umgang mit Pferden.

Im Sporthotel am Achensee starten die Wander- und Spazierwege direkt vor der

Hoteltür. So kann jeder – ganz nach individueller Zielsetzung und Kondition – unter verschiedenen Strecken und Touren auswählen und losmarschieren. Wer allerdings die versteckten Ecken und besonderen Kraftplätze der Region finden und erleben möchte, schließt sich am Besten einer der begleiteten Wanderungen an, die meist vom Hausherrn persönlich geführt werden. Ohne Zeit- und Leistungsdruck rückt dabei die Natur in den Mittelpunkt und bringt neue Kraft für Körper, Geist und Seele.

Der im Freiareal des Hotels gelegene „kleine Achensee“ – ein künstlich geschaffener Badesee, der in der Form seinem großen Namensvetter nachempfunden wurde – ist Treff- und Anziehungspunkt für alle frischluftbegeisterten Gäste im Familienparadies. Von der Terrasse der „Seealm“ aus haben Eltern ihren Nachwuchs beim Plantschen immer in Sichtweite und genießen dabei die wärmende Sonne.

„Pssssst!“ in der Flüsterzone – dem ersten österreichischen Kids-Beauty-Center

– ist Ruhe angesagt! Für Kinder ab sieben Jahre wurde die Wellness-Abteilung komplett neu geschaffen und bekam, weit weg vom turbulenten Spielzimmer, neben dem Ruheraum der Erwachsenen ihren Platz. Die Kinder erfahren hier mehr über sich und den Körper, lernen wie man sich pflegt, richtig ernährt und sich und anderen Gutes tun kann. Außerdem gibt es jetzt auch die Möglichkeit für Einzelbehandlungen.

Die Eltern können sich über einen Wellnessbereich der Extraklasse freuen: Sauna, Dampfbad, Infrarotkabine und eine große Bäderabteilung stehen für die entspannungssuchenden Erwachsenen bereit. Neue Anwendungskabinen und ein separater Ruheraum für das darunter liegende Hallenbad bringen viel Raum, um die Seele baumeln zu lassen. Die professionelle Kinderbetreuung garantiert obendrein, daß die Eltern das vielseitige Angebot auch in vollem Umfang nützen können. ■

Sommer-Pauschal-Angebote bis 26. 8. 2006 unter <http://www.sporthotel-achensee.com>